

Soziales im Blick

Landesbeilagen

SOVD



Mai 2022

Frauen mit Behinderungen sollten sich auf Führungspositionen bewerben

Fachkräfte sind sehr gefragt

Sabine Schwarz engagiert sich nicht allein für den SoVD. In der Hauptschwerbehindertenvertretung im Land Berlin ist sie darüber hinaus für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes im Einsatz. Im Interview äußert sie sich zu ihrer Motivation und ihren Vorhaben. So möchte sie unter anderem mehr qualifizierte Frauen mit Behinderungen dazu ermutigen, sich als Führungskraft zu bewerben.

Am 5. Mai ist der Europäische Protesttag für Menschen mit Behinderungen. Was machen Sie an diesem Tag?

Menschen mit Behinderungen müssen auf die Straße gehen und laut werden, damit sie wahrgenommen werden. Für mich und meine Mitstreitenden ist es eine Herzensangelegenheit, an den Protestaktionen rund um den 5. Mai teilzunehmen.

Was ist Ihre Motivation, sich so engagiert für Menschen mit Behinderungen einzusetzen?

Ich war lange Zeit Mitglied im Personalrat und habe gemerkt, dass Menschen mit Behinderungen bei Einstellungsverfahren oft nicht zu den Gesprächen eingeladen wurden, obwohl sie die entsprechenden formalen Voraussetzungen erfüllten. Es wurden teilweise scheinheilige Gründe gefunden, diese nicht einzuladen. Menschen mit Behinderungen sind genauso leistungsfähig wie Menschen ohne Behinderung.

Was konnten Sie bislang in der Hauptschwerbehindertenvertretung und im SoVD-Kreis- und Ortsvorstand erreichen?

Ich bin stolz auf unsere Verwaltungsvorschriften „Inklusion für Menschen mit Behinderungen bei der Berliner Verwaltung“ (VV Inklusion), ein Handbuch für



Foto: RioPatuca Images / Adobe Stock

Eine Behinderung sollte Frauen längst nicht mehr davon abhalten, beruflich nach Höherem zu streben.

Personalverantwortliche mit vielen Details zum Nachlesen: Was muss ich bei einer Stellenausschreibung beachten oder einer Beurteilung? Welche finanziellen Mittel können beim Inklusionsamt, der Agentur für Arbeit, für die Arbeitsplatzgestaltung beantragt werden? Viele Vorurteile von Arbeitgebern beruhen auf Desinformationen.

Es ging mir vor allem um die Stärkung der Schwerbehindertenvertretung. Dort, wo diese stark und informiert sind, läuft es gut in Unternehmen. Ich habe beim SoVD in Kooperation mit einer Rehaklinik ca. 30 Dienststellen geschult. Wenn Schwer-

behindertenvertreter informiert sind, können sie dem Arbeitgeber in Augenhöhe gegenüberreten.

Wie hoch ist die Quote schwerbehinderter Beschäftigter im öffentlichen Dienst?

Zurzeit haben wir eine Beschäftigungsquote von 7,2 Prozent mit abnehmender Tendenz. Wir sind dabei, diese zu halten bzw. zu erhöhen. Dazu werden verschiedene Aktionen gestartet.

Warum ist es für Sie so wichtig, sich für die Inklusion von Menschen mit Behinderungen im Arbeitsleben einzusetzen?

Wir steuern demografisch gesehen auf einen Fachkräftemangel zu und werden in der Zukunft auf die fachliche Ausbildung von Menschen mit Behinderungen nicht verzichten können. Unternehmen zahlen lieber eine Ausgleichsabgabe von etwa 24.000 Euro, bevor sie Menschen mit Behinderung einstellen.

Wo sehen Sie derzeit vor allem den größten Handlungsbedarf?

Ich fordere eine Ausbildungsquote von fünf Prozent für Menschen mit Behinderungen im öffentlichen Dienst. Diese liegt dort derzeit nur bei einem Prozent.

Was würden Sie als Ihr langfristiges Ziel bezeichnen?

Ein Ziel ist es, Frauen mit Behinderungen zu ermutigen, sich auf Führungspositionen zu bewerben. Interview: Barbara Hübner



Sabine Schwarz

Sabine Schwarz setzt sich als Hauptvertrauensperson sehr engagiert für die Belange der Beschäftigten mit Behinderungen im öffentlichen Dienst ein und war beteiligt an entsprechenden Gesetzgebungsverfahren und Aktionsplänen, etwa an den Verwaltungsvorschriften Inklusion (VV Inklusion behinderter Menschen) und dem „Berlin Inklusiv“-Maßnahmenplan 2020 bis 2025 zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention. Diese regelt die Teilhabe, Chancengleichheit und Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen und soll sie vor Diskriminierung schützen. Daneben geht es um ein neues Bewusstsein: weg von der defizitären Sicht und hin zu einem Fokus auf die Stärken von Menschen mit Behinderungen.

Beim SoVD hat sich Sabine Schwarz als Kreis- und Ortsvorsitzende intensiv für die Stärkung der Schwerbehindertenvertretung starkgemacht.



Kommentar

Liebe Freundinnen und Freunde,

am 5. Mai ist es wieder so weit. Zum Europäischen Protesttag für Menschen mit Behinderungen wollen wir erneut eine Demo und eine Kundgebung in Berlin organisieren. Wir sind das sogenannte Organisationskomitee aus Berliner Behindertenverbänden. Dazu gehören wir auch als SoVD-Landesverband Berlin-Brandenburg. Das Motto für den diesjährigen Protesttag lautet „Tempo machen für Inklusion – barrierefrei zum Ziel“. Wir wissen, dass dies noch ein weiter Weg ist. Deshalb wagen wir wieder unsere Demo und Kundgebung nach zwei Jahren Ausfall wegen Corona.

Wir wissen immer weniger, was in dieser schnelllebigen Zeit an Veränderungen auf uns zukommen kann: bei Corona, dem verheerenden Krieg in der Ukraine sowie den vielen Menschen auf der Flucht, die bei uns Schutz suchen. Aber wir wissen, dass in unserer eigenen Bevölkerung große soziale Lücken aufgerissen sind. Gerade Menschen mit Behinderungen müssen besonders leiden.

Die Regierende Bürgermeisterin Franziska Giffey hat erst kürzlich in ihrer ersten Regierungserklärung vielfältige Verbesserungen bei Inklusion und Barrierefreiheit versprochen. Diese bleiben allerdings so lange nur „hehre“ Forderungen, solange nicht die erforderlichen finanziellen Mittel und ausreichendes Personal in Ämtern und sonstigen Einrichtungen zur Verfügung stehen. Der sprichwörtliche Haushalts-Rotstift darf nicht wieder bei den Maßnahmen für die schwächsten Gruppen in unserer Gesellschaft, bei den Menschen mit Behinderungen, angesetzt werden. Vielmehr brauchen wir noch zusätzlich einen ausreichenden finanziellen Ausgleich für die steigenden Kosten des täglichen Lebensbedarfes und mehr noch der Energie.

Dabei zählen wir auf Ihre und eure Teilnahme an unserer Demo und Kundgebung am 5. Mai. Nur gemeinsam sind wir stark!



Ursula Engelen-Kefer

Eure Ursula Engelen-Kefer

Wahlen zu bezirklichen Seniorenvertretungen

SoVD gut vertreten

Berlins Senior*innen haben sich entschieden. In allen Bezirken sind die Vertreter*innen für die nächsten fünf Jahre bestimmt und werden nun von den zuständigen Bezirksstadträten in ihre Ämter eingeführt.

In einigen Bezirken sind auch Mitglieder des SoVD dabei. Zu ihnen gehören Joachim Krüger (Reinickendorf), Marion Halten-Bartels, Consuela Brosda-Rambichler und Jens Friedrich (Charlottenburg-Wilmersdorf), Peter Witt (Tempelhof-Schöneberg), Ursel Wenzel (Mitte) und Roland Knödler (Spandau).

Die Seniorenvertretungen werden zeitnah ihre Vorstände wählen und ihre Vertreter*innen in den jeweiligen bezirklichen Behindertenbeirat sowie in die Ausschüsse der Bezirksverordnetenversammlungen entsenden, um dort die Belange der älteren Menschen kraftvoll zu vertreten.

Allen Gewählten wünscht der SoVD Freude und Erfolg bei dieser so wichtigen ehrenamtlichen Arbeit!



Foto: Damir / Adobe Stock

Die Seniorenvertretungen in den Bezirken sind gewählt.



Meine Meinung

„Menschliche Thematik“

Sehr geehrte Redaktion,
die neue Rubrik Ihrer Zeitung „Meine Meinung“ finde ich sehr begrüßenswert, da sie den Leserinnen und Lesern die Möglichkeit der Kontaktaufnahme zur Redaktion bietet, um zusätzlich zu Ihrer Meinung eigene Ansichten und Erfahrungen zu benennen.

Zum behandelten Thema möchte ich ergänzend darauf hinweisen, dass das Thema „Toiletten“ ein Dauerbrenner bei Seniorinnen und Senioren ist. Es gibt nämlich berlinweit auch im öffentlichen Raum (für Brandenburg kann ich keine fundierte Aussage machen) zu wenige davon. Die vom Senat von Berlin vor einigen Jahren angestoßene Debatte zu dieser Problematik mit dem Versprechen, Abhilfe sowohl an Zahl als auch an Ausstattung zu schaffen, ist m. E. (nichts Ungewöhnliches in Berlin) ohne erkennbare Verbesserung geblieben.

Als Negativ-Beispiel sei der Ernst-Reuter-Platz genannt. Im gesamten weiträumigen Umfeld findet sich kein entsprechendes Angebot. Die Tatsache, dass das Faltblatt mit den Standorten von öffentlichen Toiletten im Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf, welches die Seniorenvertretung bei Veranstaltungen verteilt, dieser buchstäblich aus den „Händen gerissen“ wird, zeigt deutlich, wie notwendig die weitere Verfolgung dieser so menschlichen Thematik ist.

Marion Halten-Bartels

(Vorsitzende Seniorenvertretung Charlottenburg-Wilmersdorf)

Die Redaktion freut sich über Ihren Standpunkt. Schreiben Sie per E-Mail an: redaktion@sovd-bbg.de oder per Post an: SoVD-Landesverband Berlin-Brandenburg e.V., Kurfürstenstraße 131, 10785 Berlin.



Personalien

Am 17. März wurde **Monika Paulat**, Mitglied im Landesvorstand des SoVD Berlin-Brandenburg, zur neuen Vorsitzenden des Landesbehindertenbeirates (LBB) Brandenburg gewählt. Sie folgt damit der bisherigen Vorsitzenden Marianne Seibert, die sich in ihrer 20-jährigen Amtszeit um den LBB in großem Maße verdient gemacht hat.

Die SoVD-Landesvorsitzende Ursula Engelen-Kefer gratulierte Monika Paulat herzlich zu ihrer Wahl: „Wir freuen uns als SoVD-Landesverband über diese verantwortungsvolle Aufgabe. Die Sorge für Menschen mit Behinderungen ist in unserer jetzt über 100-jährigen Geschichte ein wesentliches Anliegen. Ich bin sicher: Bei Frau Paulat ist der LBB-Vorsitz in guten Händen.“



Monika Paulat

Ratgeber Inklusion

Wann ist jemand schwerbehindert und auf welche Hilfen besteht Anspruch? Welche Vorteile bringt ein Schwerbehindertenausweis und wo kann man diesen beantragen? Diese und ähnliche Fragen beantwortet der neue Ratgeber Inklusion des Landesamtes für Gesundheit und Soziales in Berlin. Von den Grundlagen des Sozialgesetzbuches bis hin zu den Adressen mobiler Fahrdienste und Beratungsstellen informiert die Broschüre ausführlich zur gesellschaftlichen Teilhabe behinderter Menschen.

SoVD-Mitglieder können den Ratgeber in der Landesgeschäftsstelle, Kurfürstenstraße 131, 10785 Berlin, kostenfrei abholen. Die Broschüre ist online unter: www.berlin.de auch als pdf-Datei erhältlich. Geben Sie dort als Suchbegriff einfach „Ratgeber Inklusion“ ein. Neben der Standardversion steht auch eine Variante in Leichter Sprache sowie eine Datei im Daisy-Format für sehbehinderte Menschen zur Verfügung.

Landesseniorenbeirat Berlin traf sich mit Senatorin Kipping zu Gesprächen

Für ein gutes Leben im Alter

In der letzten Plenartagung vor den Neuwahlen hat sich der Landesseniorenbeirat Berlin (LSBB) mit der Senatorin Katja Kipping (Die Linke) zu einem ersten Erfahrungs- und Meinungsaustausch getroffen. Hierbei stand die Versorgung der aus der Ukraine geflohenen Menschen im Vordergrund.

Bei dem Gespräch ging es vor allem um Unterkünfte, finanzielle Leistungen, Gesundheitsdienste, Betreuung und Bildung für Kinder und Jugendliche sowie um den Zugang zu Arbeit. Alle Mitgliedsverbände, auch der SoVD, machten dabei deutlich, dass sie sich nach Kräften an diesen großen humanitären Verpflichtungen als Folge des verheerenden Krieges in der Ukraine beteiligen wollen.

Ein besonderes Anliegen der Mitgliedsverbände im LSBB ist das Altenhilfestrukturgesetz. Daran arbeitet der LSBB seit längerer Zeit und hat mit Prof. Dr. Thomas Klie konkrete Vorstellungen erarbeitet. Dabei geht es um die Umsetzung von Aufgaben und Leistungsverpflichtungen für ältere Menschen aus dem Sozialgesetzbuch (SGB) XII zur Sozialhilfe. Dort steht in Paragraf 71: „Die Altenhilfe soll dazu beitragen,



Die SoVD-Landesvorsitzende Ursula Engelen-Kefer (li.) im Gespräch mit Sozialsenatorin Katja Kipping.

Schwierigkeiten, die durch das Alter entstehen, zu verhüten, zu überwinden oder zu mildern und alten Menschen die Möglichkeit zu erhalten, selbst-

bestimmt am Leben in der Gemeinschaft teilzunehmen und ihre Fähigkeit zur Selbsthilfe zu stärken.“

Dies ist ein hehrer Anspruch und bedarf der ressortübergreifenden Arbeit des gesamten Berliner Senats und Abgeordnetenhauses. Die endlich vorliegende Untersuchung des Seniorenmitwirkungsgesetzes in Berlin zeigen, dass die Voraussetzungen und Möglichkeiten der Seniorenvertretungen in den einzelnen Bezirken höchst unterschiedlich ausgestattet sind. Vor allem mangelt es an finanziellen, personellen und räumlichen Bedingungen sowie der Beteiligung in den politischen Entscheidungsgremien. Es ist daher höchste Zeit, dass im Senat die Zuständigkeit für die Koordinierung der Arbeit an einem derartigen Altenhilfestrukturgesetz endlich geklärt wird.

SoVD-Kreisverband bezieht neue Räumlichkeiten am Eichborndamm

Neue Geschäftsstelle eröffnet

Nach mehreren Monaten intensiver Bau- und Umgestaltungsarbeiten wurde die neue Kreisgeschäftsstelle des SoVD Reinickendorf im Eichborndamm 96 feierlich eröffnet. Als Erste gratulierten die SoVD-Landesvorsitzende Ursula Engelen-Kefer und ihr Stellvertreter Joachim Krüger.

Unterstützt durch den SoVD-Landesverband und Fördermittel der „Aktion Mensch“ sowie des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes wurde ein ansprechender Ort geschaffen, an dem nun regelmäßig sowohl Mitgliedertreffen als auch Sozialberatungen stattfinden können.

Zu den Ehrengästen der Eröffnung zählten die Behindertenbeauftragte des Bezirks Reinickendorf, Regina Vollbrecht, sowie der sozialpolitische Sprecher der CDU-Abgeordnete-

tenhausfraktion und Wahlkreisabgeordnete, Björn Wohlerlert.

Möglich wurde die gesamte Planung und Durchführung durch das kontinuierliche Engagement der Reinickendorfer SoVD-Vorsitzenden Angelika Golombek und ihrer Stellvertreterin Gabi Degner, die bei den letzten Vorstandswahlen die Führung im Bezirk übernommen hatten.

„Wir wollen gemeinsam die SoVD-Arbeit im nördlichen Berliner Stadtbezirk für die

mehr als 800 SoVD-Mitglieder neu organisieren, um damit zugleich die Attraktivität für Hilfesuchende und Beitrittswillige zu steigern“, erklärte Angelika Golombek.

Erreichbar ist die neue SoVD-Geschäftsstelle in Reinickendorf mit der S-Bahn-Linie 25 (Station Eichborndamm) sowie mit der Buslinie 221 mit Verbindung zu den U-Bahn-Anschlüssen Rathaus Reinickendorf und Kurt-Schumacher-Platz sowie ins Märkische Viertel.



Neben den Verantwortlichen aus dem Kreisverband waren zur Einweihung der neuen Geschäftsstelle des SoVD in Reinickendorf auch Mitglieder aus dem Landesvorstand anwesend.



Aus den Kreis- und Ortsverbänden

Vortrag in der Landesgeschäftsstelle

Mit einem Lichtbildvortrag über die Berliner Künstlerin Jeanne Mammen machte Dr. Martina Weinland am 10. März den Auftakt zur neuen Veranstaltungsreihe „Mittwoch Kultur“. Die Beauftragte für kulturelles Erbe des Stadtmuseums Berlin nahm die Gäste mit auf einen spannenden Streifzug durch das bewegte Leben der Künstlerin.

Geboren am 21. November 1890 als Gertrud Johanna Louise in Berlin, wuchs Jeanne Mammen zunächst in Paris auf. Von ihren Eltern unterstützt, beschloss sie im Alter von 17 Jahren mit ihrer älteren Schwester Mimi, Kunst zu studieren. Der Weg führte beide nach Paris, Brüssel und Rom, wo sie Malerei und Grafik studierten.

Der Erste Weltkrieg zwang die Familie zur Flucht. Über Umwege kehrte sie nach Berlin zurück. Dort gelang es den Schwestern als Künstlerinnen Fuß zu fassen und davon leben zu können – Mimi als Modezeichnerin und Jeanne als Grafikerin. Sie mieteten 1920 eine kleine Atelierwohnung am Kurfürstendamm 29, liebevoll „Zauberbude“ genannt. Diese Räume können noch heute besichtigt werden.

In den folgenden Jahren wurde Jeanne zu einer der bekanntesten Berliner Malerinnen und Grafikerinnen ihrer Zeit. Gleichzeitig stand sie auch für die „neue Frau“: eigenständig und berufstätig.

Während des Zweiten Weltkrieges arbeitete sie auch plastisch und nutzte ihre Kunst zum Protest. Das bescherte ihr das Stigma „unerwünscht“. Jeanne Mammen überlebte durch die Hilfe von im Exil lebenden Freund*innen. Nach Kriegsende arbeitete sie bis zu ihrem Tod 1976 wieder als Künstlerin. Sie hinterließ rund 2.000 Grafiken und 140 Bilder.

Karneval beim SoVD Tiergarten-Wedding
Der 1. März war als ein besonderer Tag des Kreisverbandes Tiergarten-Wedding geplant. Nach zwei Monaten Corona-Schließung sollte es endlich wieder zu einem größeren Mitgliedertreffen in den Räumen der Kreisgeschäftsstelle kommen. Am Faschingsdienstag kamen dort fast 30 Personen zusammen, doch die Stimmung der Mitglieder war gedrückt. Denn der russische Angriffskrieg auf die Ukraine und das immense Leid, das über viele Menschen gekommen war, bestimmten den Nachmittag.

Der Kreisvorsitzende Joachim Krüger erinnerte an die guten Kontakte zum Kiewer Stadtbezirk Petschersk. An der letzten Reise des Wilmersdorfer Partnerschaftsvereins hatten auch einige Mitglieder teilgenommen und sich dabei einen bleibenden Eindruck über die friedliche Entwicklung der Ukraine machen können. Krüger forderte die SoVDler zu Geldspenden auf und unterstützte die Aufnahme von Flüchtlingen aus der Ukraine in Berlin.

SoVD Tempelhof-Schöneberg: Treffen nach „Corona-Pause“
Am 12. März fand nach einer längeren Pause wieder ein Treffen in der Seniorenfreizeitstätte „Am Mühlberg“ statt. Hierzu begrüßte Sabine Schwarz die zahlreichen Teilnehmenden, die sich freuten, sich endlich einmal wieder persönlich sehen zu können. Schließlich mussten aufgrund der Pandemie die Treffen im Dezember, Januar und Februar leider ausfallen.

SoVD Tempelhof-Schöneberg: Treffen nach „Corona-Pause“

In den kommenden Monaten sollen die Treffen nun aber wieder regelmäßig stattfinden: jeweils am zweiten Samstag im Monat – wenn nicht im Herbst neue Regelungen aufgrund von Corona getroffen werden müssen.

Am 14. Mai findet eine Mitgliederversammlung mit Wahl des Ortsverbandes Kreuzberg-Schöneberg statt.



Angeregte Gespräche beim Frauenstammtisch in Mitte.

Deutsche Ruderergometer-Meisterschaften

Der aktuell amtierende deutsche Meister auf dem Wasser, Sebastian Stuart vom Ruderclub Rapid Berlin, ist nun auch beim Ergometer-Rudern an der Spitze. Die Meisterschaften fanden in diesem Jahr aufgrund der Corona-Pandemie virtuell statt. Trotz Rudern aus dem Homeoffice gewann der 23-Jährige die 2.000-Meter-Distanz in der Kategorie Sportler mit geistiger Behinderung in einer Fabelzeit von 6.44 Minuten.

Wir gratulieren und freuen uns auf die kommende Saison in Vorbereitung auf die Special Olympics, die im kommenden Jahr in Berlin stattfinden.

Frauenstammtisch im „Ännchen von Tharau“

Am 26. März fand nach längerer „Corona-Pause“ wieder ein Frauenstammtisch statt. Zu diesem begrüßte die Frauensprecherin Barbara Kubanke im Restaurant „Ännchen von Tharau“ rund 30 Mitglieder aus drei verschiedenen Ortsverbänden.

Bei einem Frühstückbüfett informierte der 2. Ortsvorsitzende kurz über die aktuellen sozialpolitischen Ereignisse und die anstehenden Veranstaltungen. Die Anwesenden genossen die Möglichkeit des persönlichen Austauschs untereinander und ergingen sich in nicht enden wollenden Gesprächen.

Sozialberaterin Cornelia Schreiber unterstützt Menschen im südlichen Brandenburg

Beratungsstelle in Finsterwalde

Mit einem offiziellen Festakt eröffnete der SoVD Berlin-Brandenburg in Finsterwalde seine neue Beratungsstelle. In den Räumen einer ehemaligen Poliklinik erhalten hilfesuchende Mitglieder dort nun zu allen Fragen der Sozialgesetzgebung kompetente Unterstützung.

Die Beratungsstelle ist barrierefrei und mit öffentlichen Verkehrsmitteln gut erreichbar. Als Gäste der Eröffnungsfeier waren Vertreter der Stadt, des Landkreises, der Bundesagentur für Arbeit und dem Jobcenter sowie dem größten Bildungsträger vor Ort geladen.

Die ehrenamtliche Sozialberaterin Cornelia Schreiber ist in der neuen Beratungsstelle nun für Mitglieder im Süden Brandenburgs da. Sie berät zur Anerkennung einer Schwerbehinderung, bei Anträgen auf Arbeitslosengeld (ALG) II, Rente oder Erwerbsminderungsrente sowie zu anderen Angelegenheiten des Sozialrechts.

Der Beginn ihrer eigenen Altersrente im vergangenen Jahr war für die 66-Jährige kein Anlass, die Hände in den Schoß zu legen. Sie trat beim SoVD ein, um anzufragen, ob ihr Wissen und ihr Netzwerk nützlich wä-

ren für die Region. Die studierte Betriebswirtin war über 30 Jahre hinweg in zahlreichen Bereichen der Arbeitsvermittlung tätig. Dementsprechend kennt sie die Menschen vor Ort und hat auch die wirtschaftliche Entwicklung der Region miterlebt. Sie weiß,



Cornelia Schreiber berät für den SoVD in Finsterwalde.

wie in breit aufgestellten Wirtschaftsbereichen der Produktion und im Einzugsgebiet der Kohleförderung und -produktion Beschäftigte, die früher sehr gut verdient hatten, nach der Wende plötzlich arbeitslos wurden. Auch wenn es der Wirtschaft im Landkreis inzwischen wieder gut gehe, lebten dennoch viele Ältere, chronisch Kranke, Arme und Menschen mit Behinderungen in der Region. Für diese Personen möchte Cornelia Schreiber da sein.

Neben der Sozialberatung will Schreiber das soziale Miteinander im Verband fördern. Sie wolle Interessengruppen gründen, sich zu einem gemeinsamen Frühstück treffen, Veranstaltungen organisieren und vielleicht auch einfach mal nur „quatschen“. Vor allem aber möchte Cornelia Schreiber die Menschen dazu ermutigen, etwas für sich und für andere zu tun.

Polizei warnt vor vermeintlich offiziellen Anrufen

Vorsicht: Trickbetrug!

Trickbetrug ist neben dem Taschendiebstahl wohl die häufigste Straftat, von der ältere Menschen betroffen sind. Aktuell warnt das Bundeskriminalamt (BKA) vor Personen, die sich am Telefon als Mitarbeiter*innen von Europol ausgeben.

Die BKA-Warnung bezieht sich auf eine Masche, bei der behauptet wird, Kriminelle hätten persönliche Daten gestohlen. Die davon Betroffenen müssten nun entsprechende Bußgelder zahlen. In diesem Zusammenhang werden die Opfer dann am Telefon zu ihren persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen ausgefragt.

Auch wenn bei Anrufen eine offizielle Nummer angezeigt werde, sollte man sich in kein Gespräch verwickeln lassen, sondern sofort auflegen und Anzeige erstatten, so rät das BKA. Denn Mitarbeiter*innen von Polizeibehörden würden in keinem Fall am Telefon Bankverbindungen oder persönliche Daten abfragen.

Weitere Tipps zur Prävention erhalten Sie online unter: www.polizei-beratung.de. Die Broschüren „Im Alter sicher leben“ und „Falscher Polizist“ erhalten Sie kostenfrei in der Landesgeschäftsstelle des SoVD, Kurfürstenstraße 131, 10785 Berlin.



Foto: yamasan / Adobe Stock

Auch wenn es „offiziell“ klingt: Lassen Sie sich am Telefon nicht überrumpeln – legen Sie auf!

Termine und Ansprechpartner*innen im SoVD Berlin-Brandenburg

Wir laden alle Mitglieder und Interessierten herzlich ein, an den Aktivitäten des SoVD Berlin-Brandenburg teilzunehmen. Die jeweiligen Ansprechpartner*innen finden Sie in kursiver Schrift. Sie stehen Ihnen bei Fragen gerne zur Verfügung. Bitte erkundigen Sie sich vor der Veranstaltung über die Regelungen zum Infektionsschutz. Weitere Informationen finden Sie auch online unter: www.sovd-bbg.de.

Damit die Mitgliederpost und die SoVD-Zeitung „Soziales im Blick“ Sie stets erreichen kann, teilen Sie uns bei einem Umzug bitte Ihre neue Adresse mit!

SoVD-Landesverband Berlin-Brandenburg

Information und Beratung: Kurfürstenstraße 131, 10785 Berlin (barrierefreier Eingang: Karl-Heinrich-Ulrichs-Straße 12), Anmeldung unter Tel.: 030/26 39 380, E-Mail: post@sov-d-bbg.de.

Sozialberatersberatung: Montag und Donnerstag, 9–12 Uhr und 13–17 Uhr, sowie Dienstag, 9–12 Uhr und 13–15 Uhr. *Renate Augner, Sabine Stuckert, Rico Gerten*, Tel.: 030/26 39 380, E-Mail: rechtsberatung@sov-d-bbg.de.

Geschäftsführung: *Birgit Domröse*, Tel.: 030/26 39 38 27, E-Mail: birgit.domroese@sov-d-bbg.de.

Mitgliederverwaltung / Buchführung: *Bernhard Kippert*, Tel.: 030/26 39 38 14, E-Mail: bernhard.kippert@sov-d-bbg.de.

Ehrenamtlicher Besuchsdienst: *Heike Roß-Ritterbusch*, Tel.: 030/26 39 38 21, E-Mail: ross-ritterbusch@sov-d-bbg.de.

Presse / Verbandszeitung: *Barbara Hübner*, Tel.: 030/26 39 380, E-Mail: presse@sov-d-bbg.de.

„Tempo machen für Inklusion – barrierefrei zum Ziel!“

SoVD nimmt an der Demo zum Europäischen Protesttag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen teil. Start ist am 5. Mai um 14 Uhr am Brandenburger Tor. Die Kundgebung am Breitscheidplatz beginnt um 15.30 Uhr.

Traditioneller Frauenstammtisch

Jeder 4. Sonntag im Monat, 10 Uhr: Frauenfrühstück im Restaurant „Ännchen von Tharau“, Rolanflufer 6, 10179 Berlin.
Anmeldung bei *Barbara Kubanke*, Tel.: 030/38 12 703, E-Mail: babsika@gmx.de.

„Unser Mittwoch“

4. Mai, 14 Uhr: Mitgliedertreff in der Landesgeschäftsstelle, Kurfürstenstraße 131, 10785 Berlin.
Anmeldung per E-Mail unter: post@sov-d-bbg.de.

„Unser Mittwoch Kultur“

Jeden 3. Mittwoch im Monat findet eine Veranstaltung im Zeichen von Kultur statt.
Anmeldung bei *Heike Roß-Ritterbusch*, Tel.: 030/26 39 38 21, E-Mail: ross-ritterbusch@sov-d-bbg.de.

„Unser Mittwoch digital“ – Senior*innen-Computer-Club

Abschließendes Treffen am 3. Mai, Anmeldungen für neuen Kurs sind ab sofort möglich..
Anmeldung bei *Heike Roß-Ritterbusch* (siehe oben).

Angeleitete Gruppe für pflegende An- und Zugehörige

Jeder 4. Donnerstag im Monat, 15.30–17.30 Uhr.
Anmeldung bei *Heike Roß-Ritterbusch* (siehe oben).

„SoVD-Spaziergang“

20. Mai, 11 Uhr.
Anmeldung bei *Birgit Domröse*, Tel.: 030/26 39 38 27, E-Mail: birgit.domroese@sov-d-bbg.de.

Kreisverband Berlin-Ost

Servicesprechstunde und Sorgentelefon: montags, 13–17 Uhr, oder nach Vereinbarung.
Prof. Dr. Ursula Engelen-Kefer, Tel.: 030/26 39 38 01, E-Mail: kv.berlinost@sov-d-bbg.de.

Ortsverband Stadtverband Berlin-Ost

10. Mai, 14 Uhr: Mitgliederversammlung. Landesgeschäftsstelle, Kurfürstenstr. 131, Kon-

ferenzraum EG (barrierefrei).
Prof. Dr. Ursula Engelen-Kefer, Tel.: 030/26 39 38 01, E-Mail: ov.berlinost@sov-d-bbg.de.

Ortsverband Treptow-Köpenick

13. Mai, 15 Uhr: Mitgliederversammlung mit Wahl. Kiezklub, Rathaus Johannistal, Sterndamm 102, 12487 Berlin. Für die Sozialberatung bitte anmelden unter mobil: 0173/56 47 47 236.
Michael Nakoinz, Tel.: 030/26 39 38 01, E-Mail: ov.trepkoep@sov-d-bbg.de.

Kreisverband Charlottenburg- Wilmersdorf

Ortsverband Charlottenburg
11. Mai, 16 Uhr: Mitgliederversammlung. Restaurant Rouladenhaus, Nonnendammallee 83, 13629 Berlin.
17. Mai, 15 Uhr: Mitgliederversammlung. Stadtteilzentrum Nehringsstraße 8, 14059 Berlin.
Jürgen von Rönne, Tel.: 030/26 39 38 02, E-Mail: ov.charlottenburg@sov-d-bbg.de.

Ortsverband Wilmersdorf

Beratungen zu Sozial- und Schwerbehindertenrecht nach vorheriger Vereinbarung in den Mitgliederversammlungen.
19. Mai: Tagesfahrt (sozialpolitische Veranstaltung mit anschließendem Spargelessen).
Bodo Feilke, Tel.: 030/26 39 38 02, mobil: 0171/30 61 641, E-Mail: ov.wilmersdorf@sov-d-bbg.de.

Kreisverband Neukölln Ortsverband Neukölln-Britz- Buckow-Rudow

16. Mai, 16 Uhr: Mitgliederversammlung mit Neuwahlen des Vorstandes. Gemeindehaus der ev. Kirchengemeinde, Alt-Buckow 36–38, 12349 Berlin.
8. Juni: Spargelfahrt zum Domstift Mötzwow.
Edith Massow, Tel.: 030/60 32 810, E-Mail: edith-massow@t-online.de.

Kreisverband Reinickendorf

3. Mai, 16.30–17.30 Uhr: Beratung nach telefonischer Vereinbarung.
8. Mai, 14–16 Uhr: sozialpolitisches Mitgliedertreffen, Frauentag „Muttertagskaffee“.
15. Mai, 10 Uhr: Mitgliedertreffen „Unser perfektes Dinner – rund um den Spargel“. Wir kochen gemeinsam, sozialpolitischer Austausch.
16. Mai, 16.30–17.30 Uhr: Mitgliedertreffen mit Bingo, Skat, Schach, sozialpolitischer Austausch. Anmeldung bis 5. Mai.
20. Mai, 16–18 Uhr: Mitgliedertreffen „Würfelrunde“, Skat,

Schach, sozialpolitischer Austausch. Anmeldung bis 6. Mai.
27. Mai, 14.30–16.30 Uhr: sozialpolitische „Mitgliederversammlung mit Ehrungen langjähriger Mitglieder, Kaffee und Kuchen. Anmeldung bis 9. Mai.
Alle Termine finden in der Geschäftsstelle Eichborndamm 96, 13403 Berlin, statt.
Anmeldungen bei *Angelika Gollombek*, Tel.: 030/26 39 38 05, E-Mail: kv.reinickendorf@sov-d-bbg.de. Sorgentelefon erreichbar unter Tel.: 030/54 49 77 71.

Kreisverband Spandau

Sozialberatung: dienstags, 10–12 Uhr, sowie nach Vereinbarung.
Ansprechpartner: *Armin Dötsch*, Tel.: 030/26 39 38 09, E-Mail: kv.spandau@sov-d-bbg.de.

Ortsverband Spandau-Mitte mit Haselhorst / Siemensstadt

14. Mai, 12 Uhr: Spargelessen mit sozialpolitischen Informationen.
Elke Beuke, Tel.: 030/26 39 38 09, E-Mail: ov.spandaumitte@sov-d-bbg.de.

Ortsverband Spandau Nord / Süd

5. Mai, 18.30 Uhr: Mitgliederversammlung mit Vorstandswahl und Revision. Ort (voraussichtlich): Geschäftsstelle, Falkenhagener Str. 26, 13585 Berlin.
14. Mai, 12 Uhr: Spargelessen mit sozialpolitischen Informationen (Kostenbeitrag: 16 Euro).
Susanne Witte, Tel.: 0170/9 38 43 15, E-Mail: ov.spandaunordsued@sov-d-bbg.de.

Ortsverband Falkensee

Armin Dötsch, Tel.: 030/26 39 38 09, E-Mail: ov.falkensee@sov-d-bbg.de.

Kreisverband Steglitz-Zehlendorf

11. Mai, 15 Uhr: Mitgliederversammlung. Maria-Rimkus-Haus, Am Gemeindepark 1, 12249 Berlin. Barrierefrei erreichbar mit Bus M82 (Haltestelle Havensteinstraße).
19. Mai, 10 Uhr: Spargelfahrt nach Beelitz. Treffpunkt um 9.45 Uhr („Kreisel“, Schloßstraße 44) sowie um 10.30 Uhr (Zehlendorf Eiche). Bei Interesse bitte zeitnah anmelden!
20. Mai, 14 Uhr: Versammlung im Café LebensArt, Clayallee 346, 14169 Berlin (erreichbar mit Bus X10, Haltestelle Zehlendorf Eiche).
Sozialberatung nach vorheriger Anmeldung.
Wolfgang Engelmann, Tel.: 030/76 40 32 10, *Carsten Strauß*, Tel.: 0176/56 99 76 20, E-Mail: kv.zehlendorf@sov-d-bbg.de.

Kreisverband Tempelhof-Schöneberg Ortsverband Kreuzberg-Schöneberg

14. Mai, 15 Uhr: Mitgliederversammlung. Seniorenfreizeitstätte, Am Mühlenberg 12, 10825 Berlin.
Sprechstunde und Sozialberatung jeden 3. Mittwoch im Monat, 15–17 Uhr. Kurfürstenstraße 131, 10785 Berlin.
Sabine Schwarz, Tel.: 030/26 39 38 08, E-Mail: kv.tempschoen@sov-d-bbg.de.

Kreisverband Tiergarten-Wedding

Mitgliedertreff finden jeen Dienstag ab 14.30 Uhr statt – Anmeldung erforderlich. Die Themen sind unter anderem am 10. Mai die Kreisverbandswahlen und am 24. Mai die Fahrt nach Amrum.
Sozialberatung dienstags und bei Bedarf mittwochs, nur nach telefonischer Vereinbarung.
Ort für alle Veranstaltungen: Waldstraße 48, 10551 Berlin.
Rita Krüger-Bieberstein, Tel.: 030/26 39 38 06, E-Mail: kv.tierwedding@sov-d-bbg.de.

Kreisverband Brandenburg Süd-West Kontaktstelle

Brandenburg an der Havel
Dagmar Herz, Tel.: 03381/5 51 51 31, mobil: 0152/58 57 78 46, E-Mail: ks.brandenburg@sov-d-bbg.de.

Ortsverband Niederlausitz Beratungsstelle Finsterwalde

Sprechzeiten: dienstags, 14–17 Uhr.
Cornelia Schreiber, E-Mail: ks.fensterwalde@sov-d-bbg.de.

Kontaktstelle Cottbus (Niederlausitz)

Joachim Melchert, Tel.: 030/26 39 380, E-Mail: ks.cottbus@sov-d-bbg.de.

Kontaktstelle Jüterbog (Teltow / Fläming)

Neuheim 6, 14913 Jüterbog.
Marlies Zappe, Tel.: 030/26 39 380, E-Mail: ks.jueterbog@sov-d-bbg.de.

Kreisverband Brandenburg Nord-Ost

Thorsten Waue, Tel.: 0163/87 00 665, E-Mail: kv.brbrnordost@sov-d-bbg.de.

Ortsverband Fürstenwalde

Dr. Martin Bock, Tel.: 03341/42 18 72, E-Mail: ov.fuerstenwalde@sov-d-bbg.de

Ortsverband Prignitz-Ruppin

Thorsten Waue, Tel.: 0163/87 00 665, E-Mail: ov.prignitzruppin@sov-d-bbg.de.

Glückwünsche

Echte Freundschaft ist eine Seele in zwei Körpern.

Unbekannt

Wir freuen uns, dass Sie zu uns gehören und gratulieren recht herzlich zu Ihrem Ehrentag. Mögen Frohsinn, Heiterkeit und eine gute Gesundheit Sie stets begleiten!

Besondere Glückwünsche gehen an:

92 Jahre: 29. Mai: Aribert Richter, Berlin.

Bayerische Sozialministerin Scharf greift SoVD-Forderungen auf

Rentner*innen leiden besonders

Das von der Bundesregierung geplante Maßnahmenpaket zur Abfederung sozialer Härten angesichts der rasant steigenden Energiepreise führt zu Kritik. Der SoVD formulierte deutlich das Problem der fehlenden Berücksichtigung von Rentnerinnen und Rentnern, die auch massiv mit den steigenden Kosten zu kämpfen haben.

Die Kritik des SoVD am Maßnahmenpaket der Bundesregierung formulierte in gleicher Weise die bayerische Sozialministerin Ulrike Scharf (CSU). Sie sagte am 28. März in München: „Die geplante Hilfe über Einmalzahlungen und vorübergehende Steuersenkungen reicht hinten und vorne nicht. Zudem geht sie an den über 20 Millionen Rentenempfänger*innen in Deutschland fast oder ganz vorbei.“

Dieser Ampel fehlt das Gespür für die Rentnerinnen und Rentner. Viele Ältere haben jetzt Angst vor ihrer Heizrechnung. Da reicht auch eine Senkung der

Energiesteuer für drei Monate nicht aus. Dabei sind die Älteren die Generation, die dieses Land aufgebaut hat. Wir schulden ihnen Respekt und Anerkennung. Die Ampel muss nachlegen. Sie muss ihrer Verantwortung für die Rentnerinnen und Rentner in Deutschland schnellstens gerecht werden!“

Der SoVD-Landesverband Bayern freut sich, dass die zuständige Staatsministerin das Problem erkannt und aufgegriffen hat. Er hofft, dass bis zum Erscheinen dieses Artikels auch die Bundesregierung diese Erkenntnis hat und entsprechend handeln wird.



Foto: Dörr&Frommherz / Adobe Stock

Die gestiegenen Energiepreise treffen Arme besonders heftig.

Hotline gegen Missstände in Pflegeheimen

„Pflege SOS“ für Bayern

Wie bereits in der letzten Ausgabe berichtet, gab es in der Vergangenheit immer wieder Anlass zu Klagen über erhebliche Missstände in bayerischen Pflegeheimen. Dem will die Politik nun entgegenwirken. Seit März gibt es in Bayern eine zentrale Hotline beim Landesamt für Pflege, unter der sich Anrufer*innen über Probleme und Missstände in Pflegeheimen beschweren können.

Die Anlaufstelle „Pflege SOS Bayern“ ist erreichbar unter Tel.: 09621/96 69 660, Montag bis Donnerstag von 9 bis 16 Uhr und Freitag von 9 bis 12 Uhr, selbstverständlich auch anonym. Die Telefonnummer ist kostenfrei bei Anrufen aus dem Festnetz und Mobilfunknetz. Das Hilfsangebot ist auch per E-Mail erreichbar unter: pflege-sos@lfp.bayern.de. Auf der Webseite: www.lfp.bayern.de/sospflege/ gibt es alternativ ein Online-Formular zum Ausfüllen. Die Hotline wurde nach Angaben von Gesundheitsminister Klaus Holetschek (CSU) bereits gut angenommen: „Bislang haben sich 104 Menschen (Stand 25. März) an unser ‚Pflege-SOS Bayern‘ gewandt. Dabei handelte es sich in 64 Fällen um konkrete Beschwerden. Betroffene können sich also vertrauensvoll mit ihren Anliegen an uns wenden – und tun das auch.“

Am 25. März gab es zudem ein Expertengespräch, bei dem Vertreter*innen von Politik, Pflegenden und Medizin berieten, wie die Situation in der Pflege verbessert werden kann.

Quelle: Bayerisches Landesamt für Pflege

Zur Häufigkeit von Grillen auf Grundstücken und Balkons werden immer wieder Gerichte angerufen

Die Grillsaison sorgt immer wieder für Ärger

Mit dem schönen Wetter gehts wieder los: So mancher*m Garten- oder Balkon-Besitzer*in stinkt es gehörig, wenn Nachbarn gern und ausgiebig grillen. Es gibt kein Gesetz, dass das Thema „Grillen“ regelt, aber zahlreiche Einzelfälle, die durch Urteile entschieden werden mussten. Hier finden Sie eine Auswahl wichtiger Entscheidungen.

Das Landgericht München I hat in einem Fall einer Wohnungseigentümergeinschaft entschieden, dass per Hausordnung das Grillen mit Briketts/Kohle grundsätzlich untersagt werden kann. In dem konkreten Fall wurde die Entscheidung der Eigentümersammlung abgesegnet, die ein „Grillverbot mittels offener Flamme“ untersagt. Eine solche Regelung „konkretisiert im Wesentlichen die Verhaltensvorschriften, mit denen der Schutz des Gebäudes,

die Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung gewährleistet werden sollen“ – und sei zum Zwecke des Feuerschutzes und zur Vermeidung von Rauch möglich (LG München I, 36 S 8058/12).

Das Landgericht München I brachte auch zwei Eigentümer zusammen, die sich über die Rauchentwicklung durch das Grillen einer der beiden stritten. Kann nicht dargelegt werden, dass häufiger als 16-mal in vier Monaten gegrillt wurde,

so liege darin keine „über dem Emissionsrecht liegende“ Belästigung (AZ: 15 S 22735/03).

Das Oberlandesgericht Oldenburg gestand einem „beinahe täglich“ grillenden Nachbarn eines Hauseigentümers nur noch bis zu vier Mal im Jahr zu besonderen Anlässen das Garen im Garten zu (AZ: 13 U 53/02).

Doch auch, wenn ein Hausbesitzer detailliert protokolliert nachweist, wann und in welchem Ausmaß er „Rauchimmissionen“ seines in 40 Metern Entfernung wohnenden Nachbarn ausgesetzt ist, kann der „Qualmende“ nicht dazu gezwungen werden, die Riechquellen (hier einen Kamin, eine Räucherammer und einen Gartengrill) abzustellen. Das gilt jedenfalls dann, wenn ein Sachverständiger feststellt, dass sein Haus höchstens an 2,5 Stunden im Jahr belästigt wird (LG München I, AZ: 19 S 12462/01).

Das Amtsgericht Westerstede hat einem Eigentümer aufgegeben, die „Grillaktivitäten“ auf zwei Mal pro Monat (in den Sommermonaten) zu beschränken. Das gelte jedenfalls dann,



Foto: Daxiao Productions / Adobe Stock

Wer einen eigenen Garten hat, grillt meist auch gerne. Wenn die Nachbar*innen dabei sind, gibt es auch keinen Ärger.

wenn Rauch und Geruch durch Holzkohle die Nachbarn unzumutbar belästigen. Liegt der Grillkamin lediglich neun Meter vom Schlafzimmer der Nachbarn entfernt, so sei das anzunehmen. Das Recht auf ungestörten Gebrauch der Wohnung werde nachhaltig gestört (AZ: 22 C 614/09).

Etwas allgemeiner hat sich das Oberlandesgericht Frankfurt am Main geäußert. Es hat entschieden, dass in Wohnungseigentumsanlagen Eigentümer*innen nicht ohne Weiteres grillen dürfen. Dabei bezog es sich auf das Wohnungseigentumsgesetz, nach dem – je nach Einzelfall und

Gegebenheiten vor Ort – das Grillen uneingeschränkt verboten oder auch zeitlich oder örtlich begrenzt werden dürfe (AZ: 20 W 119/06).

Hauseigentümer*innen können den Mieter*innen per Hausordnung verbieten, auf den Balkonen zu grillen. Weil „Rauch und Geruch grundsätzlich dazu geeignet sind, die Mitmieter zu belästigen“, kann das Verbot die „zu erwartenden Streitigkeiten von vornherein unterbinden“. Sie können mit einer fristlosen Kündigung drohen, wenn gegen das Verbot verstoßen wird. Das bestätigte das Landgericht Essen sogar für einen Elektrogrill (AZ: 10 S 438/01). mh



Foto: stephm2506 / Adobe Stock

Machem Nachbarn stinkt es wortwörtlich, wenn nebenan ständig gegrillt und gefeiert wird.

„tag des wir“ in Bayern

Jedes Jahr am 21. August feiert der SoVD in ganz Deutschland den „tag des wir“. In vielen Ortsverbänden finden an diesem Tag Aktionen statt, um den SoVD bekannter und auf dringende soziale Fragen aufmerksam zu machen.

Dieses Jahr wollen wir uns auch in Bayern möglichst flächendeckend beteiligen. Welche Probleme drängen sich bei Ihnen vor Ort auf? Für was sollen die Menschen sensibilisiert werden? Wenn Sie Unterstützung zur Vorbereitung benötigen, helfen Ihnen Landesverband und Bundesverband gern. Der Landesverband Bayern freut sich schon jetzt auf einen tollen gemeinsamen „tag des wir“ im ganzen Freistaat.



Wir haben geholfen

Reha durchgesetzt

Nicht immer ist die Entscheidung in erster Instanz richtig, das hat kürzlich wieder ein Fall aus der Sozialrechtsberatung des SoVD Bayern gezeigt.

SoVD-Mitglied Herr B. musste krankheitsbedingt einige Zeit Medikamente einnehmen, die dazu führten, dass sich bei ihm eine Gynäkomastie einstellte. Hierbei handelt es sich um eine gutartige Vergrößerung der Brustdrüsen beim Mann. Diese kann äußerlich entstellen und starke Schmerzen verursachen. So war es auch bei Herrn B.. Ärzte rieten dringend zu einer Operation, die Krankenkasse lehnte jedoch die Kostenübernahme ab und begründete die Entscheidung damit, dass es sich bei der Gynäkomastie um keine Krankheit gemäß Paragraf 27, Absatz 1, SGB V handle.

Herr B. wollte diese Entscheidung nicht so einfach hinnehmen und beauftragte den SoVD damit, Klage zu erheben. In der ersten Instanz schloss sich das Sozialgericht München leider im Wesentlichen der Auffassung der Krankenkasse und den Ausführungen des beauftragten Sachverständigen an, dass die Gynäkomastie beim Kläger keinen Krankheitswert darstelle.

Herr B. gab aber nicht auf, sondern kämpfte weiter. Gemeinsam mit seiner Bevollmächtigten vom SoVD ließ er die Entscheidung des Sozialgerichts in der zweiten Instanz prüfen. Das Berufungsverfahren endete mit einem Teilerfolg: Die Krankenkasse erklärte sich dazu bereit, sich an den Kosten der Operation zu beteiligen.

Manchmal lohnt es sich also, die Erstentscheidung nicht hinzunehmen, sondern, zumindest wenn gewisse Chancen bestehen, in zweiter Instanz prüfen zu lassen. Der SoVD unterstützt seine Mitglieder auch dann in Verfahren der zweiten Instanz, wenn der SoVD in der ersten Instanz noch nicht bevollmächtigt war.



Glückwünsche

Vergangenem nachtrauern heißt Gegenwärtiges versäumen.

Aus Griechenland

Der gesamte Landesvorstand und die Mitarbeitenden des Landesverbandes gratulieren allen Mitgliedern, die im Mai Geburtstag feiern, recht herzlich und wünschen viel Gesundheit.

Besondere Glückwünsche gehen an:

65 Jahre: 11.5.: Brunhilde Braun, Aschau.

70 Jahre: 25.5.: Ingrid Buchwieser, Grainau.

75 Jahre: 7.5.: Jürgen Raithel, Scheßlitz; 27.5.: Stephan Völkel, Röthenbach; 31.5.: Ursula Duff, Ansbach.

80 Jahre: 1.5.: Albin Keim, Röthenbach, Peter Rauch, Großheirat; 2.5.: Johann Schwertfirm, Schrobenuhausen; 3.5.: Werner Jung, Lautertal; 15.5.: Werner Hartmann, München; 18.5.: Klaus Jakomeit, Prien; 20.5.: Otmar Bloss, Röthenbach.

85 Jahre: 6.5.: Maria Senger, Ebensfeld; 13.5.: Adolf Schmitt, Ebensfeld; 30.5.: Christel Bott, Nürnberg.

90 Jahre: 14.5.: Maria Maier, Vohenstrauß.

93 Jahre: 6.5.: Ingeborg Murek, Augsburg.

95 Jahre: 8.4.: Ilse Lemmerhirt, Füssen; 25.5.: Rudolf Swoboda, Nürnberg.

Ortsverband Michelau hilft Ukraine-Flüchtlingen vor Ort tatkräftig

Schnell aktiv geworden

Der russische Angriff auf die Ukraine schockierte viele Menschen in Bayern und rief viel Hilfsbereitschaft hervor. Sehr früh wurden auch SoVD-Ortsvorsitzender Günther Ruckdäschel und seine ehrenamtlichen Helfer*innen vom Ortsverband Michelau aktiv.

Der SoVD Michelau sammelte Babynahrung, Windeln, Konserven, Hygieneartikel und Süßigkeiten, insgesamt 15 Kartons voll. Der CSU-Ortsverband Schwüritz transportierte die Hilfsgüter dann an die ukrainische Grenze.

Sehr schnell scholl auch der Flüchtlingsstrom aus der Ukraine an. Zehntausende Menschen sind in kurzer Zeit in Bayern an- und untergekommen. Unter ihnen sind besonders viele Frauen und Kinder, die meist nur das Nötigste bei der Flucht mitnehmen konnten. Sie kamen unter anderem auch nach Michelau. Die Mitglieder des Ortsverbandes kümmern sich in vielfältiger Weise um die Menschen. Mit den Kindern wird gespielt und gebastelt, und die Erwachsenen sind häufig einfach nur froh, jemanden zum Reden zu haben – trotz aller Sprachbarrieren.

Für die geflüchteten Kinder schaffte der SoVD-Ortsverband auf eigene Kosten Bälle und Spielmaterial an. So wird den Kleinen etwas Ablenkung geschenkt. Überreicht wurden die Bälle vom jüngsten Mitglied des Ortsverbandes, dem vierjährigen Lias Schütz. Die Freude der Kinder ist für die ehrenamtlichen Helfer Dank und Ansporn zugleich.



Ein Auto voller Hilfsgüter.



Lias Schütz brachte die Bälle.



Geht auch ohne gemeinsame Sprache: zusammen malen.

Günther Ruckdäschel und die SoVD-Mitglieder aus Michelau freuen sich, dass sie der Ohnmacht gegenüber dem Ukraine-

Krieg etwas entgegensetzen und alle Energie in eine hilfreiche und vorbildliche Aktion umsetzen konnten.



Sozialberatung

Aufgrund der Corona-Krise finden die genannten Angebote unter Vorbehalt statt. Bitte erkundigen Sie sich unbedingt vorher unter den angegebenen Telefonnummern, ob, wann, wo und wie die Beratungen stattfinden.

Terminabsprache bitte über den Landesverband Bayern, Implerstraße 55, 81371 München, Tel.: 089 / 53 05 27.

Kümmererstelle Coburg: nach telefonischer Voranmeldung bei Barbara Hölzel unter Tel.: 0170/52 73 691.

Kümmererstelle Coburg-Lautertal: jeden zweiten Donnerstag im Monat, 16.30–18 Uhr, Ansprechpartnerin: Barbara Hölzel, Tel.: 0170/5 27 36 91 (mobil), E-Mail: barbarahoelzel@freenet.de.

Sozialberatung in Dietfurt: bei der freiwilligen Feuerwehr, Espanweg 4, nur nach Terminabsprache bei Ansprechpartnerin Elfriede Schreiner,

Tel.: 0911/9 80 15 01, E-Mail: rechtsschutz@sovd-mfr.de.

Sozialberatung in Ebensfeld: Ansprechpartner: Dr. Josef Haas, Tel.: 09543/53 49 oder per E-Mail: dr.josef.haas@web.de.

Sozialberatung in Ingolstadt: AWO-Geschäftsstelle, Beckerstraße 2 a, nur nach Terminvereinbarung bei Ansprechpartnerin Elfriede Schreiner, Tel.: 0911/9 80 15 01 oder E-Mail: rechtsschutz@sovd-mfr.de.

Sozialberatung in Michelau: jeden ersten Samstag im Monat, 13.30–14.30 Uhr, Mehrgenerationenhaus, Schneyerstraße 17, Ansprechpartner: Günther Ruckdäschel, Tel.: 09571/83 585.

Sozialberatung in Mitterteich: Rathaus Mitterteich, Kirchplatz 12, nur nach Terminabsprache bei Ansprechpartnerin Elfriede Schreiner, Tel.: 0911/9 80 15 01 oder E-Mail: rechtsschutz@sovd-mfr.de.

Kümmererstelle in der

Oberpfalz/Weiden: Ansprechpartner: Dr. Josef Haas, Tel.: 09543/53 49 oder per E-Mail: dr.josef.haas@web.de.

Kümmererstelle in Oberfranken/Bayreuth: Ansprechpartner: Dr. Josef Haas, Tel.: 09543/53 49 oder per E-Mail: dr.josef.haas@web.de.

Kümmererstelle Pegnitz, Roth, Schwabach: AWO-Begegnungsstätte, Nördliche Ringstraße 11 a, nur nach Terminabsprache bei Ansprechpartnerin Elfriede Schreiner, Tel.: 0911/9 80 15 01, E-Mail: rechtsschutz@sovd-mfr.de.

Sozialberatung in Tirschenreuth: Seniorenzentrum Tirschenreuth, Haus Ziegelanger, Egerstraße 27, nur nach Terminabsprache bei Ansprechpartnerin Elfriede Schreiner, Tel.: 0911/9 80 15 01, E-Mail: rechtsschutz@sovd-mfr.de.

Kümmererstelle in Würzburg: nach telefonischer Voranmeldung bei Isabella Stephan, Tel.: 0157/76 82 95 70.

SoVD Frankfurt setzt sich für mehr Entlastungen auch bei Rentner*innen ein

Energiepreise sehr belastend

Der SoVD-Bundesvorstand hatte einen offenen Brief mit Anregungen zum Energie-Entlastungspaket verfasst. Die Vorsitzende des SoVD-Ortsverbandes Frankfurt, Angelika Jansen, übergab ihn dem Bundestagsabgeordneten Armand Zorn (SPD) beim Bürgerdialog Anfang April in Sossenheim.

„Das von der Bundesregierung geplante Energie-Entlastungspaket ist zwar vom Ansatz her zu begrüßen“, sagt Ortsvorsitzende Angelika Jansen, „doch viele Rentnerinnen und Rentner, damit auch viele Frankfurter Mitglieder im SoVD, gehen dabei jedoch leer aus.“

Die beschlossene Energiepreispauschale der Bundesregierung in Höhe von 300 Euro komme ausdrücklich nur steuerpflichtigen Erwerbstätigen zugute. Das schließe den weit überwiegenden Teil der Rentnerinnen und Rentner aus, heißt es in dem offenen Brief des SoVD an die Vorsitzenden der Bundestagsfraktionen und Parteivorsitzenden von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP, an



Bundestagsabgeordneter Armand Zorn und Angelika Jansen.

den Bundesminister für Arbeit und Soziales, Hubertus Heil, und an die zu dem Zeitpunkt

amtierende Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Anne Spiegel.

Neue geführte Suche auf dem Rehadat-Portal

Hilfsmittel besser finden

Rehadat ist das zentrale unabhängige Informationsangebot zur beruflichen Teilhabe und Inklusion von Menschen mit Behinderungen. Die Internetseite stellt jetzt eine neue geführte Hilfsmittelsuche zur Verfügung.

Der Hilfsmittelfinder führt Nutzerinnen und Nutzer im Dialog mit der digitalen Suchassistentin Ariadne nach maximal vier Fragen zu Hilfsmitteln für unterschiedliche Aktivitäten. Fünf alltagsnahe Kategorien dienen als Einstieg: arbeiten und lernen, sich fortbewegen, kommunizieren, Körper pflegen sowie wohnen und Freizeit gestalten. Mit der neuen Suchstrategie erhalten auch Personen ohne Fachkenntnisse einen schnellen Überblick über Hilfsmittel und einen leichteren Einstieg in die komplexe Hilfsmittelversorgung.

Hilfsmittel sind oft ein entscheidender Baustein, um die individuelle Teilhabe zu ermöglichen. Die große Bandbreite reicht von einfachen Alltagshilfen, Mobilitätshilfen, digitalen Kommunikationsmitteln, barrierefreien Wohneinrichtungen bis hin zu Geräten und Maschinen für die Arbeitsgestaltung.

Der Hilfsmittelfinder ist ein Teil von Rehadat-Hilfsmittel, dem neutralen und leistungsträgerübergreifenden Informationsangebot zu Hilfsmitteln und technischen Arbeitshilfen in Deutschland. Alle Produkte sind detailliert beschrieben, bebildert und enthalten Verweise auf Hersteller und/oder Vertriebe.

Hier rufen Sie die Anwendung auf: www.hilfsmittelfinder.de.

Quelle: REHADAT

Die Verbraucherzentrale Hessen informiert über die Knochendichtemessung als Krankenkassenleistung

Nicht vorschnell privat berechnen lassen

Die Knochendichtemessung, auch Osteodensitometrie, wird häufig als privat abgerechnet. Dabei ist sie nicht erst bei einem Knochenbruch Kassenleistung, sondern seit einem Beschluss von 2013 auch dann, wenn ein konkreter Befund für einen Knochenschwund vorliegt, der mit Medikamenten behandelt werden soll.

Osteoporose (Knochenschwund) ist eine Skeletterkrankung, bei der die Knochen ihre Festigkeit verlieren und deswegen leichter brechen. Frauen erkranken mehr als dreimal so häufig daran wie Männer, insbesondere mit zunehmendem Alter. Wichtigster Grund hierfür ist ein verringerter Hormonspiegel an Östrogen nach den Wechseljahren. Osteoporose kann auch als Begleiterscheinung anderer Krankheiten oder als Folge von Medikamentenbehandlungen, insbesondere durch Cortison, auftreten.

Was ist eigentlich eine Knochendichtemessung?

Die Knochendichtemessung (Osteodensitometrie) kann neben anderen ärztlichen Untersuchungen die Diagnose Osteoporose untermauern. Hierbei wird die Knochenfestigkeit anhand des Mineralsalzgehaltes und der Knochenqualität bestimmt. Das derzeit empfohlene und von medizinischen Expert*innen und Krankenkassen anerkannte Verfahren zur

Messung der Knochendichte ist die DXA-Messung. Sie ist eine strahlungsarme Röntgenmethode, bei der in der Regel Hüfte und Lendenwirbelsäule der Patient*innen geröntgt werden. Als Ergebnis dieser Messung wird ein sogenannter T-Score ermittelt: Während ein T-Score von 0 bis -1 als normal und ein T-Score von -1 bis -2,5 nur als vermindert gilt, deutet ein T-Score von weniger als -2,5 auf eine bestehende Erkrankung an Osteoporose hin.

Ist die Messung eine Krankenkassenleistung?

Bei einer ärztlich diagnostizierten Osteoporose haben Patient*innen alle fünf Jahre Anrecht auf eine von der Krankenkasse bezahlte Knochendichtemessung. Aufgrund des Krankheitsverlaufs oder anderer klinischer Gründe kann die Messung gegebenenfalls auch früher wiederholt werden.

Seit Januar 2014 hat ein erweiterter Personenkreis Anrecht auf eine kassenfinanzierte Knochendichtemessung. Die

Messung ist nicht erst dann Kassenleistung, wenn ein Knochenbruch vorliegt, sondern bereits dann, wenn der Arzt die Absicht hat, aufgrund konkreter Befunde einen Knochenschwund mit Medikamenten zu behandeln, zum Beispiel bei:

- hochdosierter Behandlung mit Cortison,
- dem Vorliegen bestimmter Risiko-Erkrankungen (u. a. Diabetes Typ 1, Rheuma, Rauchen/COPD, Herzinsuffizienz, Epilepsie, Zöliakie) in Verbindung mit alters- und geschlechtsbedingt erhöhtem Frakturrisiko,
- bei Frauen ab dem 70. Lebensjahr und Männern ab dem 80. Lebensjahr wird die Knochendichtemessung von den medizinischen Fachgesellschaften generell empfohlen.

Als reine Früherkennung, also ohne Krankheitsanzeichen bzw. alters- oder geschlechtsbedingter Indikation ist die Knochendichtemessung immer eine Privatleistung (IGeL) und muss selbst bezahlt werden.



Foto: RFBSIP / Adobe Stock

Knochenschwund lässt sich durch eine Messung nachweisen. Unter bestimmten Voraussetzungen zahlt das die Krankenkasse.

Ratschläge der Verbraucherzentrale

Wenn eine Knochendichtemessung ansteht, lassen Sie sich von der Patientenberatungsstelle der Kassenärztlichen Vereinigung Ihres Bundeslandes die Adressen von qualifizierten Ärzt*innen in Ihrer Umgebung geben.

Erkundigen Sie sich alternativ gezielt bei orthopädischen oder radiologischen Arztpraxen in Ihrer Umgebung, ob diese die Untersuchung durchführen und falls ja, ob sie eine Genehmigung zur Erbringung und Abrechnung der Messung als

Kassenleistung besitzen.

Fragen Sie zudem beim Arzt oder bei der Ärztin konkret nach, ob er oder sie die Messung als Basis für eine Therapieentscheidung (zur Verordnung von Medikamenten gegen Osteoporose) benötigt. Dann muss die Praxis die Knochendichtemessung als Kassenleistung erbringen und abrechnen.

Der GKV-Spitzenverband hat auf die Problematik mit einem Rundschreiben reagiert. Betroffene können es herunterladen (www.verbraucherzentrale.de) und zu ihrem nächsten Arztbesuch mitnehmen.

Engagierte gesucht

Die ehrenamtlichen Aufgaben in den Orts- und Kreisverbänden des SoVD sind so vielfältig wie die Mitglieder, die unsere Solidargemeinschaft stärken. Deshalb engagieren sich auch bei Ihnen vor Ort Mitglieder je nach ihren Kenntnissen, Fähigkeiten und sonstigen Stärken bei den vielseitigen Angelegenheiten, die zu erledigen sind, damit alles wie am Schnürchen läuft. Da müssen zum Beispiel ein Treffen oder ein Ausflug organisiert, Glückwunschkarten verschickt oder Gespräche mit Kooperationspartnern geführt werden, und vieles mehr.

Wer Lust hat, sich einzubringen, oder wer neue Kontakte knüpfen und dafür seine freie Zeit sinnvoll einsetzen möchte, kann sich gerne in der Geschäftsstelle des hessischen Landesverbandes unter Tel.: 0611/85 108 oder per E-Mail an: info@sovd-hessen.de wenden, um mehr über die Aufgaben im Ehrenamt zu erfahren.

Vielleicht sind auch Sie schon bald dabei!



Glückwünsche



Foto: Ortis/Adobe Stock

Allen Mitgliedern, die im Mai Geburtstag haben, gratulieren wir herzlich. Kranken Mitgliedern wünschen wir eine baldige Genesung.

60 Jahre: 3.5.: Angelika Bernhardt, Neu-Isenburg; 16.5.: Silvia Gabriele Bräuer, Eltville; 22. 5.: Britta Wiebe, Bad Homburg; 27.5.: Günter Hirth, Münchenhausen; 28.5.: Werner Hahn, Marburg.

65 Jahre: 2.5.: Wilhelm Bor-

bonus, Waldbrunn; 7.5.: Heidemarie Möhle, Kassel; 11.5.: Wolfgang Derbeck, Rüdesheim.

70 Jahre: 12.5.: Brigitte Schelhas, Morschen.

75 Jahre: 4.5.: Paul Naumann, Hofgeismar; 8.5.: Renate Schneider, Bad Homburg; 31.5.: Elke Kunder, Hattersheim.

80 Jahre: 11.5.: Peter Schmidt, Wienhausen.

85 Jahre: 4.5.: Gudrun Hübner, Oberursel; 8.5.: Walter Don,

Wesertal; 31.5.: Helga Spinnhörn, Frankfurt.

90 Jahre: 6.5.: Peter Walter, Wetter.

96 Jahre: 24.5.: Helmut Lüdde, Frankfurt.

In den Geburtstagsgrüßen sind nur die Mitglieder genannt, die auf ihrem Beitrittsformular einer Veröffentlichung zugestimmt haben. Alle anderen Mitglieder sind ihrem Wunsch gemäß nicht erwähnt.



Sprechstunden und Sozialberatung

Aufgrund der Corona-Krise stehen die genannten Angebote unter Vorbehalt. Bitte erkundigen Sie sich unbedingt vorher unter den angegebenen Telefonnummern, ob, wann, wo und wie die Beratung stattfindet.

Landesverband Hessen

Der SoVD-Landesverband Hessen bietet seinen Mitgliedern eine kostenlose Sozialberatung an. Nichtmitglieder können gratis eine Erstberatung in Anspruch nehmen.

Für Fragen oder weitere Informationen zum SoVD wenden Sie sich gerne telefonisch an die Landesgeschäftsstelle in der Luisenstraße 41, 65185 Wiesbaden, Tel.: 0611/85 108, oder per E-Mail an: info@sovd-hessen.de. Bürozeiten sind montags bis freitags, 9–13 Uhr.

Info-Telefon Pflege: 0611/20 55 216.

Kreisverband Hessen-Süd

Kreisgeschäftsstelle, Erzbergerstraße 12–14 (Zugang über Beethovenstraße zwischen Nummer 5 und 7), 63179 Obertshausen, Tel.: 069/31 90 43.

Sozialrechtsberatung in Herborn: jeden 1. Montag im Monat, 10–12 Uhr, bei Sozialjuristin Sigrid Jahr, in der Geschäftsstelle der AWO, Walkmühlenweg 5, 35745 Herborn, Terminvereinbarung unter Tel.: 06432/92 49 480, E-Mail: s.jahr@sovd-hessen.de.

Ortsverband Gießen

Sozialsprechstunde: jeden 1. und 3. Montag im Monat, 14–16 Uhr, bei Evelyn Kaletsch-Damm, Curtmannstraße 38, 35394 Gießen, Terminvereinbarung unter Tel.: 06033/74 88 999, E-Mail: szbgiessen@sovd-hessen.de.

Sozialrechtsberatung bei Sozialjuristin Sigrid Jahr nach Anmeldung unter Tel.: 06432/92 49 480, E-Mail:

s.jahr@sovd-hessen.de.

Ortsverband Frankfurt

Sozialrechtsberatung, AWO-Stadtteilzentrum, Königsteiner Straße 88, 65929 Frankfurt-Höchst, nach Terminabsprache unter Tel.: 069/31 90 43.

Ortsverband Herborn

Sozialrechtsberatung jeden 1. Montag im Monat, 10–12 Uhr, durch Sozialjuristin Sigrid Jahr, in der Geschäftsstelle der AWO, Walkmühlenweg 5, 35745 Herborn. Terminvereinbarung unter Tel.: 06432/92 49 480, E-Mail: s.jahr@sovd-hessen.de.

Ortsverband Offenbach

Sozialrechtsberatung, Kreisgeschäftsstelle, Erzberger Straße 12–14 (Zugang über Beethovenstraße zwischen Nummer 5 und 7), 63179 Obertshausen, Terminvereinbarung erbeten unter Tel.: 069/31 90 43.

Ortsverband Limburg-Weilburg

Sprechstunden nach Vereinbarung bei Sozialjuristin Sigrid Jahr, Tel.: 06432/92 49 480, E-Mail: s.jahr@sovd-hessen.de.

Ortsverbände Bad Homburg und Oberursel

Sozialrechtsberatung: jeden 2. Donnerstag im Monat, 10–12 Uhr, bei Sozialjuristin Sigrid Jahr, Schöne Aussicht 24, 61348 Bad Homburg v. d. H., Terminvereinbarung unter Tel.: 06432/92 49 480, E-Mail: s.jahr@sovd-hessen.de.

Ortsverband Wiesbaden

Sozialberatung nur nach Terminvereinbarung unter Tel.: 0611/20 55 216 oder per E-Mail: info@sovd-hessen.de.

Sozialrechtsberatung durch Frank Sunkomat jeden 1., 2. und 3. Donnerstag im Monat, 10–12 Uhr, sowie jeden 4. Donnerstag im Monat, 16–18 Uhr,

in der Luisenstraße 41, 65185 Wiesbaden.

Terminvereinbarung bitte über die Landesgeschäftsstelle in Wiesbaden unter Tel.: 0611/20 55 216, per Fax: 0611/85 043 oder per E-Mail an: info@sovd-hessen.de.

Sozialberatung im Rheingau:

Es berät Hans Arnold, Aegidiusstraße 10, 65375 Oestrich-Winkel, nach Terminvereinbarung unter Tel.: 06723/88 66 911 oder E-Mail an: sovd@arnold-rheingau.de.

Kreisverband Hofgeismar-Kassel

Sozialrechtsberatung durch Rechtsanwältin Annette Mülot-Carvajal dienstags, 14–17 Uhr, und donnerstags, 10–13 Uhr, im AWO-Haus, Wilhelmshöher Allee 32 a, 34117 Kassel, nur nach vorheriger Anmeldung unter Tel.: 0611/20 55 216 oder Fax: 0611/60 91 358.

Sozialrechtsberatungen: jeden 3. Montag im Monat, 15–17 Uhr, im Petrihaus, Pfeffergasse 1, 34369 Hofgeismar.

Ansprechpartner*innen:
34385 Bad Karlshafen: Lorenz Güthoff, Tel.: 05672/22 39.

34379 Calden: Irmgard Fohr, Tel.: 05674/65 67.

34385 Helmarshausen: Diethelm Rogasch, Tel.: 05672/16 18.

34369 Hofgeismar: Brigitte Schutta, Tel.: 05671/36 42.

34359 Reinhardshagen: Peter Hartmann, Tel.: 05541/3 27 77.

37194 Vernawahlshausen: Walter Don, Tel.: 05571/17 12.

Ortsverband Bad Wildungen

Sozialberatung durch Hans-Jürgen Schmidt, Trumpe 2, Eingang: Bahnhofstraße, 34537 Bad Wildungen. Anmeldung unter Tel.: 05621/96 78 787.

Sozialrechtsberatung erfolgt nur nach Terminvereinbarung unter Tel.: 0611/20 55 216 oder E-Mail: info@sovd-hessen.de.

Kreisverband Hersfeld-Fulda, Werra-Meißner

Sozialberatung durch Marita Schliephorst, Oberländchen 23, 36119 Neuhoof. Anmeldung unter Tel.: 06655/74 02 26 oder 0176/95 53 81 36 (mobil), Fax: 06655/74 02 45 oder per E-Mail: m.schliephorst@sovd-hessen.de.

Ortsverband Eschwege

Sozialberatung durch Marita Schliephorst jeden 1. Dienstag im Monat, 14–16 Uhr, bei der AWO Werra-Meißner e.V., An den Anlagen 8, 37269 Eschwege, Anmeldung unter Tel.: 06655/74 02 26 oder 0176/95 53 81 36 (mobil), Fax: 06655/74 02 45 oder per E-Mail: m.schliephorst@sovd-hessen.de.

Ortsverband Fulda

Sozialberatung durch Marita Schliephorst, jeden 1. Montag im Monat, 14–16 Uhr, im Sozial- und Arbeitsgericht, Am Hopfengarten, Sitzungssaal (EG). Anmeldung unter Tel.: 06655/74 02 26 oder 0176/95 53 81 36 (mobil), Fax: 06655/74 02 45 oder per E-Mail: m.schliephorst@sovd-hessen.de.

Ortsverband Rotenburg-Bebra-Solz

Sozialberatung durch Marita Schliephorst, jeden 1. Dienstag im Monat, 10–12 Uhr, im Neuen Rathaus, „Altenstube“, 1. Obergeschoss, 36199 Rotenburg an der Fulda. Anmeldung unter Tel.: 06655/74 02 26 oder 0176/95 53 81 36 (mobil), Fax: 06655/74 02 45 oder per E-Mail: m.schliephorst@sovd-hessen.de.

Ortsverband Sontra

Sozialberatung: jeden 1. Montag im Monat, 10–12 Uhr, bei der Bürgerhilfe Sontraer Land e.V., Hinter der Mauer 1. Eine Terminvereinbarung ist notwen-

dig unter Tel.: 06655/74 02 26 oder unter 0176/95 53 81 36 (mobil).

Ortsverband Bad Hersfeld

Sozialberatung: SozialKompetenzZentrum, Uffhäuser Straße 8, 36251 Bad Hersfeld, Anmeldung unter Tel.: 06621/91 30 60.

Ortsverband Korbach

Sozialberatungszentrum Klosterstr. 20, 34497 Korbach, Dienstag, 10–14 Uhr, jeden 1. und 3. Mittwoch im Monat, 10–14 Uhr, jeden 2. und 4. Samstag im Monat, 10.30–13.30 Uhr, nur nach Terminvereinbarung unter Tel.: 05631/57 88 724 (Fax: 05631/57 88 725).

Kreisverband Marburg-Biedenkopf Ortsverband Münchenhausen-Wetter

Sozialberatung: jeden 1. und 3. Montag, 15.30–18 Uhr, im Rathaus Wetter, Untergeschoss, Zimmer 2, Marktplatz 1, 35083 Wetter. Während der Beratungszeit: Tel.: 06423/82 23 oder 0152/58 62 96 77 (mobil).

Außerhalb der Beratungszeit (nur in dringenden Fällen bis 18 Uhr!): Helga Kläs unter Tel.: 06422/89 87 202 oder Hans-Werner Dersch unter Tel.: 06423/51 524.

Sozialrechtsberatung in Kirchhain: Die Beratung erfolgt durch Sozialjuristin Annette Mülot-Carvajal, jeden 1. Freitag im Monat, 15–17 Uhr, im AWO-Treff, Brießelstraße 15, nur nach vorheriger Terminvereinbarung über die Landesgeschäftsstelle in Wiesbaden unter Tel.: 0611/20 55 216.

Ortsverband Marburg

Die Sozialberatung erfolgt zurzeit durch den Ortsverband in Wetter (Kontaktdaten siehe oben).

Gerichtsurteile zu Schornstein, Kamin und anderen Feuerstellen

Ohne Wartung wirds gefährlich

Fast nichts wird als unangenehmer empfunden, als Rauch, der von Nachbars Grundstück in den eigenen (Wohn-)Bereich dringt. Zu diesem Thema gibt es Zoff. Und nicht immer verzieht sich der Rauch von selbst – mitunter zieht er bis in die Gerichtssäle.

Kamin: Das Argument, ein Kamin werde nur höchst selten genutzt, bewahrt eine*n Immobilienbesitzer*in nicht vor der Kehrpflicht. Das musste ein Hauseigentümer erfahren, der behauptete, den Kamin lediglich zwei bis drei Mal pro Jahr in Anspruch zu nehmen. Eine jährliche Reinigung hielt er deswegen für unnötig. Doch das Verwaltungsgericht Baden-Württemberg sah das anders. Die Juristen bestätigten eine Zwangsgeldandrohung in Höhe von 500 Euro, falls der Mann den zuständigen Schornsteinmeister seine Anlage nicht prüfen und kehren lasse (AZ: 6 S 1089/07).

Nachbarn: Gelegentliche und seltene Beeinträchtigungen durch den Rauch eines Kaminofens sind durch die Nachbarschaft hinzunehmen. Wenn ein Sachverständigengutachten nachweist, dass überhaupt nur in 2,9 Prozent aller vorstellbaren Windsituationen eine Geruchsbelästigung auftritt, dann ist nach Überzeugung des Oberlandesgerichts Oldenburg nicht von einer gravierenden Störung zu sprechen. Weitere Maßnahmen wie bestimmte Betriebszeiten sind deswegen bei einer solchen Ausgangslage nicht nötig (AZ: 2 U 13/99).

Eigentumswohnung: Wünscht sich ein*e Wohnungseigentümer*in einen nachträglichen Einbau eines Kamins und stellt sie*er einen entsprechenden Antrag in der Versammlung, kann der Plan nur in die Tat umgesetzt werden, wenn alle



Foto: Alena Ozerova / AdobeStock

Ein Kamin ist bei Mieter*innen sehr beliebt. Allerdings sind meistens nur hochpreisige Wohnungen damit ausgestattet.

Eigentümer*innen zustimmen. Das Amtsgericht München machte deutlich, dass es sich um eine bauliche Veränderung handele. Aus Gründen der Gleichbehandlung müssten außerdem alle Mitglieder der Gemeinschaft die Chance auf einen solchen Kaminzugang haben oder einen Ausgleich für die fehlende Möglichkeit erhalten (AZ: 485 C 14426/12).

Und: Wer einfach einen Außenkamin errichtet, ohne die dafür nötige Mehrheit in der Eigentümerversammlung zu haben, kann zum Rückbau verpflichtet werden. Die Mitglieder der Gemeinschaft müssen die Emissionen nicht ertragen, die von einer solchen Anlage ausgehen. Auch eine Kürzung des ursprünglich geplanten Kamins und ein Anstrich zur optischen Verschönerung ändern nach Meinung des Landgerichts Karlsruhe nichts an der grundsätzlichen Unzulässigkeit des Objekts (AZ: 11 S 61/09).

Vorschriften: Ausschlaggebend für den Betrieb eines Holzofens ist die Einhaltung der gesetzlichen Anforderungen. Sind die erfüllt, hat ein*e Nachbar*in, die*der sich belästigt fühlt, wenig Aussichten auf Abhilfe. Wenn sich die*der Betreiber*in des Ofens an die Vorschriften halte, so das Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz, dann liege es an der*dem Nachbar*in, darüber hinaus gehende Maßnahmen zu seinem Schutz zu ergreifen. Die gewünschte Anordnung zur Stilllegung wurde

hier jedenfalls nicht erlassen (AZ: 1 A 10876/09).

Schornsteinfeger*in: Die*der Bezirksschornsteinfeger*in kennt die Verhältnisse am besten. Wenn sie*er bestimmte Pflichten aufgrund der tatsächlich stattgefundenen Feuerstättenschau auferlegt, sind diese zunächst einmal bindend. In einem Fall, der vor dem Verwaltungsgericht Würzburg endete, stellte ein Schornsteinfeger eine starke Rußentwicklung im Kamin fest und ordnete eine dreimalige jährliche Reinigung an. Der Eigentümer wehrte sich dagegen und merkte an, die Feuerstätten seien stillegelegt, sodass eine einmalige Reinigung ausreiche. Das lehnte das Gericht ab. Der Schornsteinfeger habe die Kompetenz, das zu entscheiden. (AZ: W 6 K 16.557).

Miete: Mieter*innen freuen sich meist, wenn man ihnen eine Wohnung mit offenem Kamin zur Verfügung stellt. Doch die*der Vermietende geht damit auch ein Risiko ein. Entspricht nämlich ein Besucher des Mieters 20 Stunden alte Asche in einem Mülleimer und verursacht dadurch einen Brandschaden, haftet dafür der Eigentümer. Das Amtsgericht Köln ging von einem fahrlässigen Verhalten aus. Der Eigentümer habe durch das Einrichten des Kamins eine erhöhte Betriebsgefahr geschaffen. Die Instandsetzungspflicht der*des Vermietenden für das vermietete Objekt sei entscheidend (AZ: 209 C 456/15). mh



Foto: Ingo Bartussek / AdobeStock

Kamine müssen regelmäßig gewartet werden.

Gespräche mit MdBs Matthias Mieves und Daniel Baldy

Austausch über Soziales

Zum Kennenlernen und Informationsaustausch trafen sich der SoVD-Landesverband und Abgeordnete der SPD zu Gesprächen. Im Mittelpunkt standen soziale und aktuelle Themen.

Am 28. März gab es in der SoVD-Landesgeschäftsstelle in Kaiserslautern ein Treffen mit Matthias Mieves, MdB (SPD). Geschäftsführer Christian Dirb und Mitarbeiter Tim Giermann tauschten sich mit Matthias Mieves insbesondere zu den Themen Rente, soziale Sicherung, Energiepaket und ehrenamtliches Engagement aus. Auch die Ukraine-Krise und wie man den Menschen neben dem Verteilen von Hilfspaketen sonst noch helfen kann, war Gesprächsthema der Runde.



V. li.: Tim Giermann, Christian Dirb und Daniel Baldy.

Zwei Tage später, am 30. März, kam der SoVD zur SPD. Christian Dirb und Tim Giermann besuchten in der SPD-Geschäftsstelle Rheinland-Pfalz den Bundestagsabgeordneten Daniel Baldy. Auch hier standen wieder soziale Themen im Mittelpunkt. Es wurde über Jugendarbeit in Rheinland-Pfalz, Rente, öffentlichen Personennahverkehr und das Energieentlastungspaket 2022 diskutiert.

Beide Treffen waren sehr konstruktiv und der SoVD freut sich auf weitere Gespräche.



Von links: Matthias Mieves, Tim Giermann und Christian Dirb.

Landesverband beim Rheinland-Pfalz-Tag

Rheinland-Pfalz feiert 75 Jahre Demokratie und Freiheit mit einem großen Bürgerfest! Vom 20. bis 22. Mai findet der Rheinland-Pfalz-Tag in Mainz in der Flachsmarktstraße statt. Auch der SoVD-Landesverband Rheinland-Pfalz / Saarland wird sich mit einem Stand an allen drei Tagen präsentieren. Kommen Sie vorbei, der SoVD-Landesverband freut sich auf Sie!



Grafik: Staatskanzlei RLP

Das Logo für 2022.

Beratungsangebot „AWO Ansprechbar“ im Ahrtal

SoVD und AWO helfen Hochwassergeschädigten

Der SoVD-Landesverband Rheinland-Pfalz / Saarland bietet in Kooperation mit dem AWO-Bezirksverband Rheinland seit April jeden ersten Montag im Monat von 9 bis 17 Uhr kostenfreie Beratungen zu allen Fragen des Sozialrechts bei der „AWO Ansprechbar“ in der Kurgartenstraße in Bad Neuenahr-Ahrweiler an.

Dieses Angebot richtet sich an die vom Hochwasser betroffenen Menschen im Ahrtal. Gemeinsam möchten die beiden Verbände unkomplizierte und schnelle Hilfestellungen zu den Themen Opferentschädigung, Rente, Arbeitslosengeld, Krankenversicherung, Pflege sowie Sozialhilfe geben. Weitere Infos finden Sie online unter www.awo-rheinland.de/hochwasserhilfe oder telefonisch unter Tel.: 0261 / 30 06 190 (AWO) oder Tel.: 0631 / 73 657 (SoVD).



Bürgermeister Markus Hof dankte Heidemarie Binger.



Der Landesgeschäftsführer Christian Dirb (links) mit alten und neuen Vorstandsmitgliedern.

Mitgliederversammlung mit Vorstandswahl im Ortsverband Berzhahn

Vorstandswahl im Ortsverband Homburg-Saarbrücken

Neue Besetzung am Start

Am 12. März führte der Ortsverband Homburg-Saarbrücken eine Mitgliederversammlung durch, auf der auch ein neuer Vorstand gewählt wurde.

Der neue Vorstand des Ortsverbandes Homburg-Saarbrücken setzt sich zusammen aus dem 1. Vorsitzenden Rochus Hauck, St. Ingbert, dem 2. Vorsitzenden Volker Lieblang, Saarbrücken, Schatzmeisterin Kerstin Kühn-Halter, Kirkel, Schriftführerin Silke Heitz-Becker, Schiffweiler, Frauensprecherin Monika Six, Saarbrücken, den Revisoren Hans-Peter Grevsmühl, Neunkirchen, Hubert Hampel, Kleinblittersdorf, Christian Heitz, Schiffweiler sowie den Beisitzer*innen Erika Abel, Saarbrücken, Silvia Haberer, St. Ingbert, Donata und Manfred Piro, Homburg.

Frauenpower an der Spitze

Der Ortsverband Berzhahn hat am 10. April einen neuen Vorstand gewählt. Heidemarie Binger übergab nach 16 Jahren als 1. Vorsitzende den Staffelstab an Martina Serowi, die einstimmig als neue 1. Ortsvorsitzende auf der Mitgliederversammlung gewählt wurde.

Neben der bisherigen 1. Vorsitzenden Heidemarie Binger stellten sich auch Waltraud Ferger, die seit 2011 als Beisitzerin dem Ortsverband Berzhahn angehört, sowie Hellmut Binger, seit 2015 der Schriftführer, nicht erneut zur Wahl. Ihnen gilt der Dank für das tolle Engagement und das Prägen des Ortsverbandes über so viele Jahre! Der Westerburger Verbandsbürgermeister Markus Hof überreicht Heidemarie Binger für ihr jahrelanges Engagement zum Abschied ein kleines Präsent (siehe linkes Foto).

Mit Martina Serowi als neuer 1. Vorsitzende übernimmt auch

eine nicht ganz Unbekannte den Staffelstab. Sie ist seit 2002 Frauenbeauftragte, in diesem Amt erneut bestätigt und seit 2009 Schatzmeisterin des SoVD Berzhahn. Ihr Vater war vor Heidemarie Binger langjähriger 1. Vorsitzender, sodass Martina Serowi definitiv die „SoVD-Duftmarke“ hat.

Als 2. Vorsitzender wurde Ernst-Werner Wengenroth in seinem Amt bestätigt, das er seit 2009 ausübt.

Neu in den Vorstand gewählt wurden Katharina Schmidt als Schatzmeisterin und Schriftführerin sowie Monika Petroschka als Beisitzerin.

Der Landesverband, vertreten durch Geschäftsführer Christian Dirb, gratulierte herzlich und wünscht dem Vorstand gutes Gelingen.

Die neuen und alten Vorstandsmitglieder (siehe rechtes Foto, von links: Christian Dirb (Landesgeschäftsführer), Monika Petroschka (Beisitzerin), Katharina Schmidt (Schatzmeisterin und Schriftführerin), Heidemarie Binger (bisherige 1. Vorsitzende), Martina Serowi (1. Vorsitzende und Frauensprecherin), Ernst-Werner Wengenroth (2. Vorsitzender), Waltraud Ferger (bisherige Beisitzerin) und Hellmut Binger (bisheriger Schriftführer).

Glückwünsche



Foto: ortis / Adobe Stock

60 Jahre: 1.5.: Stefan Faust, Hatzenbühl; 6.5.: Elke Weller, Rülzheim; 15.5.: Claudia Fixmer, Kaiserslautern; 21.5.: Jutta Acosta Picos, Germersheim; 26.5.: Heiko Clement, Hardert.

65 Jahre: 6.5.: Sonja Schwab, Althornbach; 9.5.: Klaus Deutsch, Rülzheim; 19.5.: Ursula Föhlinger, Ottersheim; 24.5.: Brigitte Lenz, Kaiserslautern; 26.5.: Hubert Kuhn, Rülzheim, Elke Wagner, Andernach; 28.5.: Maria Lucia Caracciolo, Rohrbach; 30.5.: Norbert Hellmann, Breitenbach.

70 Jahre: 3.5.: Annelore Seelig, Welgesheim; 8.5.: Franz-Josef Wennesheimer, Bingen; 10.5.: Karl Zier, Impflingen; 11.5.: Reinhold Dörschug, Gau-Bickelheim; 16.5.: Lothar Proff, Andernach; 27.5.: Hermann Pahle, Bellheim.

75 Jahre: 8.5.: Karl Heinz Marenbach, Weyerbusch; 9.5.: Erich Schlarb, Limbach.

80 Jahre: 4.5.: Heinz Brunsch, Wörth, Gertrud Delseith, Rummelsheim; 5.5.: Annemarie Balbuse, Bingen; 9.5.: Herbert Mayer, Worms; 10.5.: Gisela Gutzeit, Heidesheim; 11.5.: Ilse Recknagel, Großniedesheim; 24.5.: Elisabeth Günther, Kaiserslautern.

90 Jahre: 27.5.: Hedi Janz, Berzhahn.

95 Jahre: 9.5.: Elli Gebhardt, Neuwied.

98 Jahre: 24.5.: Anni Ingenbrandt, Gensingen.



Sprechstunden



Foto: pictworks / Adobe Stock

Benötigen Sie einen sachkundigen Rat unserer Sozialberater*innen rund um das Sozialrecht, wenden Sie sich bitte telefonisch an die Landesgeschäftsstelle in Kaiserslautern oder Mainz, **Tel.: 0631 / 73 657 oder 06131 / 69 30 165**, die Ihnen den/die zuständige*n Berater*in nennt.

Zur groben Orientierung der Zuständigkeiten:

Für die Region Germersheim, Kaiserslautern, Kusel, Rheinpfalz steht Ihnen unser Rechtsanwalt Ralf Geckler unter 06236 / 46 56 43 mit vorheriger Terminvereinbarung zur Verfügung.

Für die Region Wörth steht Ihnen unser Sozialberater Jürgen Nesweda unter Tel.:

0151 / 22 43 52 99 mit vorheriger Terminvereinbarung zur Verfügung.

Für die Region Westerwald steht Ihnen unsere Sozialberaterin Sigrid Jahr mit vorheriger Terminvereinbarung unter Tel.: 06432 / 92 49 480 zur Verfügung.

Für die Region Saar-Pfalz steht Ihnen unser Sozialberater Sven Heidenmann mit vorheriger Terminvereinbarung unter Tel.: 06351 / 13 14 141 zur Verfügung.

Für die Region Rheinhessen-Nahe steht Ihnen unsere Sozialberaterin Andrea Klosova mit vorheriger Terminvereinbarung unter Tel.: 0151 / 43 13 59 02 zur Verfügung.

Die Vereinbarung von „Vor-Ort-Terminen“ in den Bera-

tungsstellen, von telefonischen oder Online-Beratungen erfolgt über die Sozialberater*innen.

Neben den hauptamtlichen Sozialberater*innen stehen Ihnen auch weiterhin ehrenamtliche Berater*innen (z. B. Gabriele Scheppelmann, **Spiesen-Elversberg**, Tel.: 0176 / 34 03 41 58; Helmut Burkhardt, **Kusel**, Tel.: 06382 / 80 01) mit Rat und Tat zur Seite. Nähere Informationen erhalten Sie bei der Landesgeschäftsstelle.

Die Adressen der Büros der Landesgeschäftsstelle lauten:

Büro Kaiserslautern: Spittelstraße 3, 67659 Kaiserslautern, Tel.: 0631 / 73 657.

Büro Mainz: Kaiserstraße 26-30, 55116 Mainz, Tel.: 06131 / 69 30 165.

5 Termine

Ortsverband Rülzheim

14. Mai: Tagesausflug in den Schwarzwald, 39 Euro pro Person, inklusive Bus und Pausenverpflegung. Alle Infos und Anmeldung unter: www.sovd-ruelzheim.de/aktuelles oder unter Tel.: 07272 / 92 354.



Die neu gewählten Vorstandsmitglieder des Ortsverbandes Neukirch.

Jahreshauptversammlung des Ortsverbandes Neukirch mit Vorstandswahlen

Endlich wieder vor Ort möglich

Die Jahreshauptversammlung des Ortsverbandes Neukirch konnte dieses Jahr wieder vor Ort stattfinden. Vorsitzender Edelbert Merk begrüßte 50 Mitglieder in der Mehrzweckhalle, darunter auch Kreisvorsitzende Conny Boldt.

Die Vorsitzende des Kreisverbandes Bodensee-Alb, Cornelia Boldt, sprach eingangs die Grußworte, dann folgten die Tätigkeitsberichte des Vorstandes.

Die Mitgliederzahl des Ortsverbandes Neukirch ist mit 370 nahezu konstant geblieben. 2021 gab es 42 Jubilar*innen, die persönlich angeschrieben und unter anderem mit einer Urkunde und Ehrennadel belohnt wurden, da der persönliche Kontakt in der Pandemie nicht möglich war. Hilfe in allen sozialen Fragen wurde überwiegend mit digitalen Medien oder per Telefon erteilt.

Dem Jahr 2022 blickt der Ortsverband Neukirch vorsichtig, aber optimistisch entgegen,

zumal auch eine neue Anwältin für Sozialrecht ihre Arbeit für den SoVD im Bodenseekreis aufgenommen hat.

Die Neuwahl des Vorstandes, von der Kreisvorsitzenden geleitet, ergab folgendes Resultat: Edelbert Merk (1. Vorsitzender), Claus Form (2. Vorsitzender), Karl-Heinz Hänler (Schatzmeister), Sibylle Schupp (Schriftführerin), Marianne Mühlebach (Frauenbeauftragte), Marianne Neusch und Agnes Barnsteiner (Beisitzerinnen), Manfred Beck, Siegfried Erb und Georg Eisenbach (Revisoren).

Anschließend wurden von den 16 Jubilar*innen die anwesenden geehrt: für 10 Jahre Mitgliedschaft Gerlinde und

Georg Eisenbach und für 20 Jahre Mitgliedschaft Margarete Beck, Peter Steger, Paul Huber und Siegfried Erb.

Zum Abschluss sprach der alte und neue Vorsitzende Edelbert Merk den Mitgliedern seinen Dank aus, denn nur durch deren Kommen war es überhaupt möglich, die erforderliche Entlastung, aber auch die Neuwahlen des Vorstandes durchzuführen.

Edelbert Merk bedankte sich auch für das persönliche Erscheinen der Kreisvorsitzenden Cornelia Boldt und bei dem „alten und neuen Vorstand“, den Revisoren und allen fleißigen Händen, die zum Gelingen des Abends beigetragen hatten.



Die Mitglieder kamen gerne persönlich zur Versammlung..

Jahreshauptversammlung im Ortsverband Hockenheim

Vorstand wurde bestätigt

Am 26. April fand die lang geplante Jahreshauptversammlung mit Wahlen im Restaurant „Rondeau“ statt. Vorsitzende Heidegard Busch konnte 52 Teilnehmer*innen, darunter den Landesvorsitzenden Hartmut Marx mit Gattin und gleichzeitig Landesfrauensprecherin Brigitte Marx und den stellvertretenden Oberbürgermeister Friedrich Rösch begrüßen.

Mit einer Schweigeminute für die verstorbenen Mitglieder und die Toten durch Gewaltherrschaft wurde die Versammlung eröffnet, es folgten die Tätigkeitsberichte. Heidegard Busch vermeldete, dass trotz pandemiebedingter Einschränkungen Vorstandssitzungen unter Einhaltung der notwendigen Regeln durchgeführt werden konnten. 2021 waren aber nur zwei Tagesfahrten möglich. In der Weihnachtszeit verteilte der Vorstand persönlich Gebäck an die Mitglieder. Auch langjährigen Mitgliedern konnten die Urkunden in Hockenheim und Umgebung persönlich übergeben werden. Auswärtige Mitglieder wurden per Post erreicht.

Landesvorsitzender Hartmut Marx leitete die Wahl des neuen Vorstandes. Alle bisher zum Vorstand gehörenden Mitglieder stellten sich wieder zur Wahl und wurden erneut gewählt: als 1. Vorsitzende Heidegard Busch, als 2. Vorsitzender Werner Hagmann, als Frauensprecherin Helga Bletzer, als Schatzmeister Peter Busch und als Schriftführer Harald Maß, und auch die bisherigen Beisitzer*innen, Betreuer*innen und Revisor*innen wurden einstimmig gewählt.

Das aufgestellte „Spendenschwein“ für die Ukraine-Hilfe wurde mit 110 Euro gut gefüttert und die Spende auf das Spendenkonto überwiesen. Einen herzlichen Dank hier an die Spender*innen!

Zum Abschluss der Versammlung hatte der Ortsverband zu einem kleinen Imbiss eingeladen. 1. Vorsitzende Heidegard Busch bedankte sich bei den anwesenden Mitgliedern für deren Kommen und wünschte Gesundheit, verbunden mit der Hoffnung, dass die Vorhaben für dieses Jahr auch stattfinden können.



Vorsitzende Heidegard Busch und der stellvertretende Oberbürgermeister Friedrich Rösch mit einer Spende für die Ukraine.

Aktion „Das Sichere Haus“ empfiehlt Medizinkohle für die Hausapotheke

Erste Hilfe bei Vergiftungen

Kleinkinder sind neugierig und nehmen auf ihren Entdeckungstouren auch schon mal Giftiges in den Mund. Zeigt ein Kind nur leichte Vergiftungserscheinungen wie Blässe oder eine leichte Übelkeit, ist Medizinkohle eine wirksame Erste-Hilfe-Maßnahme.

Medizinkohle bindet Gift, das zusammen mit der Kohle nach drei bis vier Stunden ausgeschieden wird. Die Aktion Das sichere Haus (DSH) Hamburg, rät Eltern von Kleinkindern deshalb, Medizinkohle in ihrer Hausapotheke vorrätig zu haben.

Bei der Anwendung gelten ein Gramm Kohle pro Kilogramm Körpergewicht als Richtschnur. Wiegt das Kind also 12 Kilogramm, sind 12 Gramm Kohletabletten nötig. Sie werden zerdrückt und in Wasser aufgeschwemmt. Kohlegranulat wird mit Wasser versetzt und



Foto: Africa Studio/Adobe Stock
Kleinkinder stecken alles in den Mund – das kann gefährlich sein.

geschüttelt.

Treten bei dem Kind starke Vergiftungserscheinungen wie heftige Übelkeit, Benommenheit oder andere Symptome auf, muss der Notruf 112 gerufen oder ein Arzt oder eine Klinik aufgesucht werden.

Typische Vergiftungsunfälle von Kleinkindern passieren zum Beispiel mit Medikamenten, Kosmetika, Nikotin, Zimmer- und Gartenpflanzen. Tipps zur Vorbeugung bietet die kostenlose Broschüre „Achtung! Giftig! Vergiftungsunfälle bei Kindern“, z. B. als Download auf: <https://das-sichere-haus.de>.

Die Deutsche Herzstiftung klärt über Möglichkeiten und Grenzen moderner „Wearables“ auf

Wie eine Smartwatch unterstützen kann

Moderne Smartwatches sind wahre Allrounder. Je nach Modell werden Schritte gezählt, der Kalorienverbrauch ermittelt oder Puls und Blutdruck gemessen. Einige der sogenannten „Wearables“ erstellen sogar einfache EKGs, inklusive Warnfunktion für Vorhofflimmern. Das macht sie für Patienten mit kardiovaskulären Erkrankungen interessant. Doch wie verlässlich sind die Messfunktionen der tragbaren Mini-Computer?

„Smartwatches entwickeln sich tatsächlich zunehmend in Richtung kleiner medizinischer Diagnosegeräte“, bestätigt der Kardiologe Prof. Dr. med. Thomas Meinertz vom Wissenschaftlichen Beirat der Deutschen Herzstiftung. Einige Modelle seien bereits als Medizinprodukte zertifiziert worden. „Einen Arztbesuch können sie nicht ersetzen, aber durchaus ergänzen. Allerdings sollte vom Arzt eine Indikation für die Erkennung oder Therapiekontrolle einer Erkrankung wie Vorhofflimmern oder Bluthochdruck gestellt sein“, so Meinertz.

So funktioniert die Puls-messung per Smartwatch

Die Puls-messung durch eine Smartwatch funktioniert optisch mittels Infrarotlicht durch die sogenannte Photoplethys-

mographie (PPG). Bei diesem Verfahren wird Infrarotlicht in die Haut gesendet und gemessen, wie viel Licht die Haut reflektiert. Diese Menge ist abhängig davon, wie viel Blut durch die oberflächlichen Kapillaren fließt. Da bei jedem Pulsschlag die Blutmenge in den Kapillaren zunimmt, wird in diesem Moment mehr Licht absorbiert und weniger reflektiert. Die Uhr rechnet die reflektierte Lichtmenge in eine Pulswelle um. Über diese Pulswellenanalyse lassen sich die Herzfrequenz ermitteln und eine Rhythmusstörung erkennen. „Die Zuverlässigkeit der Geräte bei der Puls-messung durch eine Smartwatch liegt bei über 90 Prozent und entspricht damit der Messgenauigkeit einer Messung mit einem Brustgurt“, erklärt Meinertz.

Auf einer anderen Technik beruht die Erstellung eines Elektrokardiogramms (EKG). Hierbei misst das Gerät den elektrischen Impuls, der jeden Herzschlag auslöst. Für die Messung müssen die Träger der Smartwatch zunächst einen Sensor drücken und den 30-sekündigen Messvorgang abwarten. Dieser sollte am besten in Ruhe durchgeführt werden. Die Uhr erstellt auf diese Weise ein 1-Kanal-EKG, das Herzrhythmusstörungen zuverlässiger erkennt als bei einer reinen Puls-messung.

Relativ neu sind Smartwatches, die auch den Blutdruck messen können. Für eine zuverlässige Messung ist es aber nötig, das Gerät regelmäßig mit einem Blutdruckmessgerät zu kalibrieren. Zudem müssen sich die Anwendenden genau an die Vorgaben halten und z. B. vor der Messung keinen Kaffee trinken oder Sport treiben.

Wie verlässlich sind Smartwatches?

Verschiedene Untersuchungen, unter anderem der Stiftung Warentest, bescheinigen den Uhren eine hohe Verlässlichkeit,



Foto: DenPhoto/Adobe Stock

Smartwatches sind nicht nur Spielerei, sie können auch bei Erkrankungen mit medizinischen Daten unterstützen.

beispielsweise bei der Puls-messung. Bei korrekter Anwendung gilt auch die Blutdruck-messung als zuverlässig. Weniger geeignet sind die Uhren hingegen zur Erkennung ernsthafter kardilogischer Vorfälle. „Die 1-Kanal-EKG-Erfassung ermöglicht nicht die Erkennung von Durchblutungsstörungen des Herzmuskels. Weder die Apple Watch noch andere Smartwatches sind daher dafür geeignet, einen Herzinfarkt oder bösartige Herzrhythmusstörungen zu erkennen.“

Auch sollten Anwender*innen die Uhren richtig bedienen können, um korrekte Werte zu erhalten. „Moderne Smartwatches können helfen, den

Herzrhythmus kontinuierlich aufzuzeichnen und dabei einen unregelmäßigen Herzschlag, der auf Vorhofflimmern hindeutet, festzustellen“, so Meinertz. Es brauche in der Regel allerdings einen Mediziner, um aus den Messungen die richtigen Schlüsse für die weitere Diagnostik und Therapie zu ziehen. Außerdem gelte: Bei Schmerzen im Brustraum, die auf einen Herzinfarkt hinweisen könnten, dürfen Betroffene keine Zeit mit der Smartwatch verlieren, sondern müssen nach wie vor sofort den Notruf unter 112 verständigen.

Mehr Infos gibt es im Internet unter: www.herzstiftung.de/smartwatches-herzpatienten.

Glückwünsche

Alles, was du sagst, sollte wahr sein.

Aber nicht alles was wahr ist, solltest du auch sagen.

Voltaire

70 Jahre: 11.5.: Eveline-Irmtraud Zinsmeister, Hirrlingen; 15.5.: Hermann Haasis, Balingen; 18.5.: Beatrix Stoll, Frittlingen.

75 Jahre: 17.5.: Karl Stucke, Ravensburg; 26.5.: Alois Lottko, Mannheim.

80 Jahre: 3.5.: Werner Faas, Bisingen; 6.5.: Walter Werner, Bühl; 19.5.: Rolf Horschler, Mannheim; 21.5.: Gerda Zimmermann, Kehl.

85 Jahre: 1.5.: Erich Matheusser, Ravensburg; 4.5.: Dietrich Stroph, Tettngang.

92 Jahre: 14.5.: Maria Schwengler, Meßstetten.

94 Jahre: 1.5.: Waltraud Virgens, Singen.

95 Jahre: 28.5.: Albert Maier, Weingarten.

Auch den hier nicht genannten Mitgliedern, die im Mai ihren Ehrentag feiern, wünscht der Landesvorstand Glück und Gesundheit auf ihrem weiteren Lebensweg. Diesen Wünschen schließen sich auch die Kreis- und Ortsverbände auf das Herzlichste an.

Unseren kranken Mitgliedern wünschen wir baldige Genesung und die vollständige Wiederherstellung ihrer Gesundheit.

Termine

Ortsverband Friedrichshafen

Jeden 1. Dienstag im Monat, 14 Uhr: Kaffee-Treff im Gasthaus „Rebstock“, Werastraße. Neuteilnehmer sind jederzeit willkommen.

Ortsverband Ravensburg

1. Juni, 14.30 Uhr: Jahreshauptversammlung mit Neuwahlen, Nebenzimmer des Hotels „Goldene Uhr“, Saarlandstraße 44. Anmeldung bis 25. Mai bei Conny Boldt unter Tel.: 07771/91 98 250.

Ortsverband Albstadt

21. Mai, 14.30 Uhr: Jahreshauptversammlung mit Neuwahlen, „Brauhaus Zollernalb“, Bahnhof 4.

Sprechstunden



Warmworld/Adobe Stock

Aufgrund der Corona-Krise finden die genannten Angebote unter Vorbehalt statt. Bitte erkundigen Sie sich unter den angegebenen Telefonnummern, ob, wann, wo und wie die Beratung stattfindet.

Sozialberatung Albstadt

Die Sozialberatung in der Sonnenstraße 16 in 72458 Albstadt erfolgt nur nach Terminvereinbarung unter Tel.: 07431/26 30.

Sozialberatung im Bezirk Bodensee-Alb

Die Terminvereinbarung für die Sprechstunden erfolgt zurzeit jeden ersten Mittwoch in Kressborn durch die Rechtsberatungsstelle Albstadt unter Tel.: 07431/26 30.

Sprechstunden und Sozialberatung Friedrichshafen

Die Sprechstunden finden jeden zweiten Dienstag im Monat, 14 bis 16 Uhr, in der Manzeller Straße 4, 88045

Friedrichshafen / Schnetzenhausen statt.

In dringenden Fällen wenden Sie sich bitte an Willy Pitzner, Tel.: 07541/72 702.

Sozialberatung Mannheim

Die Sozialberatung findet in der Waldstraße 44 in 68305 Mannheim nur nach vorheriger telefonischer Vereinbarung unter Tel.: 0621/84 11 51 statt.

Sozialberatung im Raum Neckar-Odenwald

Die Sozialsprechstunden finden im Gasthaus „Zum Ochsen“ in Höpfigen statt. Für die Beratungen sind Terminvereinbarungen unter Tel.: 0621/84 11 51 unbedingt erforderlich.

Sozialberatung im Raum Mittelbaden und Südbaden

Die telefonische Sozialberatung findet unter Tel.: 0621/84 11 51 statt.

Für sonstige Fragen steht die Landesgeschäftsstelle unter Tel.: 0621/84 14 172 zur Verfügung.

Sozialberatung Kreisverband Stuttgart

Jeden 3. Mittwoch im Monat (außer Dezember) findet eine Sozialberatung im Beratungsbüro des Generationenhauses Heslach, Gebrüder-Schmid-Weg 13, 70199 Stuttgart statt, jedoch nur nach Terminvereinbarung mit der Sozialberatungsstelle in Mannheim unter Tel.: 0621/84 11 51.

Europaabgeordnete Katrin Langensiepen zu Gast beim Landesverband

Viele Berührungspunkte

Ende Februar war Katrin Langensiepen, Europaabgeordnete der Grünen, zu Gast beim Landesverband. Es gab ein angeregtes Gespräch mit dem 1. Landesvorsitzenden Joachim Wittrien und dem Landesvorstandsmitglied Klaus Möhle. Vierte im Bund war die Landesvorsitzende der Bremer Grünen, Alexandra Werwath.

Katrin Langensiepen ist Vize-Vorsitzende des Ausschusses für Beschäftigung und Arbeit. Die 42-Jährige setzt sich vor allem für ein soziales und inklusives Europa ein. Auch aus persönlichen Gründen ist Langensiepen für diese Tätigkeit prädestiniert, denn sie hat als Frau mit einer seltenen Erbkrankheit selbst Diskriminierung erfahren.

Im Gespräch nahm das Thema „Inklusion und Arbeit“ großen Raum ein. Im Mittelpunkt stand die Zukunft der Werkstätten für

behinderte Menschen. Von den Anwesenden wurde lebhaft diskutiert, ob man sie auflösen sollte, wer vom jetzigen System profitiert, wie die Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt aussieht und welche Alternativen es gibt. Einig waren sich die Gesprächspartner*innen, dass sich auf diesem Gebiet dringend etwas ändern müsse.

Anschließend stand das Thema „Armutsgefährdung in Bremen“ und dessen Hintergründe im Fokus. Hier ging es um die

Frage, wie man der zunehmenden Armut entgegen zusteuern kann. Um die steigenden Energiepreise abzufedern, stellte Langensiepen das sogenannte „Klimageld“ vor, das parteiintern in der Diskussion sei. Wichtig war allen Anwesenden, dass ausbezahlte Beträge anrechnungsfrei sein müssten.

Joachim Wittrien freute sich über den regen Austausch: „Es war ein hochinteressantes Gespräch mit gemeinsamen Berührungspunkten.“



Foto: Johanniter Unfallhilfe e. V., Regionalverband Bremen-Verden

V. li.: Florian Hensel, Dienststellenleiter des Johanniter Ortsverbandes Bremen, Karin Stelljes, Teamleiterin des Johanniter Kältebusses, 1. Landesvorsitzender Joachim Wittrien, Vorstandsmitglied Klaus Möhle und Landesgeschäftsführerin Diana Maleschewski.

Spende des SoVD Bremen für den Kältebus

Ein Herz für Obdachlose

Landesvorsitzender Joachim Wittrien und Kreisvorsitzender Klaus Möhle überreichten der Johanniter-Unfall-Hilfe am 9. März einen Spendenscheck in Höhe von 1.000 Euro für die Obdachlosenhilfe. Den Betrag spendeten je zur Hälfte der Landesverband sowie der Kreisverband Bremen.

Gemeinsam mit Landesgeschäftsführerin Diana Maleschewski und Klaus Möhle, Vorstandsmitglied und Sprecher des Sozialpolitischen Ausschusses, informierte sich Joachim Wittrien über die Arbeit der „Kältebus-Profis“. Der Kältebus ist ein zentrales Angebot der Johanniter-Obdachlosen-Hilfe, um betroffene Menschen in der Hansestadt zu unterstützen. Der Kleintransporter ist hauptsächlich in den Herbst- und Wintermonaten unterwegs. Er fährt Anlaufstellen wie zum Beispiel den Bremer Hauptbahnhof an. Hier verteilen ehrenamtliche Kräfte warme Speisen und Getränke, Snacks, Kleidung, Isomatten sowie Schlafsäcke. Ganz wichtig sei es, ein offenes Ohr für die obdachlosen Menschen zu haben, berichten die Helfer*innen, die sich über die Zuwendung sichtlich freuten.

Die SoVD-Delegation war beeindruckt vom Engagement: „Die Arbeit der Kältebus-Profis zu unterstützen, ist uns eine Herzensangelegenheit!“. Joachim Wittrien erinnerte daran, dass der Landesverband vor Jahren eine Straßenbahn gemietet hatte, um warme Speisen an Bedürftige zu verteilen. „Aber leider war uns dies nur als zeitlich begrenzte Aktion möglich“, berichtete er. „Umso mehr freuen wir uns, mit dieser Spende eine permanente Hilfe unterstützen zu können.“



Von links: Katrin Langensiepen, Alexandra Werwath, Klaus Möhle und Joachim Wittrien im Gespräch.

SoVD unterstützt Initiative des Bremer Landesbehindertenbeauftragten

Hilfe für geflüchtete Behinderte

Der Bremer Landesbehindertenbeauftragte Wolf Arne Frankenstein hat in Absprache mit der Bundesvereinigung der Lebenshilfe, dem Martinsclub Bremen und vielen anderen Interessenvertreter*innen eine „matching“-Seite für behinderte, geflüchtete Ukrainer*innen geschaffen, um ihnen den Zugang zum deutschen Versorgungs- und Hilfesystem zu erleichtern.

Die Internetseite <https://hilfsabfrage.de> soll für alle Ankommenden das Zurechtfinden in Deutschland verbessern. Dieses professionelle Unterstützungssystem bezieht sich ausdrücklich auf ganz Deutschland. Der Landesbehindertenbeauftragte hatte beim SoVD-Landesverband Bremen nachgefragt, ob das deutschlandweit bekannte SoVD-Logo zur Unterstützung der Seite benutzt werden könne. Landesvorsitzender Joachim Wittrien setzte sich beim SoVD-Bundesverband nachdrücklich dafür ein. Dieser erteilte die Zustimmung gerne, sodass der SoVD nun das Anliegen von Wolf Arne Frankenstein ausdrücklich unterstützt.

Der SoVD führt dieses Jahr das Sekretariat des Deutschen Behindertenrates, der das Vorhaben ebenfalls mit seinem Logo fördert. Er hat außerdem alle 140 behindertenpolitischen Mitgliedsvereine auf die Initiative aufmerksam gemacht.

Der SoVD hatte bereits eine Resolution zum Ukraine-Krieg verabschiedet, in der er fordert, den Krieg sofort zu stoppen, und in der er zur Solidarität mit allen Ukrainer*innen aufruft: www.sovd-hb.de/aktuelles/meldung/sov-resolution-stoppt-das-leiden-4. Der SoVD hat auch eine eigene Seite für die Ukraine-Hilfe eingerichtet: <https://www.sovd.de/ukrainehilfe>.



Foto: Shchipkova Elena / Adobe Stock
Kriegsflüchtlinge mit Behinderung brauchen auch in der Fremde Hilfe und die Fortsetzung ihrer Behandlung.

Mediensprechstunde

Smartphones, soziale Netzwerke und Sprachassistenten gehören inzwischen auch für viele ältere Menschen zum Alltag. Aber was tun, wenn es Probleme mit WhatsApp, der Handyeinstellung oder Online-Diensten gibt? Ab sofort bietet die Bremische Landesmedienanstalt brema eine Mediensprechstunde speziell für Senior*innen an: Jeden Freitag zwischen 10 und 12 Uhr beantworten Expert*innen der brema alle Fragen, die anfallen.

Wegen der Pandemielage wurde die Mediensprechstunde ausschließlich telefonisch durchgeführt. Zukünftig ist jedoch auch eine Beratung vor Ort im Creative Hub Bremen in der Friedrich-Karl-Straße 54 möglich. Die Sprechstunde ist kostenfrei. Interessierte sollten sich anmelden unter Tel.: 0421/3349419 oder eine E-Mail senden an: schulz@bremische-landesmedienanstalt.de.

Weitere Infos sind im Internet einsehbar unter: <http://bremische-landesmedienanstalt.de/mediensprechstunde>.

Monatlicher Newsletter

Falls Sie als Mitglied daran interessiert sind, einmal monatlich zu Anfang eines Monats (außer der Sommerausgabe) den Newsletter des SoVD Bremen mit Berichten, Veranstaltungsterminen, Tipps und Tricks zu erhalten, so bitten wir Sie um einen Hinweis an folgende E-Mail-Adresse: newsletter@sovd-hb.de.



Glückwünsche

Allen Mitgliedern, die im Mai ihren Geburtstag feiern, gratuliert der SoVD-Landesverband Bremen herzlich. Wir wünschen Ihnen für das neue Lebensjahr alles Gute, vor allem aber Gesundheit und Wohlergehen.

Allen Mitgliedern, die derzeit erkrankt sind, wünschen wir eine baldige Genesung.

Ehrenamt sucht ...

Zur Unterstützung unserer Ortsverbände sucht der SoVD Bremen interessierte Menschen, die neue Kontakte knüpfen und etwas aus ihrer Freizeit machen möchten. Wenn Sie sich angesprochen fühlen, eine neue Aufgabe suchen und gerne Näheres erfahren möchten, wenden Sie sich bitte an Ihre zuständige Kreisgeschäftsstelle:

- KV Bremen und KV Bremen-Nord: Tel.: 0421/16 38 490,
 - KV Bremerhaven: Tel.: 0471/28 006.
- Wir freuen uns über Ihren Anruf!

Nachruf

Im März verstarb unser Mitglied und langjähriges Vorstandsmitglied des Ortverbandes Blumenthal-Farge,

Liesel Schneider.

Wir trauern um eine engagierte und zugewandte Persönlichkeit, die in verschiedenen Bereichen, als Schatzmeisterin des Ortsverbandes Blumenthal-Farge (Kreisverband Bremen-Nord) und Beisitzerin im Landesvorstand Bremen viele Jahre lang die Tätigkeit des SoVD maßgeblich mitgestaltet hat.

Der Ortsverband Blumenthal-Farge und der Landesverband Bremen werden unser langjähriges Mitglied Liesel Schneider in bleibender guter Erinnerung behalten. Unser aufrichtiges Mitgefühl gilt ihrer Familie.

Joachim Wittrien,
1. Vorsitzender des Landesverbandes Bremen



Sozialrechtsberatung

Hier finden Sie Kontaktadressen sowie Ansprechpartner*innen des SoVD im Landesverband Bremen. Um Termine für eine Sprechstunde zu erhalten, wenden Sie sich bitte an Ihre zuständige Kreisgeschäftsstelle!

Landesverband / Landesrechtsabteilung / Kreisverband Bremen / Kreisverband Bremen-Nord

Breitenweg 10-12, 28195 Bremen, Tel.: 0421/16 38 490, E-Mail: info@sovd-hb.de.

Kreisverband Bremerhaven

Barkhausenstraße 22, 27568 Bremerhaven, Tel.: 0471/28 006, E-Mail: kreis-bremerhaven@sovd-hb.de.

Der Fall des verurteilten Patientenmörders Högel zieht Kreise

Fatale Fehlentscheidungen

Dieses Verbrechen machte Mitte 2005 viele Menschen in Norddeutschland fassungslos: Der Krankenpfleger Niels Högel tötete als Intensivpfleger mindestens 85 Menschen. Er wurde 2019 zu lebenslänglicher Haft verurteilt. Ein weiterer Prozess soll nun klären, ob seine Vorgesetzten etwas hätten wissen können.

Seit dem Jahr 1999 war Högel im Klinikum Oldenburg tätig. Er wurde dort zwar Ende 2002 entlassen, weil es Unstimmigkeiten mit seinem Vorgesetzten gab, erhielt jedoch im Anschluss eine Anstellung im Delme-Klinikum in Delmenhorst. Hier war er bis Juni 2005 beschäftigt und tötete weiter.

„Man kann sich kaum vorstellen, was das für die Angehörigen bedeutet“, betont Klaus Möhle, Vorstandsmitglied und Sprecher des Sozialpolitischen Ausschusses. Er hat eine Frau, deren Vater von Högel getötet wurde, jahrelang begleitet. Nicht nur die entsetzte Frage der Angehörigen, welchen Grund man für eine solche Tat haben könnte, sondern auch, ob das nicht jemand hätte bemerken müssen, steht weiterhin im Raum. Deshalb sollen sich seit Anfang März sieben ehemalige Vorgesetzte von Högel vor Gericht verantworten.

Klaus Möhle verfolgt die Prozesse: „Es gibt sehr viele Ungeheimheiten. Wie konnten die Ärzte Högel, obwohl es ernstzunehmende Unstimmigkeiten gab, mit einem guten Zeugnis entlassen und weiterreichen? Außerdem war er im Kollegenkreis unter den Spitznamen 'Rettungsrambo' oder 'Todes-Högel' bekannt. Davon wollen Ärzte und Pflegedienstleitung nichts mitbekommen haben?“

Der Gesetzgeber hat zwischenzeitlich vorgesorgt: Im Jahr 2013 wurde im „Gesetz zur Verbesserung der Rechte



Foto: sudok1/Adobe Stock

Infusionen gehören auf einer Intensivstation zum Handwerk.

von Patientinnen und Patienten“ ein Schwerpunkt auf Patientensicherung gelegt. In der Niedersächsischen Gesetzesnovelle (NKHG) vom 1. Januar 2019 wurde das Gesetz nochmals verschärft. Es beinhaltet unter anderem ein Fehlermeldesystem, eine Arzneimittelkommission zur Überwachung des Medikamentenverbrauchs, die Anstellung von Stationsapotheker*innen und ein anonymes Meldesystem für Auffälligkeiten, Verdachtsmomente und „Beinahe-Unfälle“.

Für den Vorstand des Aktionsbündnisses Patientensicherheit, der am 14. Februar im Weser-Kurier zu Wort kam, reichen diese präventiven Maßnahmen nicht aus. Für ihn würden „die geschilderten Instrumente das Kernproblem nicht angreifen“, denn Fehler im Krankenhaus wären ein Resultat von Prob-

lemen in der Führungskultur und der Kommunikation. Als grundsätzliches Problem sehen sie den Personalmangel in der Pflege und fordern eine personelle Reserve, damit Überlastungssituationen nicht entstehen können.

Für den SoVD steht daher an oberster Stelle, dass vollständig geklärt wird, welche Kontrollen gefehlt haben. „Wir erwarten, dass in Krankenhäusern alles erdenklich Mögliche getan wird, um die Sicherheit der Patient*innen zu gewährleisten“, so Landesvorsitzender Joachim Wittrien. „Der SoVD hat in dieser Hinsicht bereits Vorarbeit geleistet. Anfang Februar stellte Präsident Adolf Bauer und der Medizinrechtsexperte Prof. Dr. Thomas Gutmann das Gutachten 'Stärkung und Weiterentwicklung der Patientenrechte in Deutschland' vor. Mit dem Gutachten will der SoVD die Reform des Patientenrechtegesetzes in Gang bringen und gibt dem Gesetzgeber hierfür konkrete Handlungsempfehlungen mit auf den Weg.“

Klaus Möhle ergänzt: „In den Krankenhäusern muss eine Fehlerkultur einziehen, die Offenheit, flachere Hierarchien und interdisziplinäre Kommunikation beinhaltet. Es darf nicht geschwiegen werden, um den guten Ruf einer Klinik aufrechtzuerhalten. Im Gedenken an die Opfer und aus Respekt vor den Angehörigen muss nun eine offene und ehrliche Aufklärung stattfinden!“



Termine

Die Veranstaltungen finden unter den aktuellen Pandemiebedingungen statt. Wir bitten um Beachtung der separat abgedruckten Tagesordnungspunkte.

Ortsverband Zentrum

12. Mai, 17 Uhr: Mitgliedertreffen mit Wahlen und anschließendem Abendessen, Intercityhotel Bremen, Bahnhofplatz 17/18, Bremen, Konferenzraum 3 und 4, als Ersatzveranstaltung beziehungsweise Nachveranstaltung für den Termin am 22. Februar.

Ortsverband Nord-Süd

10. Mai, 14.30 Uhr: Mitgliederversammlung mit Wahlen

im Altbürgerhaus, Anmeldung bei Herrn Karl-Otto Harms unter 0471/63 560 oder bei Frau Ursel Grabowski unter 0471/80 61 184 erbeten.

Ortsverband Bremerhaven-Geestemünde

13. Mai, 15 Uhr: Info-Veranstaltung, Ernst-Barlach-Haus, Am Holzhafen, Voranmeldung bei Fr. Michaelsen unter Tel.: 0741/55 222 erbeten.

Ortsverband Bremerhaven-Leherheide

13. Mai, 15 Uhr: Mitgliedertreffen mit Wahlen im Lukas-Gemeindezentrum, Louise-Schroeder-Str. 1 in 27578 Bremerhaven.

TOP

- Entgegennahme der Berichte des Vorstandes und der Revisorinnen und Revisoren,
- Beschlussfassung über Anträge und Beschwerden an den Kreisvorstand und an die Kreisverbandstagung,
- Wahl des Ortsvorstandes,
- Wahl der Revisorinnen und Revisoren,
- Wahl der Delegierten zur Kreisverbandstagung,
- Entlastung des Ortsvorstandes.

SoVD Hamburg begrüßt höheren Heizkostenzuschuss als ersten Schritt

Bedürftige brauchen mehr

Anders als zunächst zugesagt, verdoppelt die Bundesregierung den Heizkostenzuschuss und die finanzielle Unterstützung für Menschen, die wenig haben. Der Hamburger Landesverband begrüßt die Entscheidung aus Berlin. Der Zuschuss reicht aber auf Dauer nicht.

„Angesichts der extremen Preissteigerungen haben wir den Zuschuss bereits im Vorfeld als deutlich zu gering kritisiert. Durch den Krieg in der Ukraine erhöhen sich die Energiekosten drastisch, sodass dringend nachgebessert werden musste. Gut, dass unsere Forderung aufgenommen wurde und der Zuschuss nun deutlich höher ausfällt.“

Wicher weiß: Auf Dauer werde dies aber nicht reichen. Die Betroffenen bräuchten grundsätzlich mehr Geld im Portmonnaie. Dies werde vor allem für Grundsicherungsbeziehende, deren Bezüge schon lange viel zu gering sind, jetzt existenziell: „Die kürzlich beschlossene Einmalzahlung von 200 Euro verpufft schnell angesichts der extremen Lebensmittel- und Energiepreise. Wir fordern, dass



Foto: Tiko/Adobe Stock

Bei steigenden Heizkosten bleibt Menschen mit wenig Geld nur die Option, die Heizung herunterzudrehen und zu frieren.

zumindest dieser Zuschuss bis zur Neuberechnung der Regelsätze monatlich gezahlt werden muss“, so Wicher.

Auch Hamburg könne helfen:

„Der Senat kann die Grundsicherung für ältere Menschen ab 65 Jahren erhöhen und muss damit nicht auf den Bund warten!“

Entlastungspaket der Bundesregierung benachteiligt die Rentner*innen

Nicht alle dürfen profitieren

Das Entlastungspaket der Bundesregierung hilft vielen weiter. Nur die Rentner*innen in Hamburg und im Bundesgebiet gucken größtenteils in die Röhre: Denn ein großer Teil derjenigen, die Hilfe ebenfalls dringend brauchen, gehen leer aus.

SoVD-Landeschef Klaus Wicher findet, hier werde mit zweierlei Maß gemessen: „Diejenigen, die nur knapp über der Grundsicherungsgrenze leben, haben in Zeiten von Inflation und Ukrainekrieg immer weniger von ihrem Geld. Deshalb brauchen auch sie ein Zeichen der Solidarität seitens der Politik. Dies sollte auch vom Hamburger Senat kommen.“

Rentner*innen haben ein klar umrissenes Budget, mit dem sie auskommen müssen. In Hamburg haben etwa 53 Prozent aller Senior*innen Altersbezüge, die maximal 1.000 Euro im Monat ausmachen. „Wer eine kleine Rente hat, der muss sehr haushalten und kommt dennoch kaum oder gar nicht über die Runden. Davon müssen Miete und Leben bezahlt werden,

übrig bleibt davon nichts“, weiß Wicher. Diese Menschen müssten jetzt die steigende Inflation aus eigener Kraft abfedern, „das ist hart für die Senior*innen“.

Der SoVD-Landeschef findet, dass die Betroffenen durch die Umsetzung des Entlastungspaketes nicht nur ausgegrenzt, sondern regelrecht bestraft werden: „An alle wird gedacht: Alle Steuerzahler und vor allem Menschen, die bedürftig sind, bekommen Unterstützung aus dem Entlastungspaket. Das ist gut und richtig so. Aber was ist mit den vielen Senior*innen, die sich nichts mehr zu ihrer kleinen Rente dazuverdienen können? Die gerade mal so über die Runden kommen? Wir fordern den Hamburger Senat nachdrücklich auf, sich im Bund für die Belange der Betroffenen starkzumachen. Bundeskanzler Olaf Scholz hat eine enge Bindung zu Hamburg und ist hoffentlich aufgeschlossen gegenüber Ratschlägen und Hinweisen aus der Hansestadt.“



Foto: Sir Oliver / fotolia

Die steigende Inflation trifft Rentner*innen mit geringen Bezügen besonders hart.



Ansichten

Liebe Mitglieder,



Klaus Wicher

Ich freue mich, dass unsere Ortsverbände und Treffs wieder geöffnet werden konnten. Auch in unseren Geschäftsstellen sind wir endlich wieder ganz persönlich für Sie da. Natürlich sind wir weiterhin um Ihre Gesundheit besorgt und um die unserer Mitarbeiter*innen. Das ist selbstverständlich und deswegen geht alles nur mit Einhaltung der Hygieneregeln. Wir hoffen alle sehr, dass dies nun ein Schritt in eine „neue“ Normalität sein wird.

Mehr als zwei Jahre haben wir uns mit der Corona-Pandemie auseinandergesetzt, das hat uns alle viel Kraft gekostet. In diesen Tagen hat sich die Welt wieder ein Stück weitergedreht und der Angriffskrieg von Präsident Putin wütet sozusagen unmittelbar vor unserer Tür. Viele Menschen fliehen deshalb und kommen hier in Hamburg an. Sie haben alles verloren, ihre Heimat und ihre Existenz. Wir alle können dabei helfen, dass sie sich hier bei uns willkommen fühlen, dies leisten wir gern.

Man muss begreifen, dass dies nicht nur ein Krieg gegen die Ukraine ist: Es ist gleichzeitig ein Angriff auf uns und unsere freiheitliche Wertegesellschaft. Dem stellt sich die Bundesregierung mit einer Vielzahl von Maßnahmen entgegen. Die Sanktionen entfalten ihre Wirkung, was auch wir zu spüren bekommen. Die Preise sind gestiegen, werden weiter steigen und hoch bleiben. Das ist für Menschen, die wenig haben, ein ziemlicher Schrecken. Angesichts dieser Teuerungen werden sich immer mehr Menschen hier bei uns die Frage stellen, wie sie sich, ihre Familien und die Kinder anständig ernähren können, wie sie finanziell über den Monat kommen.

Das darf uns nicht kaltlassen und wir sind zur Unterstützung verpflichtet. In Artikel 1 unseres Grundgesetzes steht: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ Es ist unstrittig, dass Armut die Würde der Menschen aufs Empfindlichste verletzt. Deswegen sind die Bundesregierung und der Hamburger Senat aufgefordert, ihr Möglichstes zu tun, um Grundsicherungs- und Hartz-IV-Empfängern zu helfen. Wir haben mehrfach darüber berichtet, dass dies nicht in ausreichendem Maße geschieht. Es ist dringend erforderlich, diese lebenssichernden Sätze jetzt massiv zu erhöhen. Darauf arbeiten wir hin. Am Geld fehlt es offenbar nicht, ich verweise da noch kurz auf den plötzlich aufgetauchten „100-Milliarden-Sondertopf“, der unsere marode Bundeswehr aufmöbeln soll.

Bleiben Sie gesund!

Ihr Klaus Wicher, 1. Landesvorsitzender

Preissenkung als Chance

Trotz hoher Ticketpreise ist der Betrieb von Bahnen, Bussen und Hafenfähren in Hamburg seit Jahren ein Minusgeschäft. „Wenn man wenig Geld hat, überlegt man sehr genau, wann man mit dem HVV fährt, denn die Fahrten gehen schnell ins Geld. Die dreimonatige Preisreduzierung im ÖPNV aus dem Entlastungspaket wird gerade Menschen, die finanziell schlecht zurechtkommen, mehr Mobilität verschaffen“, sagt SoVD-Landeschef Klaus Wicher. Er fordert darüber hinaus eine langfristige Reduzierung der Preise für Bus und Bahn, um auch Autofahrer*innen zum Umsteigen zu bewegen. „Niedrigere Preise im ÖPNV wären ein Bekenntnis des Senats zu einer ernst gemeinten Verkehrswende, aktivem Klimaschutz und eine sinnvolle Unterstützung von Menschen, die sonst durch ihre finanzielle Lage gesellschaftlich außen vor bleiben.“

SoVD-Podcast „Sozial? Geht immer!“

Klimawandel und Armut

Der SoVD Hamburg hat jetzt einen Podcast. Einmal im Monat sprechen der Hamburger SoVD-Landeschef Klaus Wicher und Pressesprecherin Susanne Rahlf mit Gästen aus Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und Praxis. Interessiert, investigativ, aufgeschlossen und immer ganz dicht dran am Puls der Zeit.

Die erste Folge des SoVD-Podcasts kam gut an. Jetzt geht es weiter mit dem Moderator, Meteorologen und Extremwetterforscher Frank Böttcher. Er spricht darüber, welche Folgen der Klimawandel für unsere Gesellschaft hat. „Klimawandel und Armut – worauf müssen wir uns einstellen?“ heißt die zweite Folge des Podcasts „Sozial geht immer!“.



Foto: Christian Bittcher
Frank Böttcher

Gemeinsam mit der Journalistin Susanne Rahlf diskutiert Landesvorsitzender Klaus Wicher mit dem Wetterspezialisten über die Veränderungen, die in unserer Umwelt stattfinden, was dies für Menschen, die arm sind, bedeutet und wie wir darauf reagieren müssen.

Die Sendung ist bei Podcast-Anbietern und auf der Webseite des SoVD Hamburg verfügbar unter: www.sovd-hh.de.

Newsletter „SoVDabei“

Unsere Mitglieder sind uns wichtig. Damit Sie immer genau wissen, was bei uns los ist, bieten wir Ihnen unseren neuen Newsletter „SoVDabei“ per E-Mail an. Alle zwei Monate erfahren Sie darin die neuesten Neuigkeiten zu ihrer Mitgliedschaft, was los ist in den Ortsverbänden und Seniorenentreefs und wie Sie mit unseren Kooperationspartnern bares Geld sparen können. Sind Sie interessiert? Möchten Sie unseren neuen Newsletter abonnieren? Dann melden Sie sich schnell per E-Mail bei uns unter: anmeldung@sov-d-hh.de an.



Sozialrechtsberatung

Mit der Rückkehr zu mehr Normalität erhalten Mitglieder schon seit Anfang April wieder eine persönliche Beratung vor Ort. Natürlich unter Einhaltung der 3G-Schutzmaßnahmen.

Sie brauchen Unterstützung in sozialrechtlichen Fragen? Dann melden Sie sich bei uns unter Tel.: 040/61 16 070, schreiben Sie uns eine E-Mail: info@sov-d-hh.de oder kommen Sie in dringenden Fällen persönlich bei uns vorbei.

- **SoVD-Beratungszentrum, Landesgeschäftsstelle,**
Pestalozzistraße 38, 22305 Hamburg,
Öffnungszeiten: Mo-Mi: 9-16 Uhr, Do: 9-18 Uhr, Fr: 9-14 Uhr.
- **SoVD-Beratungszentrum Hohenfelde / Uhlenhorst**
Mundsburger Damm 42, 22087 Hamburg,
Öffnungszeiten: Mo: 10-12 Uhr und 13-16 Uhr, Di: 10-13 Uhr
- **SoVD-Beratungsstelle Lurup**
Luruper Hauptstraße 149, 22547 Hamburg,
Öffnungszeiten: Mi und Do: 10-12 und 14-16 Uhr.
- **SoVD-Beratungsstelle Harburg**
Winsener Straße 13, 21077 Hamburg,
Öffnungszeiten: Mi: 10-13 Uhr.

Die Öffnungszeiten für unsere weiteren Beratungszentren standen bei Redaktionsschluss noch nicht fest. Bitte fragen Sie in Barmbek nach oder informieren Sie sich auf unserer Homepage: www.sovd-hh.de, zu welchen Zeiten geöffnet ist in

- **Farmsen**, im Berufsförderungswerk, Haus W (R 034), Marie-Bautz-Weg 11
- **Altona**, Bürgertreff Altona-Nord (BiB), Gefionstr. 3
- **Langenhorn**, Bürgerhaus, Tangstedter Landstr. 41
- **Bergedorf**, Beratungsbüro im Marktkauf-Center, Alte Holstenstr. 30.

Ortsverband Langenhorn spendete für Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine

Die Hilfsbereitschaft ist groß

Millionen von Ukrainer*innen mussten ihr Land überstürzt verlassen, oft nur mit leichtem Gepäck. Sie sind auf Unterstützung angewiesen, auch finanziell. Der Ortsverband Langenhorn wollte helfen und sammelte bei seinen Mitgliedern Spenden.

„Wir haben spontan bei unserem Treffen um Spenden gebeten und hatten am Ende 362 Euro im Sammelbeutel“, freut sich der Langenhorner Vorsitzende Wolfgang Seipp.

„Ich finde es großartig, wie gern und bereitwillig unsere Seniorinnen und Senioren, die ja selbst oft nicht viel haben, zur Hilfe bereit sind“, lobt Landesvorsitzender Klaus Wicher die Aktion. Auch der Landesverband und viele weitere Gliederungen unterstützen die Flüchtlinge mit Geldspenden. Alle Spenden des SoVD Hamburg gehen auf das Ukraine-Spendenkonto der Aktion Deutschland Hilft, IBAN: DE62 3702 0500 0000 1020 30.



Foto: Susanne Rahlf

Screenshot der Versammlung des Ortsverbandes Langenhorn mit Spendenbox und Formular.

SoVD Hamburg kritisiert die Bedenken der kassenärztlichen Verbände

Mauern statt Patientenwohl

In Hamburg will Rot-Grün die Stadt in kleine Planungseinheiten aufsplitten, damit in allen Stadtteilen eine gute Versorgung mit Ärzt*innen möglich wird. Der Hamburger SoVD begrüßt das. Schon seit Jahren fordert er mehr Arztpraxen für sozial schwach aufgestellte Stadtteile.

Ärgerlich findet Landesvorsitzender Klaus Wicher die Bedenken, welche die Kassenärztliche Vereinigung und die Krankenkassen zu der Aufteilung in kleinere Planungseinheiten angemeldet haben. Sie wollen, dass die Hansestadt weiterhin ein einziges Zulassungsgebiet bleibt: „Hier frage ich mich, geht es diesen Verbänden wirklich um die gute gesundheitliche Versorgung der Menschen?“

Klaus Wicher vermutet: „Offenbar führt das jetzige Abrechnungssystem dazu, dass

Ärzt*innen lieber in gut situierten Stadtteilen praktizieren wollen, weil es sich auch finanziell viel mehr für sie lohnt. Es kann aber nicht sein, dass die Bezahlung wichtiger ist als der Bedarf, den Bewohner*innen eines Stadtteils haben. Es muss also spezielle finanzielle Anreize für die unbeliebteren Praxisstandorte geben. Ich denke da an Niedersachsen, das dem Ärztemangel auf dem Land mit attraktiven finanziellen Angeboten begegnet – und das durchaus erfolgreich.“



Foto: Kzenon /AdobeStock

In „armen“ Stadtteilen herrscht meist Ärztemangel.

Mitmachen erwünscht!

Deutschlands einziger SoVD-Chor braucht Verstärkung. „Wir brauchen sowohl weibliche als auch männliche Sänger*innen. Wer Lust hat, mitzumachen, ist herzlich willkommen“, wirbt Chorleiter Michael Starke um neue Stimmen. Das Repertoire des Chors, der in Lurup beheimatet ist, ist bunt gemischt und reicht von Chansons, Schlagern und Volksliedern bis zu Songs von Udo Lindenberg. Alle, die Lust haben, mitzumachen, wenden sich an Wilfried Starke unter Tel.: 040/89 01 84 71.



Foto Susanne Rahlf

Der Mann am Klavier ist Chorleiter Michael Starke.

Mitglieder werben

Wer als Mitglied neue Mitglieder für den SoVD wirbt, erhält als Dankeschön einen 25-Euro-Gutschein von „Globetrotter“.

Der SoVD bringt sich für Sie auf politischer Ebene ein. Sie können jederzeit unsere kompetente juristische Beratung in allen Fragen des Sozialrechts nutzen. Außerdem profitieren Sie von exklusiven Vergünstigungen unserer Partner.

Weitere Infos erhalten Sie in der Landesgeschäftsstelle in Barmbek oder unter: www.sovd-hh.de.

Was man tun kann, wenn die gebuchte Reise vor Antritt teurer wird

Ärger schon vor der Abreise

Ist die Urlaubsreise gebucht, schlagen Reiseveranstalter und Fluggesellschaften zum Ärger der Verbraucher*innen manchmal noch nachträglich Kosten drauf. Doch Mehrkosten für Pauschalreisen und Flüge müssen nur unter bestimmten Voraussetzungen nach Vertragsschluss gezahlt werden.

Veranstalter und Airlines dürfen den Preis für eine Pauschalreise beziehungsweise einen Flug nach der Buchung nur erhöhen, wenn sie sich dieses Recht vertraglich vorbehalten haben. Solche Preisänderungsklauseln finden sich zwar in den Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) der meisten Anbieter, sind aber häufig unwirksam.

Bei Pauschalreiseverträgen, die nach dem 30. Juni 2018 abgeschlossen wurden, muss der Reiseveranstalter der*dem Reisenden ein zutreffend ausgefülltes Formblatt vor Abschluss des Pauschalreisevertrages aushändigen. Aus diesem Formblatt müssen sich die wesentlichen Rechte des Reisenden ergeben, wozu auch die Information gehört, unter welchen Bedingungen der Reisepreis angehoben werden darf.

Hat der Pauschalreiseveranstalter das zutreffend ausgefüllte Formular, aus dem sich die Rechte der*der Reisenden ergeben, nicht vor Vertragsschluss ausgehändigt, kann eine Preiserhöhung nicht geltend gemacht werden.

Unklare Formulierung wird vor Gericht gekippt

Teurer darf die Reise im Nachhinein nur werden, wenn vorher klar ist, wie der neue Preis genau berechnet wird. Beinhaltet die Preisänderungsklausel bloß einen Verteilungsmaßstab oder gar allgemeine Floskeln, ist sie unwirksam. Schwammige



Foto: Kitty/Adobe Stock

Wenn die gebuchte Reise nachträglich teurer wird, ist die Urlaubslaune verdorben.

Klauseln, mit denen Reiseveranstalter Zuschläge auf ihre Kund*innen abwälzen wollten, wurden bereits vom Bundesgerichtshof und einigen Oberlandesgerichten gekippt, unter anderem: BGH, Urteile vom 19.11.2002, Az. X ZR 253/01 (Bucher Reisen), X ZR 243/01 (Alltours); OLG Frankfurt, Urteil vom 3.6.2002, Az. 1 U 55/01 (NUR Touristik); OLG Düsseldorf, Urteil vom 22.11.2001, Az. 6 U 29/01 (LTU Touristik).

Preiserhöhung nur bis acht Prozent

Nicht für alle Leistungen sind Preiszuschläge erlaubt. Neben gestiegenen Beförderungskosten für Kerosin und Sprit dürfen Reiseanbieter nur höhere Abgaben wie Hafen- oder Flughafenengebühren und geänderte

Wechselkurse auf den Kunden umlegen. Waren die Mehrkosten zur Zeit der Buchung vorhersehbar, kann man die Zahlung verweigern.

Wichtig: Eine Preiserhöhung ist ab dem 20. Tag vor dem vereinbarten Abreisetermin unwirksam. Eine wirksame Preiserhöhung bis acht Prozent muss die*der Reisende hinnehmen.

Beträgt die Preiserhöhung mehr als acht Prozent, kann der Reiseveranstalter die Preiserhöhung anbieten und verlangen, dass die*der Reisende sie entweder innerhalb einer bestimmten Frist annimmt oder vom Vertrag zurücktritt. Der Reiseveranstalter kann der*dem Urlauber*in mit dem Angebot einer Preiserhöhung auch wahlweise eine andere Reise anbieten.

Nach Ablauf der gesetzten Frist, gilt das Angebot als angenommen. Dies bedeutet: Sie müssen unbedingt innerhalb der Frist kündigen, wenn Sie die Preiserhöhung nicht möchten.

So sollte bei Preiserhöhung vorgegangen werden

Wenn der Reiseveranstalter einen Zuschlag verlangt, sollten Sie folgende Tipps beherzigen:

- Prüfen Sie, ob die Ausschlussfristen bereits abgelaufen sind. Ist das der Fall, können Sie die Zahlung unter Hinweis auf die Gesetzeslage verweigern.
- Macht der Veranstalter die Übergabe der Reiseunterlagen von der Zahlung des Zuschlags abhängig und möchten Sie Ihren Urlaub nicht aufs Spiel setzen, sollten Sie den Mehrpreis unter Vorbehalt zahlen.
- Wird der Reisepreis bei Buchungen um mehr als acht Prozent erhöht, müssen Sie das nicht hinnehmen. Sie dürfen dann den Reisevertrag kostenfrei stornieren – allerdings muss das unverzüglich geschehen.

Etwaige Ansprüche können Sie mit dem Musterbrief „Einspruch wegen Reisepreiserhöhungen nach Vertragsschluss mit und ohne Rücktritt“ (www.verbraucherzentrale-sachsen-anhalt.de) geltend machen.

Quelle: Verbraucherzentrale

Veranstaltungen zum Internationalen Frauentag

Gedenken in Genthin

Sachsen-Anhalt Im Monat März fanden in Mitteldeutschland die Frauenaktionstage mit dem Equal Pay Day und dem Internationalen Frauentag statt. Auch der SoVD Mitteldeutschland war bei Veranstaltungen vor Ort, so zum Beispiel in Genthin.

Am 8. März, dem Internationalen Frauentag, waren mehrere Veranstaltungen angekündigt, zum Beispiel die Festveranstaltung zum Internationalen Frauentag in Magdeburg sowie eine Veranstaltung der Frauenunion. „Zunächst hatten wir uns vom Landesfrauenausschuss zu den einzelnen Veranstaltungen angemeldet“, so die Landesfrauensprecherin Monika Lück, „da diese aber in geschlossenen Räumen stattfanden, haben wir wegen der hohen Corona-Inzidenzen abgesagt. Die Gesundheit geht einfach vor.“

In Genthin fand am Weltfrauentag eine Kranzniederlegung am Mahnmahl des KZ-Außenlagers Ravensbrück in Genthin-Wald statt. Die Teilnehmer*innen – unter ihnen war für den SoVD-Landesverband auch Monika Lück dabei – gedachten der Frauen und Mädchen, die hier unter unmenschlichen Bedingungen arbeiten mussten.

Rednerin Gabriele Herrmann ging in ihrer Ansprache auch auf den Krieg in der Ukraine ein. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer waren sich einig, dass der Krieg umgehend beendet werden müsse, damit das Leid der Menschen ein Ende habe.



Foto: Monika Lück

Rednerin Gabriele Herrmann erinnerte am Mahnmahl an die Leiden der Frauen im KZ Ravensbrück.

Aktion für Berufstätige

Am 1. Mai startet wieder die Mitmachaktion „Mit dem Rad zur Arbeit“ der AOK und des Allgemeinen Deutschen Fahrrad-Clubs (ADFC). Sie läuft bis zum 31. August. Wer sich bei der Aktion anmeldet, erhält Zugriff auf einen persönlichen Online-Aktionskalender. Darin tragen Teilnehmende ihre gefahrenen Strecken ein. Auch Teilstrecken, Fahrten mit E-Bike oder Pedelec und Fahrten in der Mittagspause zählen. Ziel ist es, an mindestens 20 Tagen aktiv zu sein. Dazu gibt es Gewinnspiele. Alle Infos finden sich unter: www.mit-dem-rad-zur-arbeit.de.



Termine

Kreisverband Halle

18. Mai, 14 Uhr: Mitgliederversammlung im Gesundheitszentrum Silberhöhe, 4. Ebene, Tagungsraum.

19. Mai: Busfahrt zum Spargelbüfett in Mötzow, Mittagessen, Kaffee und Kuchen, 53 Euro p. P.



Foto: AboutLife/Adobe Stock

Jede*r möchte den Urlaub unbeschwert und gut gelaunt antreten. Dazu sollte vorher alles geregelt sein.



Aus den Kreis- und Ortsverbänden



KV Wernigerode: Werner Schönfelder sorgte für Musik.



KV Wernigerode: Die Veranstaltung war gut besucht.



KV Halberstadt: Der Landesverband war auch vertreten.



KV Halberstadt: Klare Aussage auf der Friedensdemo.



Kreisverband Quedlinburg mit Vorsitzendem Gert Wegener.

Kreisverband Wernigerode

Schon seit vielen Jahren ist es Tradition im SoVD, den Internationalen Frauentag zu feiern. Auch der Kreisverband Wernigerode würdigte den Termin mit einer Veranstaltung am 15. März. Jede anwesende Frau bekam von den männlichen Mitgliedern eine Rose überreicht.

„Das Motto ‚Gemeinsam statt einsam‘ wird im SoVD-Kreisverband besonders beherzigt und auch wir können auf eine Reihe aktiver Frauen zählen“, berichtete Vorsitzende Birgit Jungtorius. „Gerade in dieser denkwürdigen Zeit, durch die Pandemie und

Putins Einmarsch in die Ukraine war es uns ganz wichtig, den Weltfrauentag zu würdigen.“

Für die musikalische Unterhaltung sorgte Werner Schönfelder.

Kreisverband Halberstadt

Die Linke hatte in Halberstadt zu einer Friedenskundgebung auf dem Holzmarkt aufgerufen. Neben Mitgliedern des SoVD-Kreisverbandes, darunter Kreisvorsitzender Klaus Schatter, war für den Landesverband Mitteldeutschland auch die 1. Landesvorsitzende Kerstin Römer zur Veranstaltung erschie-

nen (siehe Foto oben, in weißer Jacke). Mit ihrer Teilnahme machten sie deutlich, dass alle solidarisch an der Seite der Ukrainerinnen und Ukrainer stehen, die von diesem sinnlosen Krieg betroffen sind.

Kreisverband Quedlinburg

Nach einer langen „Durststrecke“ durch die Einschränkungen der Corona-Pandemie konnte der Kreisverband Quedlinburg am 17. März wieder eine Veranstaltung anlässlich des Weltfrauentages durchführen. Dazu hatte der Vorstand alle Mitglieder in das Schützenhaus Difturt

eingeladen.

Nachdem Vorsitzender Gert Wegener alle Anwesenden begrüßt hatte, stellte er die Planung des Vorstandes für künftige Unternehmungen vor.

Anschließend bedankte sich das langjährige Mitglied Käthe Becker, die auch als Rentenbeauftragte fungiert, für die vielen Glückwünsche, die sie zu ihrem 80. Geburtstag erhalten hatte und gab eine Runde Sekt aus.

Alle hatten sich nach langer Zeit viel zu erzählen, und so wurde es ein schöner Nachmittag, der bei allen Gästen auf ein sehr großes Echo stieß.



Kreisverband Quedlinburg: Geburtstagskind Käthe Becker bedankte sich.



Sprechstunden in Mitteldeutschland

Aufgrund der Corona-Krise finden alle Angebote nur unter Vorbehalt statt. Bitte erkundigen Sie sich vorher unter den genannten Telefonnummern, ob, wann, wo und wie die Sprechstunde stattfindet!

Landesgeschäftsstelle Mitteldeutschland

Moritzstraße 2 F, 39124 Magdeburg, Tel.: 0391/2 53 88 97. Fax: -98. Sprechzeiten nach telefonischer Vereinbarung, montags bis donnerstags, 9–15 Uhr und freitags, 9–13 Uhr.

Sachsen Sozialberatung

Sprechstunden s. Thüringen.

Kreisverband Dresden-Chemnitz-Bautzen

Konkordienstraße 46 (EG links), 01127 Dresden, Tel.: 0351/2 13 11 45, Fax: 0351/2 13 11 46, E-Mail: kv.dresden@sovd-sa.de. Sprechzeit: dienstags, 14–17 Uhr; telefonisch donnerstags, 14–16 Uhr.

Geschäftsstelle Leipzig

Angerstraße 40–42, Haus E, 2. OG (rollstuhlgerecht), 04177 Leipzig-Lindenau. Beratung nur nach Terminvereinbarung über die Landesgeschäftsstelle, An-

sprechpartner: Michael Fahr.

Geschäftsstelle Görlitz

Beratung nur nach Terminvereinbarung unter Tel.: 03581/87 83 022. Ansprechpartner: Olaf Anders.

Thüringen Sozialberatung

Magdeburger Allee 138, 99086 Erfurt, Tel.: 0361/79 07 90 07, Fax: 0361/79 07 90 06, E-Mail: info@sovd-thue.de. Sprechzeit: montags und donnerstags, 10–15 Uhr. Vorherige Terminvereinbarung ist erforderlich.

Kreisverband Thüringen Mitte, West Ortsverbände Apolda, Erfurt, Schmalkalden, Mühlhausen und Nordhausen

Ort und Sprechzeiten siehe Regionalbereich Thüringen.

Sachsen-Anhalt Sozialberatung

siehe Landesgeschäftsstelle, nur nach telefonischer Absprache.

Kreisverband Altmark Ost

Werner-Seelenbinder-Straße 2–4, 39576 Stendal, Tel.: 03931/54 50. Sprechzeit: jeden ersten und dritten Donnerstag

im Monat, 10–12 Uhr.

Kreisverband Anhalt-Bitterfeld

Lutherhaus, Binnengärtenstraße 16, 06749 Bitterfeld-Wolfen.

Kreisverband Salzland

Räume der Volkssolidarität, Wilhelmstraße 1, 06406 Bernburg. Sprechzeit: dienstags, 9–11 Uhr.

Kreisverband Dessau

Steenische Straße 88 (Schule), 06842 Dessau, Tel.: 0340/8 82 69 23. Sprechstunde: dienstags, 15–16.30 Uhr.

Kreisverband Halberstadt

Räume der AWO (barrierefrei), Friedensstraße 27, 38820 Halberstadt, Tel.: 0151/57 38 92 71, E-Mail: sovd.hbs@gmx.de. Sprechtag: mittwochs, 16–18 Uhr.

Kreisverband Halle (Saale) / Saalkreis

Wilhelm-von-Klewitz-Straße 11, 06132 Halle, Tel.: 0345/7 74 82 46. Sprechzeit: dienstags, 9–12 Uhr.

Kreisverband Mittelbe

Lindenstraße 5, 39307 Genthin, Tel.: 03933/80 43 77. Sprechzeit: jeden ersten Diens-

tag im Monat, 9–12 Uhr.

Kreisverband Klötze

Hagenstraße 2 b, 38486 Klötze, Tel.: 03909/4 18 14. Sprechzeit: dienstags, 8–12 Uhr.

Kreisverbände Magdeburg, Sangerhausen und Zerbst

Termine bitte über die Landesgeschäftsstelle erfragen.

Kreisverband Oschersleben

Schöninger Straße 11, 39387 Oschersleben, Tel.: 03949/9 81 58. Sprechzeit: donnerstags, 9–11.30 Uhr.

Kreisverband Quedlinburg

Café zum Freimaurer (barrierefrei), Heiligegeiststraße 10, 06484 Quedlinburg. Sprechzeit: jeden 1. Donnerstag im Monat, 14–16 Uhr.

Andere Termine und Telefonberatung unter Tel.: 03946/70 61 08 (Vorsitzender) und 03946/34 86 (Rentenberatung).

Kreisverband Salzwedel

Am Schulwall 1, 29410 Salzwedel, Tel.: 03901/6 58 88. Sprechzeiten: dienstags, 9–12 und 14–16 Uhr.

Kreisverband Schönebeck

Otto-Kohle-Straße 23,

39218 Schönebeck, Tel.: 03928/70 20 20. Sprechzeiten: dienstags, 9–12 und nach Vereinbarung.

Kreisverband Wanzleben

Markt 20, 39164 Wanzleben, Tel.: 039209/6 03 66. Sprechzeiten: dienstags, 9–11.30 Uhr.

Kreisverband Wernigerode

Heltauer Platz 1, 38855 Wernigerode. Sprechzeiten: 2., 3. und 4. Dienstag im Monat, 16–17.30 Uhr, und nach Vereinbarung unter Tel.: 03943/63 26 31 oder E-Mail: info@sovd-wernigerode.de.

Ortsverband Blankenburg

Vereinshaus „Alte Schule in der Oesig“, Am Lindenberg 1 a, 38889 Blankenburg (Harz)/Oesig, Tel.: 03944/6 47 33. Sprechzeiten: erster Dienstag und erster Mittwoch im Monat, 11–13 Uhr, und nach Vereinbarung.

Kreisverband Burgenlandkreis

Selbsthilfekontaktstelle im Burgenlandkreis, Am Kalktor 5, 06712 Zeitz. Terminvereinbarung mit dem Kreisvorsitzenden Frank Biester unter Tel.: 034443/59 99 50, Fax: 034443/59 99 49, E-Mail: blk@sovd-mitteldeutschland.de.

Der Auto Club Europa gibt Tipps für den gründlichen Check am Fahrrad

Sicher in den Sommer radeln

Der Frühling ist da, die Temperaturen steigen und die Fahrräder kommen raus aus den Kellern und Abstellräumen. Bevor es damit auf die Straße geht, empfiehlt der ACE, Europas Mobilitätsbegleiter, das Fahrrad oder E-Bike gründlich zu reinigen und durchzuchecken.

Gründlich reinigen

Als erster Schritt nach dem Winter empfiehlt sich eine ordentliche Grundreinigung des Fahrrads – an einem sauberen Rad lassen sich Mängel besser feststellen und beheben. Für den Putz eignen sich Bürste, Schwamm, Zahnbürste, umweltgerechtes Spülmittel und Putzeimer. Hochdruckreiniger sind nicht geeignet – sie können das Fett in den Kugellagern des Tretlagers und in den Radnaben lösen und die Lager beschädigen, ebenso sensible Bauteile wie Kette oder Akku. Wer den Akku zur Reinigung rausnimmt, sollte die Kontakte mit einer entsprechenden Abdeckung schützen und so verhindern, dass Wasser eindringt.

Schrauben checken

Die Schrauben an Anbauteilen wie Schutzblechen, Beleuchtung oder Klingel können selbst festgezogen werden. Bei Schrauben anderer Fahrradkomponenten gibt es oft exakt festgelegte Anzugdrehmomente. Deshalb ist ein Drehmoment-Schraubendreher notwendig – oder der Fachmann sollte ran. Auch die Schnellspanner an Naben und Sattel sollten überprüft und gegebenenfalls nachjustiert werden.

Radkette pflegen

Nur eine saubere, gepflegte Kette läuft problemlos. Die einzelnen Kettenglieder lassen sich mit einer Bürste oder einem trockenen Tuch reinigen. Chemikalien sind hier fehl am



Foto: zozzzo/Adobe Stock

In der warmen Jahreszeit ist Fahrradfahren eine der beliebtesten Freizeittätigkeiten.

Platz. Nach der Reinigung bekommt die Kette frisches Kettenöl, das überschüssige Öl mit einem Lappen entfernen. Der Verschleiß der Kette lässt sich mit einer Kettenlehre überprüfen, die kostet etwa zehn Euro im Fachhandel.

Radreifen prüfen

Sind feine Risse auf der Reifenflanke oder Lauffläche zu sehen oder ist das Profil abgefahren, dann müssen Ersatzreifen her. Generell gilt: Lässt sich der Reifen mit dem Daumen eindrücken, muss Luft in den Schlauch. Der Maximaldruck steht auf dem Mantel. Anders als beim Auto kann es beim Fahrrad sinnvoll sein, mit weniger Druck zu fahren, beispielsweise um den Komfort zu erhöhen oder um auf losem Untergrund mehr Halt zu haben.

Wenn der Schlauch geflickt oder komplett gewechselt werden muss, sollte auch die Gegenstelle im Mantel geflickt werden.

Bremsen testen

Im Stand den linken Bremshebel betätigen und das Fahrrad anschieben: Das Hinterrad muss vom Boden abheben. Dann mit rechtem Bremshebel wiederholen: Das Hinterrad muss blockieren. Keiner der Bremshebel darf beim Betätigen die Lenkstange berühren. Ist der Platz zwischen Bremshebel und Lenkstange geringer als zwei Finger breit, lässt sich der Abstand mit den Rändelschrauben an den Hebeln nachjustieren. Wenn sie schon am

Anschlag sind, müssen in jedem Fall die Bremsbeläge erneuert werden. Beim Fahren dürfen keine Quietschgeräusche entstehen. Bremscheiben und die dazugehörigen Bremsbeläge sollte ein Profi überprüfen.

Klingel, Licht und Co. testen

Vor der ersten Fahrt: Klingel prüfen! Funktioniert das Licht am Fahrrad oder E-Bike vorne und hinten nicht, gilt es, zuerst Kabel und Steckverbindungen zu prüfen und bei Bedarf die Steckverbindungen zu befestigen. Beim Pedelec lässt sich das Licht oft mechanisch und über den Bordcomputer ausschalten, daher empfiehlt es sich, immer beides zu überprüfen. Wer beim Pedelec ein neues Licht braucht, sollte sich an den Fachhandel wenden, denn je nach Motortyp gibt es verschiedene Systeme mit unterschiedlicher Spannung.

Sind alle Reflektoren angebracht? Je Pedal zwei gelbe, am Rad vorne ein weißer, hinten ein roter und an den Laufträgern: entweder zwei gelbe Reflektoren („Katzenaugen“) pro Felge, weiße reflektierende Hülsen („Speichensticks“) an jeder Speiche oder ein weißer umlaufender, reflektierender Streifen am Mantel.

Das Fahrrad Probe fahren

Wenn das Fahrrad geputzt und durchgecheckt ist, steht eine erste Probefahrt mit einem vorsichtigen Bremsentest unter Belastung an. Die Probefahrt hilft, festzustellen, ob alles rundläuft.



Foto: forestpath/Adobe Stock

Ein gründlicher Fahrradcheck erhöht die Sicherheit.



Editorial

Liebe Freundinnen und Freunde,



Helmholt Seidlein

wir haben zahlreiche besorgte Anrufe unserer Mitglieder erhalten. Wir haben aufrüttelnde Gespräche mit Mitgliedern des ehemaligen Reichsbundes und jetzigen SoVD geführt, die ihre Kriegserinnerungen preisgaben. Und uns wurden erschütternde Erlebnisse von Frauen und Männern russischer und ukrainischer Herkunft erzählt, die in unserem Bundesland leben, sich längst als Bürger*innen dieses Landes fühlten und nun plötzlich angefeindet, bepöbelt und diskriminiert werden. Das veranlasst uns zu einem dringenden Appell:

Wir verurteilen den Krieg zwischen Russland und der Ukraine, wie wir in der Tradition des Sozialverband Deutschland jeden Krieg verurteilen. Wir fordern: „Alles gegen den Krieg, alles für den Frieden. Schluss mit der geduldeten Verletzung der Artikel 1, 2, 3 und 4 unseres Grundgesetzes.“

Frieden geht nicht durch Aufrüstung. Die Geschichte lehrt: Kein Problem lässt sich dauerhaft mit Waffen, ob als Drohgebärde oder im Krieg eingesetzt, lösen. Deutschland wäre nicht vor dem endgültigen Untergang zu bewahren, sollte es sich in eine kriegerische Auseinandersetzung treiben lassen. Frieden, Entspannung und Bewahrung der Schöpfung sind nur durch Verhandlungen und Deeskalation möglich.

Weiteres Leid im osteuropäischen kriegerischen Geschehen zu verhindern, ist möglich durch einen sofortigen Waffenstillstand und Verhandlungen. Dies ist die Rolle Deutschlands als Vermittler.

Kein*e Bundestagsabgeordnete*r wurde 2021 gewählt, um Deutschland zu einer militärischen Weltmacht umzugestalten. Deutschland kann nur im Frieden mit seinen Nachbarn und auch der ganzen Welt existieren.

Wir sind hier in Deutschland voller Zorn auf Kriegstreiber jeglicher Art und verurteilen die Aggressionen gegen Menschen aus den sich im Krieg befindlichen Ländern.

**Dr. med. Helmholt Seidlein,
1. Landesvorsitzender**

Freiwillige für das Ehrenamt gesucht

Die ehrenamtlichen Aufgaben im Kreisverband Parchim sind sehr vielfältig. Da müssen beispielsweise Telefonate erledigt, Treffen organisiert, Sachverhalte recherchiert oder Gespräche geführt werden.

Wer Lust hat, sich einzubringen, neue Kontakte knüpfen und dabei seine freie Zeit sinnvoll einsetzen möchte, kann sich gerne in der Geschäftsstelle des Landesverbandes Mecklenburg-Vorpommern unter Tel.: 0381/76 01 09 11 oder per E-Mail an: info@sovd-mv.de melden, um mehr über das Leben im Parchimer Ehrenamt zu erfahren.

Vielleicht sind auch Sie schon bald dabei. Wir würden uns freuen!



Foto: nyul/AdobeStock

Telefonate sind ein Teil der ehrenamtlichen Arbeit.

Konserven sind nicht unbegrenzt haltbar

Vollkonserven sind zwar lange haltbar, aber auch ungeöffnet nicht unbegrenzt. Daher gilt das Motto „First in, first out“ (ältere Konserven nach vorne und neue nach hinten stellen). Lagern Sie Vollkonserven am besten bei einer Temperatur von 8 bis 19 Grad Celsius. Bewahren Sie Glaskonserven an einem dunklen Ort auf, da Licht die Qualität des Lebensmittels negativ beeinflussen kann. Füllen Sie Dosenreste zum Beispiel in Glasbehälter um und stellen Sie sie in den Kühlschrank. Halbkonserven wie zum Beispiel Bismarckhering, sollten bis zum Haltbarkeitsdatum verbraucht werden.

Konservendosen dürfen äußerlich keine Veränderung aufweisen wie einen gewölbten Deckel oder Boden (Bombage) oder Rost. Wenn dies der Fall ist, sollten Sie das Produkt nicht mehr verwenden. Die Bombage entsteht, wenn die Konservierung des Produktes unsachgemäß oder unzureichend erfolgte. Der Erreger (meist Clostridium botulinum) bildet unter Ausschluss von Sauerstoff gefährliche Nervengifte.

Quelle: Verbraucherzentrale

Nachhaltiges Handeln beim Saubermachen im Haushalt spart Geld

Gewohnheiten überprüfen

Waschen, Spülen und Reinigen gehören zum Alltag und sind unerlässlich. Mit der richtigen Pflege bleiben Gegenstände im Haushalt länger erhalten – ein Beitrag zur Nachhaltigkeit. Das Forum Waschen lädt die Menschen seit 2004 rund um den 10. Mai zum Aktionstag „Nachhaltiges (Ab-)Waschen“ in Deutschland dazu ein, ihre Gewohnheiten bei der Hausarbeit zu überprüfen und neue Erkenntnisse für nachhaltigeres Handeln zu gewinnen.

Der diesjährige Schirmherr Dr. Marc-Oliver Pahl, Generalsekretär des Rates für Nachhaltige Entwicklung, bringt dies in Bezug auf das Wäschewaschen auf den Punkt: „Auch jede*r Verbraucher*in kann mit der Kaufentscheidung, aber auch mit der konkreten Anwendung einen erheblichen Unterschied machen, zum Beispiel bei der richtigen Dosierung und dem Verzicht auf unnötig hohe Temperaturen. Insofern freue ich mich darauf, dass die Aktionen viele gute Beispiele zeigen werden und dadurch das Bewusstsein für das große Nachhaltigkeitspotenzial beim Waschen und Reinigen gesteigert wird.“

Das Forum Waschen hat eine große Anzahl an detaillierten Informationen erarbeitet und stellt diese auch am diesjährigen Aktionstag bei vielen Gelegenheiten und an verschiedenen Orten vor. Zum Informationsmaterial gehören beispielsweise auch die jeweils sechs goldenen Regeln zum Wäschewaschen, Trocknen und Bügeln, Geschirrspülen und Putzen, die – wie es der Name sagt – in sechs Schritten leicht verständlich zusammenfassen, worauf bei den entsprechenden Tätigkeiten im Haushalt zu achten ist.

Wäschewaschen: Niedrige Temperatur spart Strom

Laut EU-Umweltagentur EEA belief sich 2020 der Pro-Kopf-Textilverbrauch in der EU auf knapp 15 Kilogramm an Bekleidung und weiteren Textilien. Werden die Textilien richtig gepflegt, bleiben sie lange erhalten. Durch nachhaltiges Handeln lassen sich bei der



Foto: Tanya Rozhnovskaya / Adobe Stock

Für nachhaltiges Wäschewaschen kommt es auf die richtige Beladung, Temperatur und Dosierung des Waschmittels an.

Wäsche zudem Ressourcen wie Wasser und Strom und gleichzeitig Geld sparen. Dazu gehört eine an das gewählte Waschprogramm angepasste volle Beladung der Waschmaschine mit der korrekt vorsortierten Wäsche genauso wie die richtige Dosiermenge des Waschmittels und eine möglichst niedrige Waschtemperatur.

Spülen per Hand oder lieber mit der Maschine?

Beim Abwaschen ist es ebenfalls möglich, durch Änderung des persönlichen Verhaltens Wasser, Strom und Geld zu sparen. So kann mit dem Online-Spülvergleichsrechner (www.forum-waschen.de) der persönliche Verbrauch an Ressourcen und Arbeitszeit beim Spülen berechnet werden, um zu erfahren, ob Spülen mit der Hand oder in einer Geschirrspülmaschine die nachhaltigere Variante ist.

Nachhaltiger Böden und Räume reinigen

Auch für die Reinigung von Flächen wie Böden, Bad und WC oder Fenstern kann man nachhaltige Gewohnheiten erlernen. Die Temperatur des Wischwassers, die jeweils richtige Putztechnik und der Einsatz des geeigneten Reinigungsproduktes in der vorgegebenen Dosierung sind hier die maßgebenden Faktoren.

In intensiver Zusammenarbeit erarbeiten die Experten im Forum Waschen seit 2001 praxistaugliche Handlungsanweisungen, um im Haushalt Strom, Wasser, CO₂ und letztendlich auch Geld einzusparen. Die Verwendung von Wäschetrocknern hat zum Beispiel großen Einfluss auf den Energiever-

brauch bei der Textilpflege. Ein durchschnittlicher Zweipersonenhaushalt kann 110 Euro pro Jahr einsparen, wenn die gesamte Wäsche statt in einem Kondensationstrockner immer im Freien getrocknet wird. Die Verwendung eines modernen Wärmepumpentrockners bringt immerhin eine Reduzierung der Stromrechnung um 84 Euro pro Jahr.

Das Forum Waschen hat hierzu nicht nur zahlreiche leicht und sicher anzuwendende Tipps erarbeitet, sondern auch eine Reihe erstaunlicher Fakten zusammengetragen. Beispielsweise spart man Energie und Geld durch die Nutzung von Eco-Wasch- und Spülprogrammen, obwohl diese deutlich länger laufen. Dies beruht auf der Tatsache, dass Eco-Programme ihre Leistung bereits bei niedrigen Temperaturen erbringen – ohne teure Energie zum Aufheizen des Wassers auf eine unnötig hohe Gradzahl.

Quelle: Forum Waschen

„Forum Waschen“

Im „Forum Waschen“ arbeiten 36 Vertreter aus Behörden, Hochschulen, Gewerkschaft, Industrie, Ministerien, Nichtregierungsorganisationen, Umweltorganisationen und Verbraucherverbänden im Handlungsfeld „Nachhaltigkeit beim Waschen und Reinigen“ zusammen.

Alle Infos zum Aktionstag am 10. Mai gibt es unter: www.forum-waschen.de.



Foto: Racle Fotodesign / AdobeStock

Geschirrspülen per Hand ist manchmal umweltfreundlicher als mit der Maschine.

Rechtsberatung



Foto: pictworks / AdobeStock

Grimmen: 3. Mai, **Vorpommern / Greifswald:** 10. Mai, **Bergen / Stralsund:** 24. Mai, **Röbel:** 31. Mai. Es berät Donald Nimsch.

Güstrow / Schwerin: 11. Mai, **Grevesmühlen / Wismar:** 25. Mai. Es berät Doreen Rauch.

Bitte melden Sie sich für eine Terminvergabe bei den jeweiligen Kreisverbänden zu deren Geschäftszeiten! Die Nummern stehen in der Rubrik „Kontakt“.

Die Berater*innen sind auch außerhalb der Beratungszeiten telefonisch erreichbar; in den Kreisverbänden zu deren Öffnungszeiten, in der Landesgeschäftsstelle unter Tel.: 0381/76 01 09 11 (montags bis donnerstags, 8–16 Uhr, und freitags, 8–12 Uhr).

Kontakt

Kreisverband Demmin: Schützenstraße 1 A, Raum 3, Friesenhalle, 17109 Demmin, Tel.: 03998/22 51 24.

Kreisverband Güstrow: Clara-Zetkin-Straße 7, 18273 Güstrow, Tel.: 03843/68 20 87.

Kreisverband Ludwigslust: Möllner Straße 30, 19230 Hagenow, Tel.: 03883/51 01 75.

Kreisverband Röbel: Predigerstraße 12, 17207 Röbel, Tel.: 039931/12 96 17.

Kreisverband Neubrandenburg: zur Zeit nicht besetzt, Ansprechpartner: Landesverband, Tel.: 0381/76 01 090.

Kreisverband Nordvorpommern: Straße der Solidarität 69, 18507 Grimmen, Tel.: 038326/46 52 31.

Kreisverband Nordwestmecklenburg: Am Kirchplatz 5, 23936 Grevesmühlen, Tel.: 03881/71 33 23.

Kreisverband Parchim: Ludwigsluster Straße 29, 19370 Parchim, Tel.: 03871/44 42 31.

Kreisverband Rostock: Henrik-Ibsen-Straße 20, 18106 Rostock, Tel.: 0381/7 69 61 30.

Kreisverband Rügen: Störtebeker Straße 30, 18528 Bergen/Rügen, Tel.: 03838/20 34 81.

Kreisverband Schwerin: Mehrgenerationenhaus, 5. Stock (hinter der Glastür re., 1. Raum), Dreescher Markt 1, 19061 Schwerin, Tel.: 0385/20 09 03 48.

Kreisverband Stralsund: Wiesenstraße 9, 18437 Stralsund, Tel.: 03831/22 99 7 26.

Kreisverband Vorpommern-Greifswald: Makarenkostraße 9 b, 17491 Greifswald, Tel.: 03834/84 04 88.

Kreisverband Wismar: Lübsche Straße 75, 23966 Wismar, Tel.: 03841/28 30 33.

Gesundheitliche Folgen der Klimakrise: vulnerable Gruppen schützen und Klimaschutz sozial gerecht gestalten

SoVD-Forderungen zum Weltgesundheitstag

Die Folgen des Klimawandels sind schon heute deutlich – und sie beeinflussen die Gesundheit der Menschen in vielerlei Hinsicht. Von den gesundheitlichen Auswirkungen der Klimakrise sind dabei ganz besonders Personen betroffen, die gesundheitliche Einschränkungen oder in ihrem Alltag finanzielle Schwierigkeiten haben. Anlässlich des Weltgesundheitstags am 7. April fordert der SoVD in Niedersachsen daher konkrete Maßnahmen, um bei der Bewältigung der Klimakrise den Gesundheitsschutz für alle zu gewährleisten und notwendige Anpassungen sozial gerecht zu gestalten.

Zum diesjährigen Weltgesundheitstag am 7. April rückte die Weltgesundheitsorganisation (WHO) die gesundheitlichen Auswirkungen des Klimawandels in den Fokus. Denn die Klimakrise bringt viele Gefahren für die Gesundheit von Menschen mit sich und es ist davon auszugehen, dass sie diese zukünftig noch stärker belasten wird. Länger anhaltende Hitzesommer beeinflussen beispielsweise Herz-Kreislauf-Erkrankungen negativ und können auch die Wirkung von Medikamenten verändern. Durch das zunehmend wärmere Klima können sich zudem Krankheitserreger wie Mücken oder Viren in immer neuen Regionen der Welt ausbreiten und Krankheiten übertragen, die dort zuvor noch nicht auftraten.

„Vor allem die vulnerablen Gruppen gilt es bei der Bewältigung des Klimawandels zu schützen, denn Hitzewellen be-

lasten ältere und kranke Menschen, Menschen mit Behinderung, Kinder und Schwangere ganz besonders“, sagt Bernhard Sackarendt, Vorsitzender des SoVD in Niedersachsen. Angesichts der Folgen der Klimakrise ist es aus Sicht des größten Sozialverbands in Niedersachsen erforderlich, dass Kommunen, Krankenhäuser und Pflegeheime rechtzeitig Konzepte entwickeln und sich auf die Herausforderungen durch drohende Hitze- und Kältewellen vorbereiten. Damit alle Gruppen vor den gesundheitlichen Gefahren geschützt sind, sei auch eine nachhaltigere Ausrichtung des Gesundheitssystems sehr wichtig – etwa indem eine flächendeckende hausärztliche Versorgung auch auf dem Land sichergestellt werde und gesundheitliche Belastungen durch den Klimawandel in der Aus- und Weiterbildung von Ärzt*innen stärker thematisiert werden.

Die Bewältigung der Klimakrise dürfe zudem nicht zu einer sozialen Spaltung beitragen. Der Klimaschutz müsse sozial gerecht gestaltet werden, so Sackarendt. „Die Politik muss rechtzeitig dafür sorgen, dass alle sich bestmöglich an neue Wetterextreme anpassen können“, fordert er und erläutert: „Wer weniger Einkommen zur Verfügung hat, kann seltener ein Grundstück mit Garten oder den Einbau einer Klimaanlage in der Wohnung finanzieren. Auch nutzt er eher den öffentlichen Nahverkehr als ein eigenes Fahrzeug mit Klimaanlage.“ Menschen, die über weniger finanzielle Ressourcen verfügen, können sich außerdem häufig keinen nachhaltigen Konsum leisten und seien zum Beispiel auf günstigere Lebensmittel angewiesen. Damit alle an der ökologischen Transformation teilhaben können, müssten auch Sozialleistungen entsprechend erhöht werden.

Um Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit zu verbinden, spricht sich der SoVD zusammen mit anderen Verbänden außerdem dafür aus, dass Bürger*innen mit der baldigen Einführung einer Klimaprämie entlastet werden. Dabei würden Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung pauschal

an alle zurückerstattet werden und so besonders Menschen mit kleinem und mittlerem Einkommen zugute kommen. Haushalte mit wenig Einkommen haben in der Regel einen geringeren CO₂-Verbrauch und bekämen über die Pauschale mehr Geld zurück als sie der CO₂-Preis kostet.



Foto: Serhii / Adobe Stock

Um die Klimakrise sozial gerecht zu bewältigen, muss auch gewährleistet sein, dass sich alle nachhaltigen Konsum leisten können.

SoVD fordert Unterstützung durch Politik / Tag der Anerkennung von Freiwilligen am 20. April

Digitalisierung im Ehrenamt stärker fördern

Die Corona-Pandemie und der Ukraine-Krieg haben einmal mehr gezeigt: Menschen, die sich ehrenamtlich engagieren, sind wichtiger denn je. Die momentanen Krisen machen aber auch deutlich, dass Ehrenamt mehr Unterstützung seitens der Politik benötigt – besonders im Bereich Digitalisierung. Anlässlich des Tags der Anerkennung von Freiwilligen am 20. April fordert der SoVD in Niedersachsen deshalb mehr Ressourcen und finanzielle Unterstützung.

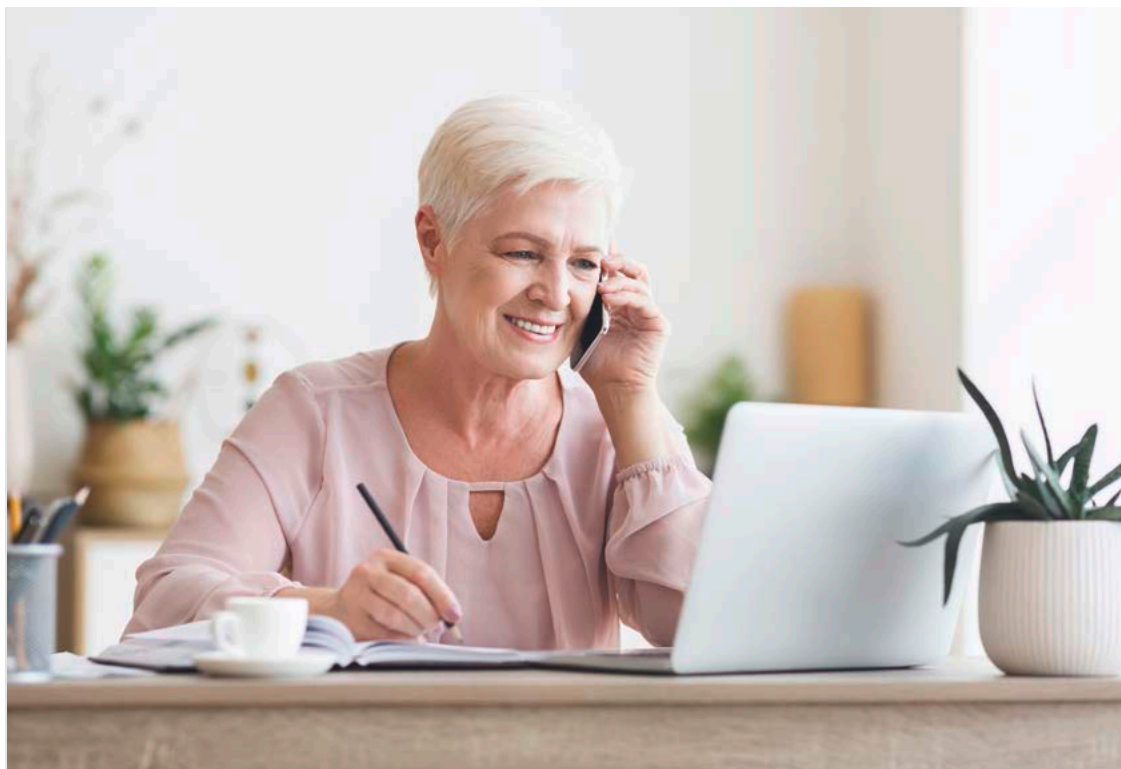


Foto: Konstantin Postumitenko / Adobe Stock

Zahlreiche ehrenamtlich Engagierte mussten besonders während der Corona-Pandemie verstärkt zu digitalen Lösungen wechseln, um ihre Arbeit fortsetzen zu können.

In Niedersachsen ist jede*r Zweite in ihrer*seiner Freizeit ehrenamtlich aktiv. Auch die Arbeit des SoVD ist geprägt durch den großen Einsatz von mehr als 8.000 Aktiven, die sich um Menschen kümmern, denen es nicht gut geht. „Dieses Engagement ist aus unserer Gesellschaft nicht mehr wegzudenken, es ist die Basis unseres Zusammenlebens“, betont Bernhard Sackarendt, SoVD-Landesvorsitzender in Niedersachsen. Deshalb müssten die Strukturen, in denen Ehrenamtliche arbeiten, besser unterstützt werden.

Durch die Corona-Pandemie hat das Thema Digitalisierung – auch im ehrenamtlichen Bereich – weiter an Fahrt aufgenommen. Viele freiwillig Aktive mussten auf digitale Lösungen umsteigen, um ihre Arbeit fortsetzen zu können. „Digitales Ehrenamt wird immer wichtiger, bekommt von der Politik aber

viel zu wenig Unterstützung“, weiß Sackarendt. Und ergänzt: „Da braucht es mehr finanzielle Förderung, damit Vereine und Verbände zum Beispiel Schulungen und Projekte durchführen oder Hard- und Software anschaffen können.“ Digitalisierung müsse vor Ort zur Infrastruktur und Daseinsvorsorge gehören.

Aus Sicht des SoVD ist das vor allem deshalb so wichtig, weil sich zuletzt bei der Versorgung der Menschen, die aus der Ukraine flüchten, gezeigt hat, dass der Einsatz der Ehrenamtlichen oft unersetzlich ist. „Freiwillige können an bestimmten Stellen viel schneller unterstützen und sind häufig handlungsfähiger als so manche Stadt oder Kommune. Damit das so bleibt oder noch ausgebaut werden kann, braucht es entsprechende Strukturen“, fordert der niedersächsische SoVD-Chef.

SoVD gibt Tipps, wie Nachlass richtig geregelt werden kann

SoVD-Vortrag zu Vererbung

Wenn es um die Themen Testament und Vererbung geht, tauchen bei Betroffenen häufig Fragen und Unsicherheiten auf. Dieser nimmt sich SoVD-Berater Matthias Muik in seinem Online-Vortrag „Testament und vererben: So regeln Sie Ihren Nachlass richtig“ an. Er referiert am 19. Mai 2022 von 16 bis 17.30 Uhr per Zoom.

In seinem Vortrag „Testament und vererben: So regeln Sie Ihren Nachlass richtig“ erklärt Matthias Muik am 19. Mai 2022 von 16 bis 17.30 Uhr nicht nur, was bei der Vererbung beachtet werden muss und welche Formulierung im Testament die richtige ist. Er geht unter anderem auch auf diese Fragestellungen ein: Wer erbt, wenn es kein Testament gibt? Wie kann die Erbfolge in einem Testament aussehen? Was versteht man unter lebzeitiger Überlassung und warum kann das sinnvoll sein? Außerdem werden den Teilnehmenden die Grundbegriffe des Erbrechts leicht verständlich erklärt und sie erhalten wissenswerte Tipps rund um die Nachfolgeplanung, Erbschafts- und Schenkungssteuer.

Interessierte und Mitglieder können sich zu der kostenlosen Zoom-Veranstaltung bis zum 16. Mai unter weiterbildung@sovd-nds.de anmelden. Die Teil-



Foto: Konstantin Postumitenko / Adobe Stock

Die digitalen Vorträge des SoVD in Niedersachsen sind kostenfrei und auch für Nicht-Mitglieder offen.

nehmenden erhalten spätestens am Veranstaltungstag einen Link per E-Mail, mit dem sie am Online-Vortrag teilnehmen

können. Aktuelle Informationen zu weiteren Terminen der SoVD-Vortragsreihe sind unter www.sovd-nds.de zu finden.

Zugang zu WCs in Deutschland, Österreich und der Schweiz

Euro-Schlüssel für Behinderten-Toiletten

Unter bestimmten Voraussetzungen können Menschen mit Behinderung den Euro-Schlüssel für öffentliche Behindertentoiletten erwerben. Damit haben sie Zugang zu mehr als 12.000 öffentlichen sanitären Anlagen in Deutschland, Österreich und der Schweiz. „Der Euro-Schlüssel kann an Autobahnraststätten und Bahnhöfen, aber auch beispielsweise für öffentliche WCs in Fußgängerzonen, Behörden und Museen genutzt werden“, weiß SoVD-Beraterin Katharina Lorenz. Als Berechtigung für den Schlüssel dient

ein deutscher Schwerbehindertenausweis, wenn er eines dieser Merkmale enthält: aG (außergewöhnliche gehbehindert), Bl (blind), H (hilflos), B (Berechtigung für eine Begleitperson). Bei dem Merkzeichen G (gehbehindert) muss zusätzlich ein Grad der Behinderung von mindestens 70 vorliegen. Auch ohne Schwerbehindertenausweis haben zum Beispiel Stomaträger*innen und Menschen mit chronischer Blasen-/Darmerkrankung, Multipler Sklerose, Morbus Crohn oder Colitis ulcerosa einen Anspruch.



Foto: Oleg Doroshin / Adobe Stock

Der Euro-Schlüssel verschafft Zugang zu über 12.000 öffentlichen Behinderten-Toiletten.

Erfüllen Betroffene diese Voraussetzungen, können sie den Euro-Schlüssel für 23 Euro beim Club Behinderter und ihrer Freunde in Darmstadt und Umgebung e.V. erwerben. Kontaktiert werden kann der Verein unter 06151 81220 oder bestellung@cbf-darmstadt.de. „Für insgesamt 30 Euro erhalten Berechtigte zum Schlüssel außerdem das Verzeichnis ‚Der Locus‘, in dem alle zugänglichen Standorte aufgeführt werden“, informiert Lorenz.

Krankenkassen-Ärger: So klappt es mit Rolli, Prothese & Co.

SoVD-Podcast: Jetzt reinhören!

Wer krank ist oder eine Behinderung hat, benötigt oft ein Hilfsmittel. Das kann zum Beispiel ein Rollstuhl, ein Hörgerät oder auch eine Prothese sein. Das Ziel: Betroffene sollen damit ein möglichst selbstbestimmtes Leben führen.

Das gilt vor allem für Kinder und Jugendliche, die nochmal ganz besondere Ansprüche an ein Hilfsmittel haben. Krankenkassen lehnen Anträge jedoch häufig ab und machen ihren Versicherten damit das Leben unnötig schwer. Das zeigt auch der aktuelle Fall aus dem SoVD-Podcast „Kein Ponyhof – Aus dem Alltag einer Sozialberatung“.

Zu Gast ist dieses Mal Annette Krämer. Sie hat durch einen Motorradunfall ihr linkes Bein verloren und benötigt neben einem Rollstuhl eine Prothese. Sie erzählt den Podcast-Moderatorinnen Katharina Lorenz und Stefanie Jäkel von ihrem ganz persönlichen Kampf zurück in die Eigenständigkeit und vom Ärger mit der Krankenkasse. Außerdem spricht sie darüber, warum das Ganze so viel Kraft kostet und wie es für Betroffene besser laufen könnte.

„Kein Ponyhof“ ist auf allen gängigen Podcast-Plattformen und unter www.sovd-nds.de/podcast abrufbar.



Foto: Martin Bargiel / Layout: Steeeg GmbH

Ein Mal im Monat sprechen die Moderatorinnen über ganz besondere Fälle aus der SoVD-Beratung.

Teilhabe-Beratung: EUTB unterstützt auch Menschen mit psychischen Erkrankungen

Allen Teilhabe ermöglichen

Die „Ergänzende unabhängige Teilhabeberatung“ (EUTB) bietet niedrigschwellige Beratung für Menschen mit Behinderung, von Behinderung bedrohte Menschen und ihre Angehörigen an. Zentrales Anliegen der EUTB ist die Stärkung der Selbstbestimmung und Teilhabe der Ratsuchenden. Was weniger bekannt ist: Auch Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen oder Erkrankungen informiert die EUTB über hilfreiche Unterstützungsmöglichkeiten, um ihre Teilhabe zu stärken.

Bundesweit fangen 500 EUTB-Beratungsstellen Betroffene und ihre Angehörigen auf, indem sie auf Augenhöhe Rat und Orientierung geben. Die EUTB möchte stärken und ermutigen, ein möglichst selbstbestimmtes Leben zu führen. Dabei geht es beispielsweise um Teilhabe im Bereich Arbeit, Schule oder Freizeit. Das Besondere: In den EUTB-Stellen arbeiten viele Peer-Berater*innen, die selbst mit einer Behinderung leben und die die Themen der Ratsuchenden in einer vertrauensvollen Atmosphäre besprechen. Die EUTB agiert als Lotsin und zeigt Wege auf, die Betroffene nutzen können, um besser am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben.

Nicht nur bei körperlicher Behinderung, auch mit chronischen oder psychischen Erkrankungen können Betroffene auf Barrieren stoßen, die ihre Teilhabe deutlich erschweren. Oder: Zahlreiche Ratsuchende stehen vor vielfältigen Herausforderungen, wenn neben körperlicher Behinderung



Die Beratungsstellen der EUTB arbeiten nach dem Konzept des Peer-Counseling: Betroffene beraten Betroffene.

auch psychische Beeinträchtigungen hinzukommen. Zudem sind durch die Auswirkungen der Corona-Pandemie insgesamt mehr Menschen von psychischen Erkrankungen betroffen. Viele der psychisch erkrankten Erwachsenen sind auch Eltern und müssen sich um ihre Kinder kümmern. In all diesen Fällen ist die EUTB kompetente Ansprechpartnerin, informiert Ratsuchende über Unterstützungsmöglichkeiten und gibt Tipps zu passenden Angeboten. Beispielsweise gibt es eine Elternassistenz, bei der Eltern und Kinder konkrete Alltagshilfe erhalten, die sich nach dem individuellen Bedarf richtet. Damit können so-

wohl Eltern mit psychischen als auch körperlichen Beeinträchtigungen entlastet werden.

Die EUTB-Stellen bieten keine Sozialrechtsberatung an, sie ergänzen aber die Rechtsberatung des SoVD sinnvoll. Denn oft gehen die Problemlagen und Fragen der Ratsuchenden über den Rechtsberatungsbedarf hinaus. In Niedersachsen ist der SoVD Träger von elf EUTB-Beratungsstellen – eine Mitgliedschaft im SoVD ist aber nicht erforderlich, um die Beratung der EUTB in Anspruch zu nehmen. Diese ist für alle kostenlos und barrierefrei. Kontaktinfos und Schwerpunkte der EUTB-Stellen sind unter www.teilhabeberatung.de abrufbar.

Sozialverband Deutschland
Landesverband Niedersachsen

SOVD

Patientenverfügung und Vorsorgevollmacht

Unsere Beratung gibt Ihnen Sicherheit



Sozialverband Deutschland
Landesverband Niedersachsen e.V.
Herschelstraße 31
30159 Hannover
Tel. 0511 70148-0
Fax 0511 70148-70
info@sovd-nds.de
www.sovd-nds.de

Christoph Wilke zum Behindertensportler des Jahres 2022 gekürt

BSN verleiht Auszeichnung

Der Rollstuhltennisspieler Christoph Wilke wurde auf einer festlichen Gala vom Behinderten-Sportverband Niedersachsen (BSN) als „Behindertensportler des Jahres“ 2022 ausgezeichnet. An der diesjährigen Wahl hatten sich fast 13.600 Menschen aus Niedersachsen beteiligt.

Im Beisein von Sozialministerin Daniela Behrens überreichte BSN-Präsident Karl Finke dem Sieger zusammen mit dem Schirmherrn der Wahl Stephan Weil sowie Ehrengast und Laudator Frank Busemann die kunstvolle Trophäe des Bildhauers Siegfried Neuenhausen. „Wir küren mit Christoph Wilke heute Abend einen Sportler, der ganz

Großes vorhat. Hoffen wir, dass diese Auszeichnung ihm dafür noch mehr Motivation verleiht“, freute sich BSN-Präsident Karl Finke nach der Bekanntgabe.

4.409 Stimmen (32,4 Prozent) fielen auf den Rollstuhltennisspieler. Zweiter wurde Tim Focken mit 2.785 Stimmen vor Mariska Beijer mit 2.286 Stimmen. Die Plätze vier bis

sechs gingen an Alexander Bley, Björn Schnake und Bernd Jeffré. „Mit eurer Motivation, eurem Ehrgeiz und eurer Flexibilität hinsichtlich der pandemiebedingten Herausforderungen bei Training, Wettkämpfen und Meisterschaften seid ihr alle besondere Vorbilder des niedersächsischen Behindertensports“, kommentierte Finke.



Foto: Volker Minkus / BSN

Christoph Wilke (vorne Mitte) wurde auf einer Gala im GOP-Variété-Theater in Hannover als Behindertensportler des Jahres 2022 ausgezeichnet.

SoVD in Celle verteilt hilfreiche Flyer an Grund- und Hauptschule Wietzenbruch

Notfall-Flyer für Schüler*innen

Der SoVD-Kreisverband Celle übergab einen kleinen, aber wichtigen Flyer an Dorothea Erichsen, Rektorin der Grund- und Hauptschule (GHS) Wietzenbruch. Dabei handelte es sich um den Flyer „So hilfst du Oma und Opa im Notfall“, der vom SoVD in Niedersachsen entwickelt wurde.

Der Notfall-Flyer des SoVD gibt schnell Tipps und Hilfestellung, damit sich Schul- oder Enkelkinder richtig und umsichtig verhalten können, wenn sie beispielsweise ihre Großeltern besuchen und diese sich ungewöhnlich verhalten oder zum Beispiel in der Wohnung stürzen oder in Ohnmacht fallen. Mit Hilfe des kleinen Flyers im Scheckkartenformat lässt sich die für die Kinder ungewohnte

Situation lösen. Schnell soll der Notruf 112 gewählt werden und anschließend helfen die im Flyer in Großschrift aufgeführten fünf W-Fragen: Wer (ruft an), Was (ist passiert), Wo (ist der Notfall passiert), Wie viele (Verletzte), Warte (erst den Telefonhörer auflegen, wenn der*die Angerufene alle Information erhalten hat).

„Der Flyer sollte in der Nähe des Telefons liegen oder in der Geldbörse mitgeführt werden,

dann ist er schnell zur Hand und kann Leben retten“, so die Meinung der Schulleiterin Dorothea Erichsen, sowie des 1. Vorsitzenden vom SoVD-Kreisverband Celle, Achim Spitzlei, und des Kreisschriftführers Horst Iwastchenko, die die hilfreichen Flyer an Erichsen überreichten.

Der Flyer soll den über 200 Schüler*innen der GHS im Sachunterricht erklärt und anschließend übergeben werden.



Foto: Stefanie Jäkel

Jetzt vormerken: Mai-Termin für die WhatsApp-Sprechstunde

Sie haben eine kurze Frage und wollen dafür nicht extra ins SoVD-Beratungszentrum gehen? Dann nutzen Sie die WhatsApp-Sprechstunde unter dem Motto #FragDenSoVD.

So funktioniert's: Fügen Sie die Nummer 0511 65610720 zu Ihren Kontakten hinzu und stellen Sie Ihre Frage ganz einfach über WhatsApp. Bei den regelmäßigen Terminen beantworten SoVD-Berater*innen Ihre Fragen rund um Rente, Pflege, Behinderung, Gesundheit, Hartz IV sowie Patientenverfügung und Vorsorgevollmacht. Die nächste WhatsApp-Sprechstunde findet am Dienstag, 10. Mai, von 17 bis 18 Uhr statt. Die aktuellen Termine werden auch unter www.sovd-nds.de veröffentlicht.

Impressum

Sozialverband Deutschland
Landesverband Niedersachsen e. V.
Herschelstraße 31 · 30159 Hannover
Tel.: 0511 70148-0
Fax: 0511 70148-70
www.sovd-nds.de
presse@sovd-nds.de

Redaktion:
Sara Masić | Tel.: 0511 70148-54
Elin Schweiger | Tel.: 0511 70148-67

Leitung:
Stefanie Jäkel | Tel.: 0511 70148-69

Vertrieb und Druck:
Zeitungsdruck Dierichs, Kassel

Für unverlangt eingesandte Texte und Fotos wird keine Gewähr übernommen.



Foto: Dina Sevilla Büscher

Achim Spitzlei, 1. Vorsitzender des SoVD in Celle, Dorothea Erichsen, Rektorin der GHS Wietzenbruch und Horst Iwastchenko, Kreisschriftführer des SoVD in Celle, vor der GHS Wietzenbruch (v.l.)



Foto: Torben Lobback

SoVD-Kreisverband Celle unterstützt Hannover United mit Partner-Spieltag

Seit vielen Jahren fördert der SoVD in Niedersachsen das Team von Hannover United als Partner. Auch der Kreisverband Celle organisierte in diesem Rahmen mehrfach Aktionstage, bei denen er das Rollstuhlbasketball-Team bei seinen Spielen mit Rahmenprogrammen und zahlreichen Fans vor Ort unterstützte. Beim letzten Hauptrundenspieltag der 1. Rollstuhlbasketball-Bundesliga im März musste der Aktionstag pandemiebedingt reduzierter ausfallen, dennoch feuerten fast 80 Personen aus 15 Ortsverbänden Hannover United gegen RSB Thuringia Bulls an.

Im Vorfeld hatten sich so viele interessierte Mitglieder und Angehörige für den Aktionstag angemeldet, dass noch ein zweiter Bus für die Fahrt zum Spiel geordert werden musste. „Die meisten, die einmal bei einem Spiel von Hannover United dabei waren, sind so begeistert, dass sie auch beim nächsten Mal wieder dabei sein möchten“, schildert der 1. Kreisvorsitzende Achim Spitzlei. Er und seine Frau Dina Büscher hatten die Anmeldungen entgegengenommen. Und auch diesmal waren alle Beteiligten von der Organisation und vom Spiel beeindruckt, selbst wenn sich Hannover United gegen Thuringia Bulls 41:66 geschlagen geben musste.

SoVD-Kreisverband Hannover-Stadt organisiert besonderen Erste-Hilfe-Kurs

Für den Ernstfall vorbereiten

Im April hat der SoVD-Kreisverband Hannover-Stadt eine Veranstaltung durchgeführt, bei der Eltern, werdende Eltern und Großeltern unter Anleitung eines Referenten der Johanniter lernen konnten, welche Notfälle bei Babys und Kleinkindern auftreten können und wie erste Hilfe geleistet werden kann. An dem Kurs nahmen 14 Gäste im Alter zwischen 28 und 74 Jahren teil.

Gerade die ersten Minuten bei Unfällen und lebensbedrohlichen Situationen bei Babys und Kleinkindern sind entscheidend, denn selten kann auf das Eintreffen des Rettungswagens oder Notarzts gewartet werden. Aus diesem Grund hat der SoVD-Kreisverband Hannover-Stadt im Gemeindehaus der Bugenhagen-Gemeinde einen Erste-Hilfe-Kurs angeboten, in dem unter anderem Akutmaßnahmen beim Verschlucken, bei Vergiftung, bei Verbrennungen sowie die Vorgehensweisen bei einer Reanimation speziell von Babys und Kleinkindern thematisiert wurden. Neben viel Theorie und angeregten Gesprächen war auch genug Zeit, um sich an der Übungspuppe auszuprobieren.

„Der Tag war unglaublich wertvoll für die teilnehmenden Eltern und Großeltern, die nun etwas sicherer den spannenden Alltag der jungen Entdecker begleiten können, weil sie wissen,



Foto: Cornelia Beyer

Roswitha Reiß, Frauensprecherin des SoVD in Niedersachsen, mit Ingrid Beyer, Sprecherin im sozialpolitischen Ausschuss in Hannover

was sie tun können, wenn einmal etwas passiert“, so Ingrid Beyer, Sprecherin des sozialpolitischen Ausschusses des SoVD-Kreisverbands Hannover-Stadt.

Die Wichtigkeit einer solchen Veranstaltung wurde sowohl von Roswitha Reiß, Frauensprecherin des SoVD-Landesverbands Niedersachsen, als auch von Ingrid Beyer betont. Die

Stärkung der Familien und die Unterstützung der Frauen und Mütter im Besonderen sollen auch weiterhin durch gezielte Aktionen und Angebote fokussiert werden.

Eine nächste SoVD-Veranstaltung ist geplant zu dem Thema „Schlafprobleme im Baby- und Kleinkindalter und wie wir damit umgehen“.

Anrecht aus Versorgungsausgleich bleibt ein Leben lang bestehen

Rentenanspruch nach Scheidung

Im Falle einer Scheidung werden die während der Ehe erworbenen Rentenansprüche im sogenannten Versorgungsausgleich jeweils zur Hälfte dem*der Ex-Ehepartner*in übertragen. Dieser Anspruch besteht in der Regel ein Leben lang und auch noch nach einer erneuten Eheschließung. Was Betroffene dazu unbedingt wissen sollten, erklärt der SoVD in Niedersachsen.

Der sogenannte Versorgungsausgleich soll bei einer Scheidung dafür sorgen, dass Rentenansprüche, die während der Ehe oder eingetragenen Lebenspartnerschaft erworben wurden, gerecht verteilt werden: Es werden die Ansprüche der Ex-Partner*innen addiert und anschließend durch zwei geteilt. So wird beispielsweise gewährleistet, dass auch Partner*innen, die wegen der Kindererziehung weniger gearbeitet haben, im Alter eine gewisse Altersversorgung beziehen können. „In einigen Ausnahmefällen wird allerdings kein Versorgungsausgleich durchgeführt. Etwa, wenn in einem Ehevertrag andere Regelungen getroffen wurden oder es für beide Partner*innen kaum Versorgungsansprüche gibt. Eine Ausnahmesituation besteht aber auch dann, wenn eine Ehe weniger als drei Jahre gehalten hat. Hier ist zu beachten, dass zusätzlich ein entsprechender Antrag beim Familiengericht gestellt werden muss“, so Katharina Lorenz aus dem SoVD-



Foto: Lightfield Studios / Adobe Stock

Hält eine Ehe weniger als drei Jahre, kann der Versorgungsausgleich beim Familiengericht beantragt werden.

Beratungszentrum in Hannover. Haben Betroffene aber Anspruch auf einen Versorgungsausgleich, bleibt dieser in der Regel ein Leben lang bestehen – auch bei einer erneuten Eheschließung.

„Rückgängig gemacht werden können diese Rentenansprüche zum Beispiel, wenn der*die Ex-Partner*in verstirbt und er*sie die Rente weniger als drei Jahre bezogen hat“, erklärt Lorenz. Dazu müsse beim Rentenversicherungsträger eine

sogenannte Anpassung wegen Todes beantragt werden. Ab dem Monat der Antragstellung bekommen Betroffene dann ihre Rente wieder ohne eventuelle Kürzungen ausgezahlt.

Die Berater*innen des SoVD beantworten gern weitere Fragen und unterstützen außerdem bei der Antragstellung. Ratsuchende können unter 0511 65610720 telefonisch Kontakt aufnehmen und einen Termin vereinbaren.

Kreisvorstand im Heidekreis berichtet von Verbandsaktivitäten

Austausch mit Landrat Jens Grote

Vertreter*innen des SoVD-Kreisverbands Heidekreis und Landrat Jens Grote trafen sich zu einem informativen Gedankenaustausch im Kreishaus in Bad Fallingb. Kreisvorsitzender Jürgen Hestermann, Kreisfrauensprecherin Annette Krämer und Kreisschriftführerin Angela Schwarz zeigten sich nach dem mehr als einstündigen Gespräch sehr angetan. Der Landrat habe sich nicht nur mit einem intensiven Blick auf die Internetseite des 8.000 Mitglieder starken Kreisverbands gut auf das Gespräch vorbereitet, sondern

stellte den Vorstandsmitgliedern auch zahlreiche Fragen. „Ich habe mich schon immer für soziale Aktivitäten interessiert und sehe gerade in diesen Zeiten der Pandemie die Schwierigkeiten, die besonders ältere Menschen mit Corona haben“, sagte Grote. Hier müsse man ansetzen und die Menschen wieder zusammenführen. Der SoVD seinerseits berichtete über die vielfältigen Aufgaben des Verbandes. Beide Seiten vereinbarten regelmäßige Kontakte. Ende Juli 2022 wird Grote Gast auf der SoVD-Kreisverbandstagung sein.



Foto: Klaus Müller

Angela Schwarz, Annette Krämer und Jürgen Hestermann vom SoVD mit Landrat Jens Grote (v.l.)

Teil 2 der sozialpolitischen Forderungen des SoVD Nordrhein-Westfalen zur Landtagswahl 2022

Für eine sozial gerechte Krisenbewältigung

In seinen Forderungen zur anstehenden Landtagswahl stellt der SoVD Nordrhein-Westfalen den Umbau der Gesellschaft nach sozial gerechten und ökologisch nachhaltigen Aspekten in den Mittelpunkt. Dazu müssen Änderungen bei der Gleichstellung behinderter Menschen, bei sozialer Teilhabe, Pflege und Gleichstellung der Frauen erfolgen. Dies ist der zweite Teil des Forderungskataloges.

Gleichstellung und Barrierefreiheit

Um das Ziel eines barrierefreien NRW zu verwirklichen, bedarf es systematischer Programme des Landes und der Kommunen zur Feststellung und Beseitigung vorhandener Barrieren sowie eines entsprechenden Einwirkens auf die private Wirtschaft. Das betrifft insbesondere öffentlich zugängliche oder für die Allgemeinheit bereitgestellte bauliche Anlagen, Verkehrssysteme, Medien und Dienstleistungen. Die Digitalisierung solcher Systeme bzw. Angebote (z. B. Bankgeschäfte, Fahrscheinkauf, kommunale Dienstleistungen) muss barrierefrei erfolgen; analoge Nutzungsmöglichkeiten sind weiterhin sicherzustellen.

Der gleichberechtigte Zugang zu regulärer, „guter Arbeit“ ist von entscheidender Bedeutung für das Gelingen von Inklusion. Auf dem Weg zu einem inklusiven Arbeitsmarkt muss deshalb vor allem die hohe Arbeitslosigkeit (schwer-)behinderter Menschen mit Hilfe gezielter Maßnahmen der Landespolitik reduziert werden. Dazu sind insbesondere die Arbeitgeber, die ihrer gesetzlichen Pflicht zur Beschäftigung schwerbehinderter Menschen bisher nicht oder nur unzureichend nachkommen, zur umfassenden Erfüllung ihrer Beschäftigungspflicht anzuhalten.

Die Landesregierung muss bei der Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit darauf hinwirken, dass diese ihren gesetzlichen Aufgaben der

Überwachung der Beschäftigungspflicht und entsprechender Beratung umfassend nachkommt. Die Erfüllung der Beschäftigungspflicht muss Voraussetzung für die Vergabe öffentlicher Aufträge werden.

Um Reha-Bedürfnisse Arbeitssuchender Rechnung zu tragen, müssen alle Jobcenter unverzüglich mit qualifizierten Reha-/SB-Teams ausgestattet werden, wie dies den Arbeitsagenturen vorgegeben ist. Inklusionsunternehmen sind verstärkt auszubauen, vorrangig mit Haushaltsmitteln des Landes (möglichst auch des Bundes).

In der Landesbauordnung muss die Voraussetzung dafür geschaffen werden, dass Arbeitsstätten barrierefrei gebaut beziehungsweise umgebaut werden müssen. Das Land NRW sollte Motor sein für eine Weiterentwicklung der Entlohnung in den WfbM mit dem Ziel, mit staatlicher Unterstützung den Mindestlohn zu realisieren.

Örtliche Beiräte und Beauftragte für Menschen mit Behinderungen sind als Instrumente politischer Partizipation der Betroffenen verbindlich in der Gemeindeordnung zu verankern.

Teilhabe für alle statt Armut für viele

Armut und sozialer Ausschluss verletzen die Menschenwürde, und die Armutsentwicklungen in Nordrhein-Westfalen sind besonders Besorgniserregend. Wirksame Angebote zur Linde-

rung von Armutsfolgen und zur Stärkung sozial benachteiligter Quartiere sind daher kurzfristig bedarfsgerecht auszubauen. Deren Verfügbarkeit darf nicht von der Haushaltslage der jeweiligen Kommune abhängen.

Hierzu gehört auch die flächendeckende Einführung von Sozialpässen, die Menschen mit Bezug von Mindestsicherungsleistungen und mit geringen Einkommen die vergünstigte Inanspruchnahme öffentlicher Einrichtungen und Dienste ermöglichen. Dies schließt im ÖPNV ein flächendeckendes Angebot bezahlbarer Sozialtickets vom Einzelfahrschein bis zum Monats-Abo ein.

Kitas und Ganztagschulen mit Öffnungszeiten, die mit Vollzeitbeschäftigung vereinbar sind, müssen zur Verbesserung der Erwerbschancen vor allem Alleinerziehender beitragen.

Der zur Vergabe öffentlicher Aufträge einzuhaltende Mindestlohn sollte auf 13 Euro erhöht werden. Die Landesregierung muss dringend fachaufsichtlich darauf hinwirken, dass die sehr ungleiche Rechtsanwendung bei der Übernahme der Wohnkosten durch die Jobcenter zugunsten günstiger Regelungen für die betroffenen Menschen vereinheitlicht wird.

Die Instrumente für eine Überwindung von Armut durch Heranziehung des privaten Reichtums liegen allerdings ganz überwiegend beim Bund, sodass der Einsatz des Landes hier besonders gefordert ist. Soziale Regulierungen des Arbeitsmarkts müssen prekäre, niedrig entlohnte Beschäftigungsformen zurückdrängen und den allgemeinen Mindestlohn auf ein armutsfestes Niveau anheben. Arbeitslose Menschen sind in der Regel wieder von der Arbeitslosenversicherung statt vom Fürsorgesystem (Hartz IV) abzusichern.

Um der wachsenden Altersarmut zu begegnen, muss die gesetzliche Rentenversicherung wieder dem Ziel der Sicherung des Lebensstandards im Alter verpflichtet und zu einer Erwerbstätigenversicherung fortentwickelt werden.



Foto: Krakenimages.com / Adobe Stock

Menschen mit Behinderungen finden auf dem ersten Arbeitsmarkt nur selten einen Arbeitsplatz.

Eine Pflege-Vollversicherung als Bürgerversicherung muss das Armutsrisiko bei Pflegebedürftigkeit überwinden. In der Grundsicherung sind sachgerecht bemessene, bedarfsdeckende Leistungen, auch bei den Wohnkosten, längst überfällig.

Für würdevolle Pflege in Einrichtungen und Zuhause

Pflegebedürftigkeit ist eine schwere Form der Behinderung. Die Anforderungen der UN-Behindertenrechtskonvention sind auch für pflegebedürftige Menschen umfassend zu verwirklichen.

Die Pandemieplanung muss verhindern, dass Pflegeheime nochmals zu Höchstisikolorten werden, die Pflegebedürftige in menschlich kaum erträgliche Isolation zwingen. Zudem ist endlich ein Rechtsanspruch auf ein Einzelzimmer zu verwirklichen. Bislang vom pflegebedürftigen Menschen zu tragenden Investitionskosten der stationären Einrichtungen – in NRW die höchsten bundesweit – müssen vom Land übernom-

men werden, um pflegebedingter Armut und Fürsorgeabhängigkeit entgegenzuwirken.

Ambulant versorgte Wohngemeinschaften sind als mindestens gleichwertige Alternative zu Pflegeheimen auszubauen.

Die WTG-Behörden (Heimaufsicht) sind landesweit personell so auszustatten, dass sie ihren Aufgaben umfassend nachkommen können.

Die Fortentwicklung der pflegerischen und vorpflegerischen Infrastrukturen muss quartiersorientiert erfolgen.

Pflegende Angehörige müssen durch Verstärkung professioneller ambulanter Hilfen entlastet werden. Zudem müssen qualifizierte Pflege-, Kurzzeitpflege- sowie Tagespflegeangebote flächendeckend, wohnortnah und verlässlich verfügbar sein.

Insbesondere zur Organisation tragfähiger häuslicher Pflegearrangements bedarf es landesweit klarer Strukturen unabhängiger Pflegeberatung, ohne einseitige Bindung an

Fortsetzung auf Seite 12



Foto: Robert Kneschke / Adobe Stock

Wer im Arbeitsleben wenig verdient, rutscht im Rentenalter automatisch in die Altersarmut ab.



Foto: Pixel-Shot / Adobe Stock

Das jetzige System produziert gestresstes Pflegepersonal und unzufriedene Pflegebedürftige.

Teil 2 der sozialpolitischen Forderungen des SoVD NRW

Sozial und gerecht

Fortsetzung von Seite 11

Kostenträger oder Leistungserbringer. Die Beratung einschließlich Fall-Management muss stets sozialrechtsübergreifend erfolgen.

Eine gute Personalausstattung der Dienste und Einrichtungen bei würdevollen Arbeits- und Entgeltbedingungen ist als Voraussetzung für das Gelingen guter, würdevoller Pflege unverzüglich zu gewährleisten.

Die Erfahrung zeigt, dass die Erfordernisse guter Pflege und bedarfsgerechter Versorgungsstrukturen vielfach im Spannungsverhältnis mit den Mechanismen des Pflegemarktes stehen. Daher sollte Pflege künftig im Schutzbereich öffentlicher Daseinsvorsorge organisiert werden.

Frauenpolitische Forderungen gegen Gewalt und Diskriminierung und für Gleichberechtigung

Eine gleichberechtigte Teilhabe am Erwerbsleben muss für alle Geschlechter ermöglicht werden. So muss beispielsweise die Lohnlücke zwischen den Geschlechtern geschlossen und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessert werden. Es müssen sinnvolle Lösungen gefunden werden, die die gerechte Aufteilung von Sorgearbeit ohne finanzielle oder berufliche Nachteile ermöglichen.

Jeder Mensch soll ein gewaltfreies Leben führen können. Doch gerade Frauen sind häufig von geschlechtsspezifischer Gewalt betroffen, Frauen mit Behinderungen sogar noch häufiger. Die Istanbul-Konvention muss konsequent umgesetzt werden. Die Frauenhilfe-Infrastruktur in NRW muss flächendeckend und barrierefrei ausgebaut sowie verlässlich und nachhaltig finanziert werden. Zudem muss jeder gewaltbetroffenen Frau, unabhängig vom Studierenden- oder Aufenthaltsstatus, unbürokratisch und kostenlos der Zugang zu Unterstützungs- und Hilfeangeboten ermöglicht werden.

Frauen sind vielfältig und so sind es auch ihre Lebensrealitäten. Die Landesregierung muss mögliche Mehrfachdiskriminierungen, beispielsweise aufgrund der Herkunft, der Religion, des Alters, der sexuellen Orientierung oder einer Behinderung in den Fokus nehmen und so dazu beitragen, die Lebenslagen möglichst aller Frauen nachhaltig zu verbessern. Dafür müssen, wo nötig, auch Daten zu Mehrfachdiskriminierungen und möglichen Wechselwirkungen von Diskriminierungs-Dimensionen erhoben werden.

Proteste der Behindertenverbände waren erfolgreich

Inklusionsbeirat effektiv

Nach einer gemeinsamen Protesterklärung von Behindertenverbänden und -organisationen im Inklusionsbeirat ist der NRW-Landtag nun der Forderung nachgekommen, den Beirat und seine Fachgremien in einen arbeitsfähigen Zustand zu versetzen.

Durch eine Änderung im Inklusionsgrundsatzgesetz NRW wird der Inklusionsbeirat künftig Beschlüsse mit einfacher Mehrheit fassen können. Als Initiator der Protestaktion begrüßt der SoVD NRW diese Neuregelung.

Die Behindertenverbände hatten beschlossen, ihre Arbeit im Inklusionsbeirat zu pausieren und dies mit einer Blockadehaltung der kommunalen Spitzenverbände begründet. Da Beschlüsse dort bisher einstimmig erfolgen mussten, sei es guter Brauch gewesen, sich bei der Abstimmung über einen Antrag wenigstens zu enthalten. Davon seien die kommunalen Spitzenverbände im Inklusionsbeirat zuletzt abgerückt und hätten die Arbeit damit quasi torpediert, so der Vorwurf. „Die neue Regelung im Inklusionsgrundsatzgesetz (IGG NRW) sieht nun klugerweise vor, dass künftig eine einfache Mehrheit reicht“, zeigt sich Franz Schrewe, Landesvorsitzender des SoVD NRW, erleichtert.

Das IGG regelt unter anderem die Beteiligung der Behindertenorganisationen, die durch die Gesetzesänderung nun gewährleistet sei. Der Inklusionsbeirat und seine Fachgremien haben die Aufgabe, die Landesregierung bei der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention zu beraten und kritisch zu begleiten. „Angesichts dieser sehr wichtigen Aufgabe sind wir froh, dass unsere gemeinsam geäußerte Kritik erhört wurde und die Gremien jetzt vernünftig, konstruktiv und im Sinne der Sache arbeiten können“, so Schrewe abschließend.

„Signet NRW inklusiv“ für umfassende Barrierefreiheit erstmals vergeben

Vorzeigeprojekt OFD Münster

Als erstes öffentliches Gebäude in Nordrhein-Westfalen ist der Neubau der Oberfinanzdirektion (OFD) in Münster von einer Expertenkommission mit dem „Signet NRW inklusiv“ für umfassende Barrierefreiheit ausgezeichnet worden.

Ein Blindenleitsystem bis hin zu den Büros des Sachbearbeiters, Toilettenanlagen ohne Stufen und Stolperkanten auch für Rollstuhlfahrer*innen auf allen Ebenen und im Aufzug eine innovative Notruf-Einrichtung für gehörlose Menschen. Es wurde an alles beim Neubau der Oberfinanzdirektion gedacht, was Menschen mit Behinderungen Orientierung und Zugang verschaffen kann.

Für Martin Philippi von der Agentur „Barrierefrei NRW“ ist das OFD-Bürogebäude „ein positives Signal mit der Botschaft, Barrierefreiheit ist umsetzbar.“ Bereits in einer frühen Planungsphase sei man auf die Belange von Menschen mit Behinderungen eingegangen und habe deren Bedürfnisse konsequent umgesetzt. Ein Dank ging an die Expertenkommission seiner Agentur, zu der vom SoVD NRW auch Dr. Michael Spörke, Leiter der Abteilung Sozialpolitik und Kommunales im Landesverband NRW, gehört. An der Veranstaltung in Münster nahm für den SoVD NRW der 2. Landesvorsitzende Helmut Etzkorn teil.

Sowohl für Menschen mit körperlichen Handicaps, Hör- und Sehbehinderungen als auch mit kognitiven Einschränkun-



Foto: Helmut Etzkorn

Übergabe des „Signet NRW inklusiv“ durch Staatssekretär Dr. Patrick Opdenhövel (6. von rechts) an Oberfinanzpräsident Werner Brommund (links daneben). Mit im Bild die Expertengruppe der Agentur „Barrierefrei NRW“.

gen ist das Verwaltungsgebäude weitgehend ohne Assistenz zugänglich. Für Anselm Kipp vom Landessozialministerium „ist dies ein wichtiges Signal für Teilhabe, damit Barrierefreiheit zur Selbstverständlichkeit wird.“ Münster habe jetzt „den Goldstandard“, so Kipp.

Gerd Kozyk vom Blinden- und Sehbehindertenverband NRW schwärmte von einem „Leuchtturmprojekt, das Strahlkraft im ganzen Land entwickeln sollte.“ Ein dickes Lob gab es von Finanz-Staatssekretär Dr. Patrick

Opdenhövel: „Inklusion wird in der OFD Münster gelebt.“ Rund zehn Prozent der gut 400 Beschäftigten haben eine Behinderung.

Oberfinanzpräsident Werner Brommund bedankte sich in seiner Rede beim Bau- und Liegenschaftsbetrieb des Landes (BLB), der das „Vorzeigeprojekt in Sachen „Inklusion“ 2016 realisiert hatte. BLB-Chef Markus Vieth: „Dieses Signet ist ein Zeichen der Wertschätzung für uns. Barrierefreies Bauen hat beim BLB einen hohen Stellenwert.“

Medienwirksame Protestaktion von zwei SoVD-Mitgliedern

Kaum barrierefreie Radwege

Barrierefreie Radwege sind in NRW Mangelware. In Iserlohn fand am 17. März eine Demo statt, um auf dieses Problem aufmerksam zu machen. Organisiert wurde die Aktion von Regina und Wilhelm Westhelle, beide Mitglied im SoVD NRW.

Neben vielen Rollstuhlbenutzer*innen und Vertreter*innen aus Politik und Verwaltung nahm auch Dr. Michael Spörke für den SoVD NRW an der Veranstaltung teil. Gegenüber der Westfalenpost und weiteren Medien sagte Dr. Spörke: „Zu einem barrierefreien NRW gehören natürlich auch barrierefreie Fahrradwege ohne störende beziehungsweise gefährliche Hindernisse. Je nach konkreter Zuständigkeit sind Land und Kommunen aufgerufen, für Barrierefreiheit zu sorgen.“

Vor Ort zeigte sich leider ein anderes Bild. Auf dem Ruhrtalradweg, Höhe Letteweg, befindet sich ein Tor, das schon für Radfahrende schwer zu passieren ist. Rollstuhlfahrende müssen dazu riskante und gefährliche Manöver ausüben.



Foto: Michael Spörke

Ein Tor auf dem Radweg zwingt Rollifahrer*innen, entweder umzukehren oder riskante Manöver ausprobierten zu müssen

Betroffene demonstrierten das auf eindrucksvolle Weise und bei vollem Körpereinsatz. Solche Barrieren gibt es in ganz

NRW. Mitorganisatorin Regina Westerhelle: „Wir wollen zeigen, was uns behindert – (die eigene) Mobilität ist es nicht.“



Aus den Kreis- und Ortsverbänden

OV Altena / Werdohl

Gerd Robakowski wurde Mitte März bei der Jahreshauptversammlung in „Haus Lennestein“ erneut zum Vorsitzenden gewählt. Ebenfalls im Amt bestätigt wurden Schatzmeister Stefan Höber, Schriftführerin Ilse Robakowski, Frauensprecherin Hannelore Hawer und die drei Beisitzer*innen Margot Kunze, Manfred Faak und Hermann Penning. Neu als Beisitzerin ist Elisabeth Hüttebräuker.

Kreisvorsitzender Bernd Kaiser verwies in seinem Grußwort darauf, dass der SoVD mit bundesweit rund 600.000 Mitgliedern größer sei als die Volksparteien CDU und SPD.

Auch der Ortsverband ist mit seinen gut 800 Mitgliedern nicht klein – und künftig soll es dort auch wieder umtriebiger zugehen: „Wir werden dieses Jahr wieder richtig hochfahren“, versprach der wiedergewählte Vorsitzende. So soll es ab dem 11. Mai wieder eine Reihe von „Klönnachmittagen“ geben, die dann ebenfalls im Haus Lennestein stattfinden. Und es sind weitere Veranstaltungen geplant (Infos siehe Rubrik „Termine, Seite 14“) geplant. Einmal im Monat wird im Restaurant „Dalmatia“ außerdem gemeinsam gekegelt – es ist wieder richtig was los im Ortsverband Altena/Werdohl!

Ortsverband Neuenrade

Bei der diesjährigen Jahreshauptversammlung wurde der bestehende Vorstand für zwei weitere Jahre wiedergewählt. Des Weiteren wurden langjährige Mitglieder geehrt. Für dieses Jahr hofft der SoVD Neuenrade, seine monatlichen Treffen und Fahrten wie geplant durchführen zu können.

Vorsitzende Gudrun Lehmann (s. Foto, 2. v. l.) gratulierte folgenden Jubilar*innen: für 40 Jahre Waltraut Kurschmierz, für 30 Jahre Renate und Hans-Peter Neumann, für 25 Jahre Rosemarie Tripke und Rainer Gleim, für 20 Jahre Margarete Fries, Johanna Iffland, Elisabeth Kranold, Rosemarie Maas, Inge Meyer, Marianne Tilstone, Sigrid Wagner, Andreas Fries, Karl-Heinz Fries, Karl-Heinz Maas, Hubert Meyer, Günther Petersen und Harald Weihmann und für 10 Jahre Christa Flunkert, Marita Flunkert, Antje Niggemann, Mechthild Schewe, Elfriede Schnadt, Renate Stuckenholtz, Simone Tripke, Klaus Beitz, Mehmet Eker, Bartos Fernandez, Markus Ickler, Wolfgang Kaiser, Georg Kischporski, Thomas Niggemann, Siegfried Oehms, Ernst-Ewald Schewe, Dirk Stuckenholtz sowie Resül Yildirim.



Foto: Michael Koll, Süderländer Volksfreund / Altenaer Kreisblatt

Der neue Vorstand des OV Altena / Werdohl.

OV Essen-Kray

Auf der Jahreshauptversammlung am 20. März wählten die Mitglieder Erwin Wozignoj zum Vorsitzenden und Barbara Kibbert zur Stellvertreterin. Werner Fischer ist Schatzmeister, Wolfgang Hintze sein Stellvertreter, Monika Wozignoj Frauensprecherin, Schriftführer*in wurden Manuela Nowak und Fred Lange. Die Beisitzer*innen sind Ute Fischer, Manuela Nowak, Erika Ortmann und Manfred Nowak. Die Kasse des Ortsverbandes prüfen die Revisor*innen Mechthild Hintze, Sigrid Kortals und Heinz Ortmann. Die Wahlen leitete Hans-Jürgen Mangartz vom Kreisverband Essen. Er hob in seiner Rede die Bedeutung des Ortsverbandes hervor und dankte den ehrenamtlichen Mitarbeiter*innen für ihren Einsatz.

Gemeinsam mit dem Ortsvorsitzenden ehrte der Kreisvorsitzende im Anschluss langjährige Mitglieder und ehrenamtliche Mitarbeiter*innen für ihre Verbundenheit und Treue zum SoVD.

OV Brackwede-Quelle

Vorsitzender Wolfgang Kerker und Schatzmeister Klaus Niekamp besuchten ein ganz besonderes Mitglied: Herta Kordbarlag feierte ihren 100. Geburtstag und freute sich sehr über den Besuch, zumal sie an der Jahreshauptversammlung des Ortsverbandes und der Jubilarehrung nicht persönlich teilnehmen konnte. Herta Kordbarlag ist seit erstaunlichen 50 Jahren Mitglied im SoVD.

Die rüstige Dame wohnt zusammen mit ihrer Tochter, ihrem Schwiegersohn und der Familie der Enkelin unter einem Dach. „Wenn Oma mal Geld übrig hatte, wurden häufig fünf DM-Stücke für unsere Ferienkasse in einen Gefrierbeutel gesteckt. Es war für uns immer eine große Freude, wenn wir zu Sommerferienbeginn uns dann dieses Gefrierbeutel-Geld

abholen durften“, erinnert sich Enkelin Katharina anlässlich des „100.“ ihrer Großmutter.

„Es ist schön, das älteste Mitglied des SoVD Brackwede-Quelle so gut umsorgt zu sehen.“, so Vorsitzender Wolfgang Kerker. „Wir wünschen ihr noch viele schöne Stunden im Kreis ihrer Lieben und ganz viel Freude und Gesundheit.“

OV Oberes Versetal

Bei den Vorstandswahlen wurde Heinrich Dlugi als 1. Vorsitzender bestätigt. Neu im Amt ist Bernd Kaiser als 2. Vorsitzender. Er ist bereits Vorsitzender des SoVD-Kreisverbandes Märkischer Kreis. Als Schatzmeisterin wurde Beate Dulski bestätigt, ebenso Frauensprecherin Helga Baberg. Als neuer Schriftführer wurde Andreas Weiß gewählt, und als Beisitzer*innen Manfred Baberg, Udo Dulsk, Olga Dlugi und Renate Schmitz.

Der Vorstand will nach Möglichkeit sein Jahresprogramm 2022 im Gemeindezentrum in Brüninghausen umsetzen. Dazu gehören monatliche Treffen mit aktuellen Informationen zu sozialrechtlichen Fragestellungen und die Zusammenarbeit mit dem Sozialberatungszentrum in Hagen. Am 11. Juni wird es eine Tagesfahrt zum Spargelesen im Münsterland mit anschließendem Aufenthalt in Münster geben (Infos s. Rubrik „Termine“).

Bernd Kaiser beendete die Veranstaltung mit seinem Schlusswort und dankte der bisherigen stellvertretenden Vorsitzenden Brigitte Bredlo für ihre langjährige ehrenamtliche Arbeit. Der Wunsch nach der Rückkehr zu einem „normalen“ Vereinsleben und zu einem Ende des Krieges in der Ukraine begleitete die Teilnehmer*innen auf ihrem Heimweg.

OV Ennigloh-Muckum

Nach der coronabedingten Zwangspause konnte der Ortsverband Ennigloh-Muckum



Foto: Michael Koll, Süderländer Volksfreund

Einige der Jubilar*innen des OV Neuenrade.

endlich wieder eine Jahreshauptversammlung abhalten. Am 26. März trafen sich die Mitglieder in der Gaststätte Schlattheide. Die Vorsitzende Kristina Mc Grane begrüßte die Anwesenden, darunter den Vorsitzenden des Kreisverbandes Herford, Dr. Kai Unzicker, der die Neuwahl des Vorstandes leitete.

Der neue Vorstand besteht aus: 1. Vorsitzende Kristina Mc Grane, 2. Schatzmeisterin Regina Bobrowski und 2. Schatzmeister Frank Meier, Frauensprecherin Svitlana Schneider, Beisitzer und Internetbeauftragter Heinz Kiel und 2. Beisitzerin Reinhild Marx. Revisoren sind weiterhin Hans-Joachim Damm und Lothar Block. Als Delegierte wurden Heinz Kiel, Anette Niedermeier und Gabriele Kurth gewählt.

Auch in diesem Jahr konnten wieder Mitglieder für ihre langjährige Treue zum SoVD geehrt werden: Reinhard Volkmer für 25 Jahre, Dieter und Reiner Davidter für 30 Jahre, Gabriele Kurth für 30 Jahre Mitgliedschaft. Anette Niedermeier wurde für 5 Jahre Ehrenamt ausgezeichnet.

OV Gütersloh

75 Mitglieder erschienen persönlich zur Jahreshauptversammlung, die am 9. März im Gütersloher Brauhaus abgehalten wurde. Vorsitzende Anne Wiegmann begrüßte alle Anwesenden und freute sich, dass auch die Kreisvorsitzende Helga Eberhard an der Veranstaltung teilnehmen konnte.

Anne Wiegmann berichtete, **Fortsetzung auf S. 14**



Die frisch gewählten Vorstandsmitglieder des OV Essen-Kray.



Foto: Jens Voß

OV Oberes Versetal



OV Brackwede-Quelle



Aus den Kreis- und Ortsverbänden

Fortsetzung von S. 13

dass im vergangenen Jahr leider alle geplanten Treffen und Tagesfahrten abgesagt werden mussten. Ihre Hauptaufgabe habe in der Pandemie darin bestanden, den Kontakt zu den Mitgliedern über das Telefon zu halten. Diese hätten das Angebot dankbar angenommen.

Die Kreisvorsitzende Helga Eberhard bat um eine Schweigeminute, um der Verstorbenen zu gedenken, besonders dem 2. Vorsitzenden Günther Wiegmann, der am 29. September 2021 verstorben war.

Nach dem gemeinsamen Kaffeetrinken ehrten Helga Eberhard, Anne Wiegmann und

Margret Walter 43 Jubilare und Jubilarinnen für ihre langjährige Treue zum SoVD: für 10 Jahre Arno Babst, Irmgard Hansmersmann und Walfriede Füssel, für 20 Jahre Rita Hitzig, Ursula Salin, Rosemarie Schroeter und Elisabeth Teterra, für 25 Jahre Renate Radtke und Helmut Wiedenlubbert, für 40 Jahre Heinz Bartsch und für 45 Jahre Ralf Müller. Sie alle erhielten Blumensträuße, Urkunden und Anstecknadeln. 32 Jubilar*innen konnten die Ehrungen leider nicht persönlich entgegennehmen.

Mit einem großen Dank für ihre langjährige Mitar-

beit wurden aus dem Vorstand verabschiedet: Renate Markuse nach 18 Jahren als 1. Schriftführerin, Reinhild Kalenski nach 10 Jahren als 2. Kassiererin und Günter Krümpelmann nach 4 Jahren als Beisitzer.

Es folgte die Wahl des Vorstandes unter Leitung von Helga Eberhard. Da sich niemand für die Ämter der 1. Vorsitzenden und der 1. Kassiererin meldete, stellten sich die bisherigen Amtsinhaberinnen Anne Wiegmann und Margret Walter wieder zur Verfügung und wurden gewählt. Neu in den Vorstand aufgenommen wurden als 2. Vorsitzender Arno Babst, als 1. Schriftführerin Gabriele



Foto: Marianne Borgelt/Die Glocke

Die Jubilarinnen und Jubilare des OV Gütersloh.

Babst sowie als Beisitzer Hubert Karnbrock und Rainer Kolb. In ihrem Schlusswort wies

Anne Wiegmann noch auf einige geplante Aktivitäten im laufenden Jahr hin.



Termine

OV Oberes Versetal

11. Juni: Tagesfahrt zum Spargelessen im Münsterland mit anschließendem Aufenthalt in Münster. Infos und Anmeldungen bei Heinrich Dlugi unter Tel.: 02351/13 932.

OV Altena / Werdohl

11. Mai, 15.30 Uhr: „Klönnachmittag“ mit Kaffee und Kuchen (für Nichtmitglieder 5 Euro), Haus Lennestein, Werdohler Str. 15.

14. Mai: Spargelfahrt nach Haltern am See mit anschließendem Kaffeetrinken.

13. Mai, 15.30 Uhr: Kegelnachmittag, Restaurant „Dalmatia“, Rahmdestr. 217

Anmeldung für alle Veranstaltungen erbeten bei Gerd Robakowski, Tel. 02392/75 15.



Sozialberatung



Foto: pictworks/AdobeStock

Sofern eine persönliche Beratung notwendig erscheint, können Mitglieder telefonisch Termine in den SoVD-Beratungszentren vereinbaren. Doch in vielen Fällen kann der SoVD NRW weiterhin auch telefonisch und per E-Mail beraten und konkret weiterhelfen!

Die Landesgeschäftsstelle in Düsseldorf ist erreichbar unter Tel.: 0211/38 60 30. Alle Kontaktdaten stehen im Internet unter: www.sovd-nrw.de/beratung/beratungszentren.



Der Landesverband gratuliert



Foto: Smileus/AdobeStock

Schön, dass Sie zu uns gehören! Allen Geburtstagskindern im Mai sowie allen Jubilarinnen und Jubilaren wünscht der SoVD NRW auf diesem Wege alles Gute und dankt ihnen für die Treue zum Verband. Aus Platzgründen werden nur besonders hohe Geburtstage veröffentlicht.

KV Bergisches Land: Paul Strauch (93), Hugo Hackländer (95).

KV Bielefeld: Hildegard Drescher (90), Ingeborg Müller (90), Elfriede Ozolins (91), Lieselotte Maaß (92), Luzie Klopff (95).

KV Bochum-Hattingen: Elisabeth Langkafel (90), Elfriede Reppert (90), Ingrid Mosel (91).

KV Dortmund-Lünen: Ursula Lappe (90), Bernhard Rotkämper (90), Waltraud Dahlke (91), Gerhard Droste (92), Margot Köhler (92), Helga Mestermann (93), Gisela Bauer (94), Anna Maria Schulz (95), Heinz Bonnet (98).

KV Düsseldorf: Lydia Jensen (92), Margret Knef (97), Gertrud Willmes (99).

KV Westliches Ruhrgebiet / Unterer Niederrhein: Margret Strohmeyer (91), Lydia Hüning (92).

KV Essen: Hasso Schmidt (91), Georg Dümig (92), Helmut Kaulbarsch (92), Ursula Wegner (93).

KV Gelsenkirchen-Bottrop: Otto Lemke (91), Hans Pohlentz (93).

KV Gladbeck: Franz Utenka (90).

KV Gütersloh: Anna Barthel (92), Willy Schröder (93), Ursula Vetterlein (95).

KV Hamm-Unna: Wilhelm Voß (90), Annegret Knispel (92), Frieda Niemietsch (92), Otto Ecker (93), Gregor Pokorski (93), Werner Schnelle (95), Hildegard Tobegen (98).

KV Herford: Helga Uffmann (92).

KV Köln / Leverkusen / Erftkreis / Aachen: Helmut Boksche (90), Ingeborg Klitscher (94), Ingrid Lantrewitz (94).

KV Lippe: Werner Böse (94), Anneliese Schierenbeck (98).

KV Lübbecke: Reinhard Budde (90), Helga Oesterdickhoff (90), Martha Wittkötter (90), Inge Keßler (92), Irmgard Schröder (94), Erika Ebeler (95), Wilhelm Niemeyer (92), Maria Horstmann (93), Elfriede Stegemöller (94), Renate van Vürden (93), Irma Käding (94), Wilma Donzelmann (91), Anni Ziegenhagen (91), Willi Spreen (90), Luise Jürgens (90), Willi Brinker (95), Gerhard Petker (96), Hilde Böttcher (97), Luise Obermüller (99), Minna Sprado (102).

KV Märkischer Kreis: Monika Vester (90), Lothar Hoppe (91), Elfriede Schnadt (91), Kurt Dei

(92), Alois Twerekow (92), Liesel Lore Rink (96), Margot Borlinghaus (97), Hedwig Spey (99).

KV Minden: Heinrich Hartmann (90), Wilhelmine Nahrwold (90), Annemarie Nitschkowski (90), Heinz Ottensmeier (90), Hanna Südmeier (90), Inge Humke (91), Helmut Witte (91), Günter Schoppmann (92), Elly Goldbach (95), Heinrich Osthof (96), Waldtraut Ludwig (97), Werner Stuke (98).

KV Recklinghausen / Borken / Bocholt: Edmund Götsche (90), Irmgard Witjes (90), Bernhard Härtel (91), Sigrid Neuhaus (92), Friedhelm Ramczykowski (92), Ingrid Wollenberg (93), Ilse Schulz (96).

KV Rhein-Sieg / Bonn / Oberberg: Irmgard Thiel (91), Kurt Weber (91).

KV Witten: Friedhelm Holtmann (90), Lore Geismar (92), Ilse Wupper (94).

Impressum

SoVD Nordrhein-Westfalen e. V., Erkrather Straße 343, 40231 Düsseldorf, Tel.: 0211/38 60 30, Fax: 0211/38 21 75, Internet: www.sovd-nrw.de, E-Mail: info@sov-d-nrw.de.

Redaktion / Ansprechpartner Landesbeilage: Matthias Veit, Tel.: 0211/38 60 31 41, E-Mail: m.veil@sov-d-nrw.de.

Schlussredaktion: Redaktion SoVD-Zeitung, Tel.: 030/7 26 22 21 41, E-Mail: redaktion@sov-d.de.

Druck und Vertrieb: Zeitungsdruck Dierichs GmbH & Co. KG, Wilhelmine-Reichard-Straße 1, 34123 Kassel.

Keine Gewähr für unverlangt eingesandte Texte und Fotos!

Hohe Verbandsjubiläen

40 Jahre: Ralf Lechelt (Dortmund), Fritz Bökelheide (Lübbecke).

45 Jahre: Horst Katzmann (Bergisches Land), Ulrich Spöemann (Minden), Wolfgang Lemberg (Recklinghausen), Ulrich Rüter (Lübbecke).

55 Jahre: Günther Lippig (Hamm-Unna).

60 Jahre: Wilhelm Lüker (Lübbecke), Roland Ehlers, Gottfried Plum (Köln / Leverkusen / Erftkreis).

75 Jahre: Josef Volkmann (Dortmund).

30. Europäischer Protesttag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung

Tempo machen für Inklusion

Am 5. Mai findet wieder der Europäische Protesttag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen statt. Dieses Mal unter dem Motto „Tempo machen für Inklusion – barrierefrei zum Ziel!“. Immer noch gibt es viel Verbesserungsbedarf bei der Barrierefreiheit.

Eigentlich sollte bereits zum Jahresbeginn im Januar eine vollständige Barrierefreiheit im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) in Deutschland hergestellt sein. Wie die 2. Landesvorsitzende Kirsten Grundmann jedoch feststellt: „Wenn ich mir viele Haltestellen, Züge oder Busse in Schleswig-Holstein anschau, sind wir von diesem Ziel noch weit entfernt. Für Menschen mit Behinderung ist der ÖPNV nach wie vor eine



**Kirsten Grundmann,
2. Landesvorsitzende**

große Herausforderung.

Doch genau so soll es nicht sein. Menschen mit Behinderung wollen selbstbestimmt leben. Wir wollen nicht 24 Stunden vor einer Zugfahrt eine Einstiegshilfe reservieren müssen. Wir möchten spontan in den Zug steigen. Selbstbestimmt und ohne fremde Hilfe. Deswegen könnte das diesjährige Motto des Aktionstages treffender nicht sein. Wir brauchen Tempo bei der Inklusion.“

Familie aus Itzehoe nimmt ukrainische Flüchtlinge im eigenen Heim auf

Ein neues Zuhause ohne Krieg

Als die ersten Bilder des schrecklichen Krieges in der Ukraine über den Bildschirm flimmerten, stand für Familie Schlotfeldt aus Itzehoe fest: Wir wollen etwas unternehmen, um den Menschen dort zu helfen. Über eine Organisation wurde die Ukrainerin Natalia mit ihrem Sohn Roman an die Schlotfeldts vermittelt.

„Wir haben uns an die Organisation ‚Hamburg hilft‘ gewandt“, erzählt Hilke Schlotfeldt. „Schon wenige Tage später kam die Anfrage, ob wir eine alleinerziehende Mutter mit Sohn und Katze bei uns aufnehmen können. Das war für uns selbstverständlich.“

Seit Mitte März wohnen nun Natalia Tsvetkova und ihr neunjähriger Sohn Roman bei der vierköpfigen Familie. Mit dabei ist außerdem Katze Alisa, die dem kleinen Roman auf der 20-stündigen Busfahrt nach Deutschland kaum von der Seite gewichen war.

Inzwischen besucht Roman die dritte Klasse in der örtlichen Grundschule. Gemeinsam mit Ole Schlotfeldt, dem Sohn von Hilke und Carsten. „Wir haben es außerdem geschafft, dass Roman gratis im Sportver-

ein SCI zum Schwimmtraining kann“, so Hilke Schlotfeldt. „Das hat er auch schon in der Ukraine gemacht, daher hat er sich sehr darüber gefreut.“

Ansonsten standen in den ersten Tagen und Wochen zahlreiche Termine mit Behörden an. „Die Ämter machen es uns hier so einfach wie möglich mit der Beantragung von Leistungen für ukrainische Flüchtlinge“, berichtet Hilke Schlotfeldt. „Nur mit der Verständigung bei uns zu Hause ist es manchmal etwas schwierig – das läuft alles über eine Übersetzungs-App auf dem Smartphone.“

Die kleine Familie aus Rivne in der Westukraine ist dankbar für die Hilfe. Hilke Schlotfeldt, die zusammen mit Mann Carsten und den beiden Kindern Lena und Ole Mitglied im SoVD ist: „Natürlich ist es alles immer



Natalia Tsvetkova (hinten, Mitte) zwischen Hilke und Carsten Schlotfeldt. Davor die Kinder (v. li.) Lena, Ole und Roman im Garten der Schlotfeldts.

noch sehr schwer für Natalia, ein großer Teil ihrer Verwandten ist immer noch in der Heimat. Sie hat Angst um ihre Familie.“



Kommentar

Wir haben die Wahl

Liebe Mitglieder,



Alfred Bornhalm

am 8. Mai wählen wir in Schleswig-Holstein einen neuen Landtag. Alle Bürgerinnen und Bürger sind dazu eingeladen – und aufgerufen – von ihrer Stimme Gebrauch zu machen.

Natürlich gibt es viele Dinge, über die man nicht glücklich sein kann. Jedes sechste Kind bei uns im Land lebt in einer Familie, in der man auf staatliche Transferleistungen angewiesen ist, vor allem auf Arbeitslosengeld II. Jede fünfte alleinstehende Frau im Rentenalter gilt als armutsgefährdet. Und mit der Ausgestaltung des Bundesteilhabegesetzes sind viele Erwartungen bisher nicht erfüllt worden. Auch uns beim SoVD Schleswig-Holstein stört das. Und wir werden uns weiter dafür einsetzen, dass der Sozialstaat insbesondere für diejenigen da ist, die ihn am bittersten nötig haben.

Beim Thema Steuergerechtigkeit gibt es bisher leider keinen Fortschritt. Und genau an diesem Punkt werden wir der neuen Landesregierung genau auf die Finger schauen. Klar, Steuerpolitik wird weitgehend in Berlin gemacht. Aber was hindert die Kieler Landesregierung vor dem aufgezeigten Hintergrund daran, einkommensbenachteiligten Familien auf andere Weise unter die Arme zu greifen – und damit für etwas mehr Gerechtigkeit zu sorgen? Etwa mit einer kostenlosen Kinderbetreuung. Der Besuch einer gut ausgestatteten Kita sollte wie die Schule kostenlos sein. Hier kommt es darauf an, wie die Politik Prioritäten setzt. Erwarten aber könnte man auch vom Land – zusammen mit den Kreisen und kreisfreien Städten – dafür zu sorgen, dass die Nutzung öffentlicher Nahverkehrsmittel für Menschen mit kleinem Geldbeutel kostenfrei ermöglicht wird.

Aber Politik sind wir auch alle, liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter. Wir haben es also selbst in der Hand. Darum bitte ich Sie: Gehen Sie am 8. Mai wählen. Bestimmen Sie mit, welche Politik in Schleswig-Holstein gemacht und gelebt wird.

**Alfred Bornhalm,
Landesvorsitzender**

Neue Besetzung an den Sozialgerichten im Jahr 2023

Interessierte gesucht

An den Sozialgerichten im Land wirken zurzeit 80 ehrenamtliche Richter*innen für den SoVD mit und sorgen für eine gerechte Rechtsprechung. Für das kommende Jahr werden wieder neue Kandidat*innen für dieses spannende Ehrenamt, in den Fachgebieten „Hartz IV“ gesucht.

Voraussetzung für das Ehrenamt am Sozialgericht ist, dass die Bewerber*innen zum 1. Januar 2023 Mitglied im SoVD sind und das 73. Lebensjahr noch nicht vollendet haben. Darüber hinaus ist natürlich Interesse am Sozialrecht nötig. Weitere Kenntnisse sind willkommen, aber nicht erforderlich. Im Spruchkörper „Hartz IV“ müssen Bewerber*innen außerdem selbst sozialversicherungspflichtig beschäftigt sein oder im Leistungsbezug von Arbeitsagentur oder Jobcenter. Voraussetzung für den Spruchkörper zur Sozialversicherung ist, dass die Bewerber*innen irgendwann im Leben einmal Beiträge zur Sozialversicherung gezahlt haben.

Interessierte melden sich bitte per E-Mail unter: sozialpolitik@sovd-sh.de oder Tel.: 0431/65 95 94 22.

14. Mai: Tag der offenen Tür

Bereits am 7. März sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Sozialberatungszentrums Husum in die Industriestraße 33 umgezogen. Jetzt ist es an der Zeit, die neuen Räumlichkeiten auch einem größeren Publikum zu

präsentieren.

Deswegen lädt der Kreisverband Nordfriesland alle Mitglieder, Freunde und Freundinnen und Interessierte am Samstag, den 14. Mai, zu einem Tag der offenen Tür in die neue Geschäftsstelle ein.

In der Zeit von 10 bis 16 Uhr können sich alle Besucherinnen und Besucher die neue Beratungsstelle anschauen und das Gespräch mit haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern suchen.



Aus den Kreis- und Ortsverbänden



OV Moorrege-Heist-Holm

OV Moorrege-Heist-Holm

Anlässlich des Weltfrauentags im März gab es für jeden weiblichen Gast zum Kaffee- und Spielenachmittag ein passendes Präsent: rote Taschen und rote Rosen (s. Foto: Vorsitzende Karin Schubert mit ihrem Stellvertreter Bernd Langbehn).

OV Bad Oldesloe

Auf der Jahreshauptversammlung im März wurden alle Mitglieder des Vorstandes einstimmig in ihren Ämtern bestätigt. Lediglich Rosemarie Alberico schied nach zwölf Jahren als Revisorin aus. Für diesen langjährigen Einsatz wurde sie vom Vorsitzenden Andreas Guhr zum Abschied geehrt.

OV Aventoft

Nach 24 Jahren überreichte Hans-Werner Christiansen den Vorsitz an seine Nachfolgerin Anne Petersen. In seiner Amtszeit ist die Mitgliederzahl auf unglaubliche 93 Prozent gestiegen (422 Mitglieder bei 454 Bürger*innen). Auch sein Stellvertreter Julius Petersen gab nach acht Jahren den Staffeltab weiter, seine Nachfolgerin ist Maren Christiansen (s. Foto, v. li.: Hans-Werner Christiansen, 1. Vorsitzende Anne Petersen, Kreisvorsitzende Petra Lenius-Hemstedt, 2. Vorsitzende Maren Christiansen und ihr Vorgänger



OV Bad Oldesloe

Julius Petersen).

OV Heidgraben-Seestermühle

Zum Internationalen Frauentag im März hatte der Ortsverband zwei Referentinnen vom Frauenhaus in Pinneberg eingeladen. Audrey Stormer (s. Foto, li., mit Frauensprecherin Rosemarie Weber) berichtete u. a. über die Entstehung der Frauenhäuser in Schleswig-Holstein und ging auf die immer längere Verweildauer in den Einrichtungen ein.

OV Schönberg

Die Jahreshauptversammlung konnte im März mit 38 wahlberechtigten Mitgliedern durchgeführt werden. Zuvor hatte sich der Vorstand zusammengesetzt und 500 Briefe an die Mitglieder postfertig gemacht.

OV Handewitt

Ursula Ibal Clasen (s. Foto, mit Tochter und Sohn) feierte im Februar ihren 102. Geburtstag. Auch Bernd Giebner, Vorsitzender des Ortsverbandes, überbrachte an diesem besonderen Tag Glückwünsche und einen Blumenstrauß.

OV Mollhagen

Zum Internationalen Frauentag am 8. März ließ der Ortsverband seinen weiblichen Mitgliedern eine kleine Anerkennung in Form von Schokola-

de zukommen. Das diesjährige Motto des Tages lautete „Break the Bias“ – auf Deutsch „Vorurteilen abbauen“. Auch die hauptamtlichen Mitarbeiterinnen aus der Geschäftsstelle in Bad Oldesloe sowie die Frauensprecherinnen der übrigen Ortsverbände im Kreis Stormarn konnten sich über die süße Anerkennung freuen.

OV Lohe-Rickelsdorf

Auf Initiative von Beisitzerin Manuela Stoffers (s. Foto, mit Vorsitzendem Dieter Tange) fand Ende März ein erster Spielernachmittag statt. Die Resonanz fiel sehr positiv aus, sodass in Zukunft häufiger Skippo, Kniffel und Co. gespielt werden soll.

OV Sandesneben

Im Rahmen der Weihnachtsveranstaltung wurden langjährige Mitglieder ausgezeichnet. Herbert Wolter, Hans-Werner Heitmann und Vorsitzender Erich Bünger sind seit 30 Jahren im Verband. Brigitte Alscher, Günter Jessen und Magdalena Lohmann wurden für 20-jährige Zugehörigkeit ausgezeichnet.

OV Preetz

Auf der Jahreshauptversammlung wurde Kurt Heese einstimmig für weitere zwei Jahre zum Vorsitzenden gewählt. Knapp 100 Mitglieder nahmen an der



OV Aventoft



OV Heidgraben-Seestermühle

Veranstaltung teil und lobten noch einmal ausdrücklich die Impfkation des Ortsverbandes im letzten Jahr. Der Vorstand ist nun insgesamt mit acht Frauen und fünf Männern besetzt – dazu kommen noch vier Revisorinnen.

OV Karby

Mit Dr. Rainer Hamann wurde ein neuer Schriftführer gewählt. Gemeinsam mit dem bewährten Vorstand um Vorsitzende Michaela Korte, Stellvertreterin Solveg Rathmann sowie Schatzmeister Bernd Polomsky und Frauensprecherin Erika Roth-Hamann ist das Team nun vollständig. Im Rahmen der Mitgliederversammlung wurden außerdem zahlreiche Jubilar*innen ausgezeichnet (s. Foto, v. li.: Karlheinz und Annegrit Hauser, Wilhelm und Rita Füllung sowie Brigitte Jensen).

OV Schönkirchen

Trotz zwei Jahren Pandemie legte der Ortsverband zu und meldet nun 529 Mitglieder. Auf der Jahreshauptversammlung war die Freude groß, wieder einmal in großer Runde persönlich zusammenzukommen. Einige Mitglieder wurden im Rahmen der Veranstaltung geehrt, unter anderem die ehemalige Revisorin Ingrid Staack (s. Foto, li.) für 25-jährige Mitgliedschaft.

OV Friedrichskoog

515 Euro hat der Ortsverband Friedrichskoog an die Organisa-



OV Handewitt

tion „Nothilfe Ukraine“ gespendet. „Das tut uns nicht weh und hilft an der richtigen Stelle“, so die einhellige Meinung des Vorstandes (auf dem Foto, v. li.: Dieter Niemeyer, Petra Claußen, Astrid Lahrsen-Loges und Friedrich Jäger).

OV Nusse

Ganze 28 Ehrungen für langjährige Mitgliedschaften nahm der Ortsverband Nusse im Rahmen seiner Hauptversammlung vor. Außerdem konnten zwei Vorstandsmitglieder für ihre 20-jährige Arbeit ausgezeichnet werden. Alle Jubilar*innen erhielten eine Urkunde inklusive Anstecker (auf dem Foto, v. li.: Kreisvorsitzende Astrid Kosiolek, Georg Wieschendorf und Horst M. Scheel (25 Jahre Mitglied), die Vorsitzende Romy T. Schröder, Elke Prochnow (20 Jahre Funktionärstätigkeit) und das Ehepaar Mesenbrink (goldene Hochzeit).

OV Zarpen

Der Ortsverband Zarpen konnte kürzlich sein jüngstes Mitglied begrüßen: Ella wurde Ende Januar geboren. Mit ihr sind nun drei Generationen der Familie Middeldorf im SoVD-Ortsverband vertreten (Auf dem Foto: Baby Ella auf dem Arm von Mutter Birte, daneben Oma Annekatrin).

OV Großensee

Auf der Jahreshauptversammlung wurde der Vorstand neu

Fortsetzung auf S. 13



OV Preetz



Aus den Kreis- und Ortsverbänden



OV Lohe-Rickelsdorf



OV Sandesneben



OV Schönberg



OV Karby



OV Schönkirchen



Foto: Peter Cascarano

OV Friedrichskoog



OV Nusse



OV Zarpen



OV Sülfeld



OV Kaköhl



OV Kalübbe



OV Großensee

Fortsetzung von S. 12
gewählt. Das Team um den 1. Vorsitzenden Dirk Bentien geht also in eine weitere Amtszeit (s. Foto, v. li.: Bernd Burmester, Vorsitzender Dirk Bentien, Heike Schley, Claudia Bentien, Christa Ulrich, Frank Fritzsche, 2. Kreisvorsitzende Irmtraut Sarau, Ehrenvorsitzender Siegfried Ulrich, Volker Stelzner und Elke Reimers).

OV Kaköhl
Die Mitgliederzahl im Ortsverband ist auf 243 angewachsen. Auf der Versammlung dankte der Vorsitzende Dieter Rüder insbesondere Gerd Thiessen für 20 und Brigitte Bauer für 35 Jahre Vorstandsarbeit.

OV Wrist
Ursula Herrmann und der Vor-

sitzende Johann Hinrich Wrage wurden auf der Jahreshauptversammlung für je 20-jährige Mitgliedschaft ausgezeichnet. Ein besonderer Dank ging an Heinz Sievert, der mittlerweile seit 35 Jahren als Kassenprüfer im Ortsverband fungiert.

OV Sülfeld
Mehr als 60 Gäste begrüßte

der Vorstand zu seiner Jahreshauptversammlung im März. Das Resultat der Vorstandswahl lautet: Carola Beeck bleibt 1. Vorsitzende, Stellvertreterin ist Gudrun Lück. Sie folgt auf Rita Iwers, die nach 20 Jahren Ehrenamt nicht mehr angetreten war. Kassenwart ist Rolf Kühl, Uta Behrens wurde zur Schriftführerin gewählt.

OV Kalübbe
Mathilde Lammert wurde nach ihrem 25-jährigem Einsatz als 2. Vorsitzende feierlich verabschiedet. Marion Radtke wurde vom Vorstand für 25 Jahre Mitgliedschaft im SoVD ausgezeichnet. Vorsitzender Günter Theden übt sein Amt weiter aus, sein Stellvertreter ist Dieter Hinz.

Mitgliederwerbung

Für ihren großartigen Einsatz in der Mitgliederwerbung können jeden Monat sieben Werber*innen einen einwöchigen Aufenthalt im Nordsee-Erholungszentrum Büsum gewinnen.

Die Gewinner*innen im Monat April sind:

- Carsten Siems (Kreisverband Ostholstein),
- Marion Lange (Kreisverband Pinneberg),
- Heinz Götsch (Kreisverband Plön),
- Maria Kieselbach (Kreisverband Rendsburg-Eckernförde),
- Günter Friele (Kreisverband Segeberg),
- Ulrich Mantteufel (Kreisverband Schleswig-Flensburg),
- Jörg Hamann (Kreisverband Steinburg).

Getreu unserem Motto „Gemeinsam sind wir bärenstark“ nehmen wir Monat für Monat neue Mitglieder in unsere Gemeinschaft auf. Der Sozialverband Deutschland hat in Schleswig-Holstein bereits mehr als 160.000 engagierte Mitstreiter.

Für das Jahr 2022 lautet unser Wahlspruch: „Stark und kompetent – ein Sozialverband, der hilft. Werden Sie Mitglied!“

Nachruf

In unserem Landesverband verstarben:

Albert Frank,

langjähriger Vorsitzender im Ortsverband Freienwill-Hürup,

Ralf Kramer,

langjähriges Mitglied im Vorstand des Kreisverbandes Lübeck und ehrenamtlicher Sozialberater,

Annemarie Neelsen,

langjährige Schatzmeisterin im Ortsverband Schafstedt,

Edith Priddat,

langjährige Vorsitzende im Ortsverband Freienwill-Hürup,

Gisela Riemann,

langjährige stellvertretende Vorsitzende im Ortsverband Lübeck-Buntekuh und Kreisfrauensprecherin.

Wir werden den verstorbenen Mitgliedern immer ein ehrendes Gedenken bewahren.



Interview

„Auf viele Schultern verteilt“

In diesem Monat hat der Landesverband Schleswig-Holstein mit Thomas Benecke über sein Ehrenamt beim SoVD gesprochen. Er ist seit 2006 Vorsitzender im SoVD-Ortsverband Siebenbäumen mit aktuell 223 Mitgliedern.

__Herr Benecke, wie immer die wichtigste Frage vorab: Warum üben Sie ein Ehrenamt aus? Unabhängig vom Sozialverband?

Ich denke, das wurde mir in die Wiege gelegt. In meiner Familie wurde mir soziales Denken vorgelebt, damit bin ich in Lübeck aufgewachsen. Deswegen habe ich mich schon früh im Sportverein im Vorstand eingebracht. Als meine Frau und ich nach Siebenbäumen gezogen sind, kam schnell die freiwillige Feuerwehr dazu.

Das Schöne am Ehrenamt ist doch: Du lernst Leute kennen, sehr verschiedene. Und mit einigen davon versteht man sich sehr gut, sodass über die Jahre richtige Freundschaften entstanden sind. Ohne das Ehrenamt hätte ich in meinem Leben sicherlich vieles verpasst.

__Wie sind Sie zum Sozialverband gekommen? An Ehrenämtern hat es ja auch vorher nicht gemangelt.

Das ist richtig. Eingetreten sind meine Frau und ich 1994, damals hieß der Verband noch „Reichsbund“. Das kam tatsächlich über die Feuerwehr, weil ein Kamerad von mir die Mitgliedsbeiträge an der Haustür kassiert hat. So sind wir über den SoVD ins Gespräch gekommen. Ich hatte damals keine sozialrechtlichen Fragen, wir sind sozusagen aus Solidarität eingetreten, um mit unserem Mitgliedsbeitrag die Arbeit des Verbandes zu unterstützen.

__Waren Sie dann auch gleich im Vorstand dabei?

Nein, denn damals war ich noch Wehrführer bei der Feuerwehr. Neben meinem Beruf als Architekt wäre mir das zu viel geworden. Ein paar Jahre später bin ich dann aber Beisitzer im SoVD-Ortsverband geworden, das war nicht viel Arbeit. Vier Jahre später dann Stellvertreter und im Jahr 2006 wurde ich dann zum Vorsit-

zenden gewählt. Und das mache ich bis heute – jetzt also 16 Jahre. Eine Weile war ich auch auf Kreis- und Landesebene für den SoVD aktiv, seit einigen Jahren konzentriere ich mich aber wieder voll auf die Arbeit im Ortsverband.

__Was macht den SoVD für die Menschen in Schleswig-Holstein so wichtig?

Der Verband setzt sich für soziale Gerechtigkeit ein. Im Großen und im Kleinen. Als Ortsverbandsvorsitzender bekomme ich häufiger mit, wie die hauptamtlichen Kollegen in Mölln unseren Mitgliedern zur Seite stehen. Wenn dann zum Beispiel eine Erwerbsminderungsrente durchgeboxt wird, kann das für die Menschen eine riesige Erleichterung sein.

__Das hört sich alles nach viel Arbeit an. Kann man beziffern, wie viel Sie in Ihr Ehrenamt beim SoVD stecken?

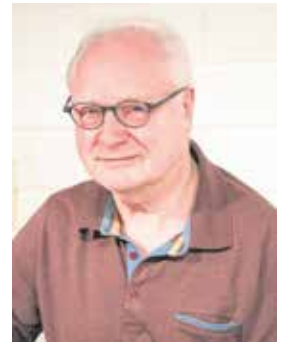
Schwer zu sagen, vielleicht im Durchschnitt zwei oder drei Stunden in der Woche. Ich mache das im Ortsverband ja auch nicht allein. Im Gegenteil: Zum Glück habe ich in meinem Vorstand ein tolles Team, in dem jeder seine Aufgaben hat. Auf diese Weise tragen viele Schultern alle ein wenig Last.

__Hand aufs Herz: Was nervt Sie manchmal?

Da gibt es tatsächlich nichts, das mir jetzt spontan einfällt. Natürlich haben auch bei uns nicht alle immer dieselbe Meinung. Aber wirklich genervt bin ich von meinem Ehrenamt nie. Sonst würde ich das nicht schon so viele Jahre machen.

__Und die Highlights? Was ist Ihnen besonders schön in Erinnerung geblieben?

In so vielen Jahren passiert natürlich viel. Aber es gibt zwei Erlebnisse, die mir besonders einfallen. Einmal die Auszeichnung des Regionalzentrums in San-



Thomas Benecke

desneben mit dem Gütesiegel für Barrierefreiheit. Das habe ich damals vorgeschlagen, daher habe ich mich sehr gefreut, als die Auszeichnung tatsächlich kam.

Und dann haben wir vom Ortsverband Siebenbäumen vor Kurzem dafür gesorgt, dass in Sandesneben wieder ein Terminal mit Bankautomat und Überweisungsfunktion aufgestellt wird. Seitdem wir im Ort selbst keine Bank mehr haben, erledigen die meisten Leute ihre Bankgeschäfte in Sandesneben. Daher war das besonders wichtig – und da sind wir auch wirklich stolz drauf.

__Zum Abschluss müssen wir leider auch über Corona sprechen. Wie waren die letzten zwei Jahre für Ihren Ortsverband?

Recht schwierig. Unsere letzte Versammlung war die Weihnachtsfeier 2019. Seitdem ist alles ausgefallen: Mitgliederversammlungen, Grillfeste, Tagesfahrten – alles wurde abgesagt. Das ist für einen Ortsverband, dessen Arbeit natürlich vor allem von der Zwischenmenschlichkeit lebt, sehr schwer.

__Wissen Sie schon, wie es weitergeht?

Der Kontakt mit den Mitgliedern ist nie ganz abgerissen. Viele hat man hier im Ort getroffen. Zu anderen bestand immerhin schriftlicher Kontakt, wir machen in Siebenbäumen auch viel per E-Mail. Zu den beiden Weihnachten in der Corona-Zeit haben wir vom Vorstand als Geste eine hochwertige Weihnachtskarte für alle Mitglieder drucken lassen.

Aber klar, ein wirklicher Ersatz für persönliche Zusammenkünfte kann das nicht sein. Daher planen wir jetzt vorsichtig für die nächsten Wochen und Monate. Die Mitgliederversammlung haben wir fest im Blick. Und auch die eine oder andere Tagesfahrt sollte dieses Jahr wieder drin sein. Es muss irgendwie weitergehen.



Auszeichnungen

Für **20-jährige Funktionärstätigkeit** wurden mit dem Ehrenschild ausgezeichnet: Wolfgang Beck, Gerd Wahl und Rita König (OV Kiel-Suchsdorf/KV Kiel), Marianne Siebels (OV Schillsdorf-Wankendorf/KV Plön).

Für **25-jährige Funktionärstätigkeit** wurden mit dem Ehrenschild ausgezeichnet: Günter Ahmling (OV Schillsdorf-Wankendorf/KV Plön).

Der Vorstand gratuliert herzlich.



Wichtige Rufnummern

- **Ärztlicher Notdienst: 116 117:** Die Nummer gilt bundesweit, funktioniert ohne Vorwahl und ist für Patienten kostenlos. In schweren, lebensbedrohlichen Notfällen bitte direkt die Rettungsleitstelle informieren unter Kurzwahl 112.
- **Patientenombudsverein:** Rat und Hilfe für Patient*innen. Für die Kreise Kiel, Rendsburg-Eckernförde, Plön, Segeberg 04343/42 41 62. Für die Kreise Ostholstein, Lübeck, Stormarn und Herzogtum Lauenburg 04331/7 08 48 82. Für die Kreise Neumünster, Dithmarschen, Steinburg, Pinneberg mit Helgoland 04641/98 73 69. Für die Kreise Nordfriesland, Flensburg, Schleswig-Flensburg 046 31/44 13 447. Bei Fragen zur Pflege: 04531/80 49 38.
- **Kindernottelefon:** anonym und gebührenfrei, Mo bis Sa, 14–20 Uhr: 0800/ 1 11 03 33.
- **Unabhängige Patientenberatung (UPD):** 0431/ 59 09 960, zusätzlich Mo–Fr 8–20 Uhr, Sa 8–16 Uhr die gebührenfreie, bundesweite Hotline: 0800/011 77 22.
- **Pflegenottelefon:** Unter 01802/ 49 48 47 erhalten Pflegebedürftige, deren Angehörige sowie Pflegekräfte Rat und Hilfe.
- **Bürgerbeauftragte des Landes für soziale Angelegenheiten:** 0431/9 88 12 40.
- **Landesbeauftragter für Menschen mit Behinderung:** 0431/9 88 16 20.